



29. Sitzung

Mittwoch, 10. Juni 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Aktuelle Stunde

1735

Fraktion der CDU:

Freiheit, Sicherheit und Wohlstand durch Europa – eine höhere Wahlbeteiligung braucht unser Engagement!

Roland Heintze CDU	1735
Günter Frank SPD	1736, 1742
Andreas Waldowsky GAL	1737
Norbert Hackbusch DIE LINKE	1738
Bettina Machaczek CDU	1739
Ties Rabe SPD	1740
Farid Müller GAL	1740
Elisabeth Baum DIE LINKE	1741

Verkehr unter Strom setzen – Hamburg Modellregion für Elektromobilität

(Fortführung am 11.06.2009)

Fraktion DIE LINKE:

Erzieherinnen brauchen Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung – Was fehlt, sind die räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für gute Erziehung und Bildung

(Fortführung am 11.06.2009)

Fraktion der SPD:

HafenCity Universität – Unwirtschaftliche Senatsprojekte auf Kosten der Steuerzahler

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	1742
Wolfgang Beuß CDU	1743
Dr. Eva Gümbel GAL	1744
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	1745
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin	1746
Dr. Peter Tschentscher SPD	1748
Rüdiger Kruse CDU	1749
Jens Kerstan GAL	1750
Dora Heyenn DIE LINKE	1751

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds der Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht

– Drs 19/1316 –

1752

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Fraktion der GAL:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde
– Drs 19/3221 – 1752

Ergebnisse 1757, 1757

Antrag der Fraktion der CDU:

Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"

hier: Sicherung des Deutschen Spring- und Dressur-Derbys in Hamburg-Flottbek

– Drs 19/3176 – 1752

Hans-Detlef Roock CDU 1752

Jan Balcke SPD 1754

Horst Becker GAL 1755

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 1756

Beschlüsse 1756

Antrag der Fraktion der CDU:

Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg

– Drs 19/3177 – 1757

Barbara Ahrons CDU 1757

Elke Badde SPD 1758

Andreas Waldowsky GAL 1759

Dora Heyenn DIE LINKE 1760

Axel Gedaschko, Senator 1761

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 1762

Beschluss 1763

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Wohnungsbestand von SAGA GWG in Hamburg, Wegfall der Sozialbindung, Modernisierungen und Mieterhöhungen

– Drs 19/2915 – 1763

Andy Grote SPD 1763, 1773

Ekkehart Wersich CDU 1765

Horst Becker GAL 1766, 1773

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 1767

Anja Hajduk, Senatorin 1768

Jan Quast SPD 1770

Klaus-Peter Hesse CDU 1771

Besprechung erfolgt 1774

Interfraktioneller Antrag:

Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg

– Drs 19/3255 – 1774

Farid Müller GAL 1774, 1781

Britta Ernst SPD 1775

Robert Heinemann CDU 1777

Christiane Schneider DIE LINKE 1779

Dr. Andreas Dressel SPD 1780

Beschluss 1781

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Schuldenbremse ablehnen

– Drs 19/3180 – 1781

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Handlungsfähigkeit und Einnahmen des Stadtstaates Hamburg sichern

– Drs 19/3257 – 1781

Christiane Schneider DIE LINKE 1782

Thies Goldberg CDU 1783, 1785

Dr. Peter Tschentscher SPD 1784, 1791

Andreas Waldowsky GAL 1786

Norbert Hackbusch DIE LINKE 1788

Roland Heintze CDU 1790

Antje Möller GAL 1792

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 1793

Zwischenfrage Thies Goldberg

CDU 1794

Beschlüsse 1794

Antrag der Fraktion der SPD:

Kettenduldungen vermeiden – Bleiberechtsregelung verlängern

– Drs 19/3087 – 1794

Dr. Andreas Dressel SPD 1794

Bettina Machaczek CDU 1795

Antje Möller GAL 1795

Mehmet Yildiz DIE LINKE 1796

Wilfried Buss SPD 1796

Beschluss 1797

Beginn: 15.01 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute beginne ich die Sitzung zunächst mit doppelten Geburtstagsglückwünschen. Sie richten sich an unsere Kollegen Thomas Kreuzmann und Rüdiger Kruse.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lieber Herr Kreuzmann, lieber Herr Kruse! Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen beiden recht herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr. Sie haben wie immer das Glück, mit mindestens 120 Freunden diesen Tag zu begehen, worum Sie so mancher beneiden wird.

Unsere besonderen Glückwünsche gehen heute auch an unseren Kollegen Herrn Kienscherf, der in der Zwischenzeit geheiratet hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Namen des ganzen Hauses möchte ich auch Ihnen und Ihrer Frau für Ihre gemeinsame Zukunft die besten Wünsche mit auf den Weg geben.

Meine Damen und Herren! Wenn sich die allgemeine Aufregung darüber, dass Sie wieder hier sein dürfen, etwas gelegt hat, kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind heute vier Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion:

Freiheit, Sicherheit und Wohlstand durch Europa – eine höhere Wahlbeteiligung braucht unser Engagement!

von der SPD-Fraktion:

HafenCity Universität – Unwirtschaftliche Senatsprojekte auf Kosten der Steuerzahler

von der GAL-Fraktion:

Verkehr unter Strom setzen – Hamburg Modellregion für Elektromobilität

und von der Fraktion DIE LINKE:

Erzieherinnen brauchen Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung – Was fehlt, sind die räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für gute Erziehung und Bildung

Ich rufe nun das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Herr Heintze, bitte.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hamburg hat Europa gewählt und Hamburg hat Glück gehabt.

(Ingo Egloff SPD: Ihr habt Glück gehabt! – Gegenruf von Frank Schira CDU: Wir alle!)

Wir können drei Abgeordneten aus Hamburg gratulieren, dass sie in das Europäische Parlament eingezogen sind. Das sollten wir an dieser Stelle auch tun.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dennoch war es knapp. Das lag nicht unbedingt am Wählerwillen – der ist aus Sicht von CDU und GAL bestens repräsentiert, für die Kollegen der SPD wage ich da nicht zu sprechen –, sondern an der Wahlbeteiligung. Vielleicht sollte das Thema Wahlbeteiligung einmal außerhalb der Fragestellung betrachtet werden, welche Partei welches Ergebnis gut findet, schlecht findet, schön redet, schlecht redet, sondern vielmehr einer übergreifenden Betrachtung unterzogen werden. Hier ist aus unserer Sicht das Parlament gefragt, deswegen haben wir das Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet. In puncto Wahlbeteiligung bilden wir mit dem neuen Tiefpunkt von 34,7 Prozent weiterhin das Schlusslicht, nur Brandenburg liegt noch ein Stück hinter uns, was uns nicht unbedingt glücklich stimmt. Was uns zumindest für Hamburg glücklich stimmen kann, ist die Tatsache, dass wir die Rechtsradikalen in Deutschland rausgehalten und diese auch keinen Zuwachs zu verzeichnen haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Das ist allerdings bei niedrigen Wahlbeteiligungen nicht selbstverständlich und hätte auch ganz anders ausgehen können. Jetzt stellt sich die Frage, wie wir mit dieser schlechten Wahlbeteiligung in Hamburg umgehen beziehungsweise was wir tun müssen, um die hier häufig debattierten Vorteile, die gerade Hamburg von Europa hat, für die Hamburger stärker sichtbar zu machen. Ich erinnere mich an eine recht spannende Diskussion, die ich gemeinsam mit den Kollegen Klooß und Waldowsky im Debattierklub der Uni Hamburg geführt habe. Es ging um das Thema, das EU-Parlament abzuschaffen, weil es unsinnig ist; dagegen argumentierten Waldowsky, Heintze und Klooß. Nun könnte man denken, dass das ja ganz einfach ist; mitnichten. Dort kamen sehr viele Probleme zur Sprache, die gerade junge Menschen in Hamburg damit haben, Europa zu verstehen. Ich glaube, aus dieser Veranstaltung können wir einiges lernen, was wir hier gemeinsam bewegen können. Unser Engagement sollte sich zukünftig nicht mehr nur auf die Europawahlen und den Wahlkampf beschränken, sondern wir, die CDU und auch die Grünen, würden uns wünschen, dass das Thema Europa wesentlich stärker hier im Hause behandelt wird und wir viel öfter klarmachen, was eigentlich europäische Entscheidungen für Hamburg bedeuten.

(Roland Heintze)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das ist Ziel der CDU. Wir haben in der letzten Woche im Landesausschuss der Union einen entsprechenden Leitantrag beschlossen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da war doch nur die Hälfte da! Machen Sie doch mal nicht so dicke Backen!)

um Europa nach Hamburg zu bringen und für die nächsten fünf Jahre eine Handlungsguideline zu haben.

Worum geht es im Kern? Im Kern geht es aus unserer Sicht darum, dass wir Europa in Hamburg stärker erlebbar machen müssen. Dass das geht, zeigt eine Große Anfrage der SPD, wo über 43 Seiten in der Drucksache 19/2798 dargelegt wird, was denn alles in Hamburg passiert. Das nimmt nur keiner wahr. Von daher wollen CDU und Grüne eine Zäsur und gemeinsam mit allen Parteien hier im Hause zusehen, wie wir Europa in den nächsten fünf Jahren deutlich stärker in die Köpfe der Hamburger bekommen.

Dazu bietet unserer Meinung nach Lissabon mit dem Thema Subsidiaritätskontrolle eine Chance. Wir haben hier die Möglichkeit, gezielt zu überlegen, welche Entscheidung für Hamburg gut ist, was sie für Hamburg bedeutet und ob sie nach Brüssel oder nach Hamburg gehört. In den nächsten Wochen und Monaten müssen wir uns gemeinsam intensiv Gedanken darüber machen, wie wir uns als Hamburger Parlament aufstellen, wie wir die Landesregierung, den Senat, einbinden, und wie wir an dieser Stelle Europa in Hamburg ein großes Stück erlebbarer machen, als es bisher der Fall ist. Wir, die CDU und die Grünen, werden daran arbeiten und würden uns freuen, wenn Sie an dieser Stelle mitarbeiten und deutlich intensiver diskutieren, als wir es bisher getan haben. Wir verstehen dieses Wahlergebnis als deutlichen Aufruf, dass wir gemeinsam stärker am Thema arbeiten müssen. Ich möchte alle Parteien einladen, sich daran zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Danke, vielen Dank!)

CDU und Grüne in Hamburg sehen in den europäischen Arbeitsleitlinien des Senats, die uns im Europaausschuss in der nächsten Woche noch einmal beschäftigen werden, gute Ansatzpunkte. Es sind im Wesentlichen drei, die eine gute Chance dafür bieten, Europa in Hamburg sichtbar zu machen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wo ist eigentlich der Europa-Staatsrat!)

und zwar in der Schule – dafür gibt es ein entsprechendes Gutachten, das wir umsetzen wollen –, dann mit der Internationalisierung der Universität und drittens mit den europäischen Projekten in der Stadt, die wir deutlich sichtbar machen und wer-

den. Und das wollen wir gemeinsam tun. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frank.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch von meiner Seite herzlichen Glückwunsch allen drei neuen Europa-Abgeordneten aus Hamburg und viel Glück bei ihrer Arbeit auch für Hamburg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es wiederholt sich, meine Damen und Herren von der CDU – ich muss das noch einmal sagen und werde es auch beim nächsten Mal sagen, wenn ich den Eindruck habe, dass das so ist –, dass Sie sich seit geraumer Zeit nicht mehr trauen, die Themen in Hamburg auf die Tagesordnung zu setzen, die die Menschen wirklich bewegen.

(*Viviane Spethmann CDU*: Ach, das wissen Sie!)

Sie haben immer zwei Alternativen, die als Ersatz erhalten müssen: entweder China oder Europa. Heute ist es Europa, beim nächsten Mal wird es dann wieder China sein.

(Beifall bei der SPD)

Was verlangen Sie eigentlich von den Menschen in dieser Stadt, wenn Sie selbst das wichtige Thema Europa ständig zu einem Verlegenheitsthema machen? Das ist kein akzeptabler Umgang mit diesem so wichtigen Thema.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Sie haben die Themen Freiheit, Sicherheit, Wohlstand auf die Tagesordnung gesetzt. Auch das habe ich schon einmal gesagt: Wenn zu Ihrer Programmatik keine Sozialunion gehört – diese abstruse Presseerklärung Ihrer Spitzenkandidatin haben wir ja gelesen –, wenn zu Ihrer Programmatik also kein soziales Europa gehört – davon steht jedenfalls nichts in Ihrem Titel –,

(*Frank Schira CDU*: Der Wahlkampf ist vorbei!)

das sich vorrangig um die soziale Lebenssituation der Menschen kümmert, dann dürfen Sie sich auch an dieser Stelle, meine Damen und Herren von der CDU, über nichts mehr wundern. Die Menschen wollen in erster Linie ein soziales Europa und das wollen wir Sozialdemokraten auch.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Drei Tage nach der Wahl – und das auch noch in fünf Minuten und besetzt mit zwei Rednern – der

(Günter Frank)

Frage nach den Ursachen für die wiederum so niedrige Wahlbeteiligung im Bund und die so katastrophale in Hamburg nachzugehen, ist doch absurd. Ich plädiere dafür, Herr Heintze, und spreche auch den Vorsitzenden des Europaausschusses an, uns mit diesem so wichtigen Thema ausführlich im Europaausschuss zu beschäftigen. Wir sollten dazu auch Experten einladen, die vielleicht wichtige Hinweise, insbesondere auch für Hamburg, geben könnten. Das könnten wir in der nächsten Woche einvernehmlich beschließen.

(Frank Schira CDU: Sehr gut!)

Dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen müssen, ist keine Frage, aber nicht hier in fünf Minuten in der Aktuellen Stunde, nur weil Sie andere Themen nicht ansprechen wollen.

Ich möchte an dieser Stelle nur einige Fragen aufwerfen. Hat der Senat den Menschen in Hamburg ausreichend dargestellt, wie eng unsere Stadt mit der europäischen Politik verbunden ist? Ist die Öffentlichkeitsarbeit des Senats für Europa richtig angelegt oder gibt es dabei Defizite? Ist die Hamburger Politik europäorientiert genug? Braucht Hamburg einen Europasenator, der das Thema vielleicht wirkungsvoller anpacken kann als Staatsräte, die mit mehr oder weniger Begeisterung arbeiten oder auch nur verwalten?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nicht mal der Europa-Staatsrat ist da! – Michael Neumann SPD: Abgehalfterte Versorgungsplätze schaffen Sie!)

Braucht die Bürgerschaft stärkere Informations- und Mitwirkungsrechte, um Europa wirksamer darstellen zu können?

Die Werbekampagne der Bürgerschaft wurde von vielen sehr kritisch gesehen, als zu spät, falsch angelegt oder auch wirkungslos. Wie ist sie zu bewerten, was lässt sich in Zukunft anders machen? Muss Europa stärker personalisiert sein, stärker mit Gesichtern verbunden werden? Brauchen wir zum Beispiel eine Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission? Brauchen wir eine europäische Regierung? Und letzte Frage: Warum orientieren sich über 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidung oder auch Nichtteilnahme an der Innenpolitik und nicht an der Europapolitik? Wie auch immer die Antworten auf diese und andere Fragen ausfallen mögen, aus meiner Sicht wird sich nur dann etwas wesentlich ändern, wenn es mit welchen Maßnahmen, Methoden und Inhalten auch immer gelingt, Europa emotional in die Herzen der Menschen zu tragen, in die Herzen insbesondere auch der jungen Generation

(Beifall bei der SPD)

In der Serie "Gute Zeiten – Schlechte Zeiten" ist das lösbar, in der Politik aber eine äußerst schwierige Aufgabe. Wir müssen uns in der Tat ernsthaft

mit diesem Thema beschäftigen und sollten im Europaausschuss damit beginnen. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Frank, Europa ist für die GAL kein Verlegenheitsthema. Das ist es subjektiv nicht und das ist es vor allem auch objektiv nicht. Drei Tage nach der Europawahl ist das ein Thema, das man durchaus diskutieren kann, und wenn man sich die Wahlbeteiligung anschaut, mit Recht. Insofern halte ich es für angemessen, dass die CDU dieses Thema in der Aktuellen Stunde angemeldet hat.

(Michael Neumann SPD: Das überrascht uns, Herr Waldowsky! – Beifall bei der GAL und der CDU)

7 260 Menschen mehr sind dieses Mal zur Europawahl gegangen als vor fünf Jahren, trotzdem ist dies ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 0,2 Prozent. Hamburg hat im Bundesvergleich das zweitschlechteste Ergebnis, nur Brandenburg ist, wie bereits gesagt wurde, mit 29 Prozent noch schlechter, hat aber seine Wahlbeteiligung um drei Prozent steigern können. Die Wahlbeteiligung ist nämlich kein gottgegebenes Ziel, sondern man kann auch aktiv daran arbeiten. Im Vergleich zu den anderen deutschen Großstädten steht Hamburg effektiv schlecht da. München hat über 43 Prozent, Köln 43 Prozent. Das Thema Wahlbeteiligung ist auch nicht nur ein Großstadtproblem. Auch auf dem Land, beispielsweise in Schleswig-Holstein im Kreis Bad Segeberg, ist die Wahlbeteiligung nur unwesentlich höher als in Hamburg, im Kreis Nordfriesland sogar noch niedriger, dort sind nämlich nur 33 Prozent wählen gegangen.

Die Ursachenanalyse ist also ausgesprochen kompliziert. Noch komplizierter oder rätselhafter wird es, wenn man sich zum Beispiel das Ergebnis der GAL anschaut. Der GAL ist es gelungen, im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl 20 Prozent Wähler hinzuzugewinnen. Es sind über 14 000 Stimmen mehr, die wir dieses Mal verzeichnet haben. Es scheint vor allem ein Problem der großen Parteien zu sein.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo war denn der grüne Kandidat!)

Die haben nämlich bei dieser Europawahl etwa 40 Prozent der Wähler erreicht, die sie bei der letzten Bürgerschaftswahl hatten. Also könnte man sagen, dass es vor allem ein Problem der SPD und der CDU ist, doch so einfach möchte ich es mir nun auch nicht machen.

(Andreas Waldowsky)

Was sind die Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung? Schließlich haben wir einiges gemacht, der Senat, die Verwaltung, aber auch die Parteien haben sich engagiert. Wir haben den Europamarkt wieder durchgeführt, wir hatten die Europawoche, wir haben eine eigene Wahlkampagne aufgelegt. Wir hatten engagierte Kandidaten in allen Parteien, einen mehr oder weniger engagierten Wahlkampf, wobei ich natürlich sagen würde, dass der Wahlkampf der Grünen der engagierteste war.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben mehr oder weniger aktive Medien eingeschaltet, aber das alles hat offensichtlich nicht gereicht. Doch ich denke, dass wir für die nächste Europawahl aus verschiedenen Gründen schon optimistischer sein können. Erstens weil aufgrund der Wahlrechtsänderung, die wir heute auf den Weg bringen werden, die nächste Europawahl mit der Bezirksversammlungswahl zusammengelegt wird. Das erhöht hoffentlich das Interesse an beiden Wahlen. Zweitens haben wir jetzt drei hamburgische Europaabgeordnete, was für mehr Präsenz von europäischen Abgeordneten in Hamburg sorgt, aber auch wir Grünen werden mit unseren drei norddeutschen Abgeordneten Rebecca Harms, Helga Trüpel und Jan Philipp Albrecht in Hamburg präsent sein, viele Veranstaltungen machen

(Michael Neumann SPD: Toll, jetzt weiß ich endlich, warum dieses Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet worden ist!)

und dafür sorgen, dass auch die grünen Wähler in den nächsten fünf Jahren nicht vergessen werden, was in Brüssel und in Straßburg alles gemacht wird.

Auch der Lissabon-Vertrag, den der Kollege Heintze angesprochen hat und der in diesem Herbst hoffentlich verabschiedet wird, stimmt mich optimistisch. Er wird für mehr Bewegung in Europa, für ein positives Europabild sorgen und uns Parlamentariern auch sehr viel mehr Rechte einräumen. Wir werden im Europaausschuss, und hier hoffentlich auch gemeinsam mit allen Parlamentariern, dafür sorgen, dass das Subsidiaritätsprinzip, die Subsidiaritätskontrolle hier im Parlament jetzt aktiv angegangen wird, denn wenn wir wollen, dass Europa wirklich in Hamburg ankommt, dann müssen wir Parlamentarier uns alle auch an die eigene Nase fassen. Wir müssen das Thema Europa in allen unseren Tätigkeiten immer mitdenken. Meiner Meinung nach ist es nicht damit getan, dass gerade auch die Abgeordneten das Thema Europa nur alle fünf Jahre aufrufen, nämlich dann, wenn die Europawahl ansteht. Wenn wir mit unserer Arbeit in den Parteigremien, in den Ausschüssen und im Plenum das Europathema wirklich immer im Kopf und im Herzen haben, dann schaffen wir es auch, dass Europa wirklich in Hamburg ankommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob es ausreicht, das Thema Europa im Kopf und im Herzen zu haben, bezweifle ich. Die Wahl zum Europäischen Parlament war eine schallende Ohrfeige für die Politiker in Hamburg, die Europapolitik machen, für das Europäische Parlament und für die europäische Idee. Aus diesem Grund müssen wir uns intensiv mit dem Thema auseinandersetzen und nicht einfach nur beschließen, mehr von dem zu machen, was wir bisher immer gemacht haben. Das den Bürgern zu erzählen wird nicht ausreichen, sondern da muss eine ordentliche selbstkritische Debatte her.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Warum ist diese kritische Debatte notwendig? Wir Politiker können den Wählern doch nicht sagen, dass sie einfach nur zu doof sind und sich noch mehr von dem anhören müssen, was wir ihnen bereits erzählt haben; von wegen noch ein bisschen mehr Europamarkt und so weiter, dann wäre das Problem gelöst. Es muss grundsätzlich einiges verändert werden. Lassen Sie uns einmal ansehen, worum es dabei geht.

Erstens: Jeder, der sich mit Europa auseinandersetzt, weiß, dass wir in Brüssel kein tatkräftiges, lebendiges europäisches Parlament haben, wie wir es unter normalen Umständen in der Bundesrepublik oder sogar in Hamburg gegenwärtig noch haben. Es ist kein selbstbewusstes Europaparlament, das in der Lage ist, selbstständig Gesetze zu verabschieden, sie selbstständig auf die Tagesordnung zu packen und gegenüber der Kommission durchsetzen zu können. Das ist eine Grundvoraussetzung für Demokratie. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Selbstbewusstsein von Parlamentarismus, das überall sonst in der Bundesrepublik selbstverständlich ist, auch in Europa durchgesetzt wird. Das zeigt diese Wahl ganz deutlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dieses Brüsseler Demokratiedefizit wird doch dadurch konterkariert, dass wir selbst manchmal nicht mehr in der Lage sind zu unterscheiden, ob wir es in Brüssel mit einem Lobbyisten zu tun haben, einer Firma, die ganz nette andere Interessen verfolgt, ob wir eigentlich noch mit parlamentarisch arbeitenden Interessenvertretern sprechen oder mit Leuten von der Verpackungsindustrie Norddeutschland. Das ist schon für uns schwer durchschaubar, für die Wähler noch schwerer und die

(Norbert Hackbusch)

heftige Kritik am Europäischen Parlament und an solchen Institutionen ist berechtigt.

Zweitens: Erfahrungsgemäß stimmt es nicht, Herr Heintze, dass der Wohlstand durch die EU so groß geworden ist. Es ist falsch, dies dem Wähler vorzugaukeln und eine Art und Weise, ihn nicht ernst zu nehmen und für dumm zu erklären.

(Olaf Ohlsen CDU: Keine Ahnung!)

Ist der Wohlstand in Dänemark gewachsen, ist er in Norwegen gewachsen? In gewisser Weise schon. Welche Erfahrung haben denn die meisten Menschen in diesem Land im Zusammenhang mit dem Wohlstand in den letzten fünf Jahren gemacht? Den meisten geht es schlechter als vor fünf Jahren. Mit dieser Situation müssen wir Parlamentarier uns auseinandersetzen und mit den Menschen über die Ursachen diskutieren, anstatt ihnen irgendetwas zu erzählen von Wohlstand, und damit wird die EU besser. Indem wir solche Nebelhülsen verwenden, diskutieren wir nicht ernsthaft mit den Menschen, nehmen sie nicht ernsthaft beim Wort und nehmen nicht ernsthaft ihre Argumente auf. Doch dies ist absolut notwendig, dies müssen wir erreichen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Drittens stelle ich unter Miteinbeziehung meiner Partei kritisch fest, dass wir diesen Wahlkampf nicht engagiert und intensiv genug durchgeführt haben. Auch unsere Kampagne war nicht richtig toll. Darüber, ob die WUMS-Kampagne der GAL erfolgreich und vernünftig war, könnte man noch einmal extra diskutieren, aber vor allem hätte ich von der CDU, die dieses Thema angemeldet hat, schon gerne wenigstens ein paar kritische Worte dazu gehört. Wer in dieser Stadt eine Kampagne mit so unmöglichen Plakaten durchführt, die gegenüber der Kandidatin und der europäischen Frage so lieblos und achtlos ist, verhöhnen sie auch diese Wahl. Auch das ist nicht anständig und dazu hätte ich hier wenigstens ein kritisches Wort hören wollen. Sie versuchten, das irgendwie noch zu kaschieren, aber ich muss wirklich sagen, dass das nicht geht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zusammen mit meiner Partei freut mich an diesem Wahlergebnis vor allem, dass in Deutschland nicht, wie in vielen anderen Ländern, nationalistische Kräfte so stark geworden sind. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So eine billige Polemik,

Herr Hackbusch, sind wir von Ihnen doch eigentlich nicht gewöhnt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Zum anderen kann ich Ihnen nur mitteilen, dass Norwegen immer noch nicht Mitglied in der EU ist, wie übrigens auch Island nicht, obwohl diese Länder ganz dringend in die EU wollen, weil die nämlich so gut ist und auch dafür sorgt, dass die Menschen in einem sicheren und auch Wohlstandseuropa leben können. Dies nur einmal als kleine Hilfe nebenbei.

Ich finde es schon lustig, wie sich die SPD hier aufregt. Wer hat eigentlich diese Wahlen verloren? Wir oder Sie?

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Bei sieben Prozent Minus wäre ich ganz vorsichtig! – Michael Neumann SPD: Helmut Schmidt ist schuld!)

Zur niedrigen Wahlbeteiligung in Europa: Ich hatte eben noch ein wenig Zeit, mir anzusehen, was die Leute herausfinden, die ihr Geld damit verdienen, dass sie diese Wahlen analysieren. Und die niedrige Wahlbeteiligung ist leider ein Phänomen seit 1974. Das heißt, das schlechte Ergebnis liegt nicht an einer womöglich schlecht durchgeführten Kampagne in Hamburg oder Deutschland, sondern es ist leider Fakt, dass die Leute – und das hat auch wieder etwas Gutes – Europa als gar nicht so aufregend empfinden, wie wir es uns manchmal wünschen. Wo sind denn die Menschen, die sagen: Krieg und Frieden, davor warnt uns Europa? Das hat die jüngere Generation inzwischen einfach mitgenommen. Wen locken wir da noch mit schönen Reden hinterm Ofen hervor, wenn uns das unsere Großeltern erzählen? Die Leute schauen nach vorne und im Grunde sind sie einigermaßen zufrieden oder sie sind skeptisch aus den von Ihnen genannten Gründen. Sie sind skeptisch, weil sie das System nicht verstehen. Zugegeben, ich würde es auch schöner finden, wenn wir uns im Parlament stärker nach den parteipolitischen Linien zusammenfinden würden. Eine EVP-Fraktion mit den Liberalen wäre natürlich lustiger und dann gegen die Linken, die Grünen, je nachdem, wo sie sich einsortieren würden, und die SPD. Aber Faktum ist, dass es diese Mehrheiten nicht gibt und dass wir damit leben müssen, dass die Dinge kompliziert sind.

Ich erlaube mir schon zu sagen – auch dieses hat diese Unterlage hervorgebracht –, dass es eine ganze Menge Leute gibt, die herumjammern und behaupten, sie wüssten nichts von Europa und wir Politiker müssten mehr dafür tun. Doch fragt man sie, ob sie bereit wären, auch einmal einen Artikel zu lesen oder sich sonst irgendwo zu informieren, dann sind die Antworten meist sehr zurückhaltend. Jeder, der im Wahlkampf aktiv war, weiß das, und manchmal passiert es leider auch in unseren eige-

(Bettina Machaczek)

nen Reihen, dass wir andere Themen für wichtiger halten. So richtig medientauglich ist das Thema auch nicht. Ich fürchte, wenn wir es jetzt öfter in Hamburg diskutieren, wird davon nicht allzu viel im "Hamburger Abendblatt", in der "Welt", der "Bild"-Zeitung und so weiter zu lesen sein. Ich glaube, wir machen uns etwas vor, wenn wir uns davon viel Hilfe versprechen.

Auch wenn man sich die Ergebnisse der Kommunalwahlen ansieht, so stellt man fest, dass zwar ein paar Leute mehr wählen gegangen sind, was aber meiner Meinung nach nicht die Schwierigkeit rechtfertigt, Bezirksversammlungenwahlen mit Europawahlen zusammenzubringen. Wir sollten also besser die Kirche im Dorf lassen, uns weiter für Europa engagieren, hier anständige Europapolitik machen und bitte nicht so billige Polemik betreiben, wie die SPD es hier vorgeführt hat.– Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rabe.

Ties Rabe SPD:* Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die zweite Hälfte des Titels hat mich nachdenklich gemacht, und ich hatte eigentlich gehofft, dass wir zu einer etwas differenzierteren Analyse kommen. Es sind kaum Menschen zu dieser Europawahl gegangen, in Hamburg besonders wenige, aber auch woanders ganz wenige. Deswegen hat mich erst einmal gewundert, dass es unter diesen wenigen Menschen, die da hingehen, immer noch Analytiker gibt, die zu der Schlussfolgerung kommen, dass Karstadt entweder richtig oder falsch war. Ich muss ganz ehrlich sagen, das ist angesichts dieser Wahlbeteiligung ein Fischen im Trüben, das man nicht nachvollziehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man so weitermacht, dann kommt es irgendwann einmal dazu, dass nur noch sieben wählen gehen und wir es noch immer auf irgendeine politische Großwetterlage zurückführen, wenn uns dann nur drei statt vier gewählt haben. Das führt am eigentlichen Problem, der Wahlbeteiligung, vorbei. Nun wird angeführt, Herr Hackbusch, der Grund für die niedrige Wahlbeteiligung seien die Europapolitik und auch die Art und Weise, wie Europa regiert. Europa präsentiert sich nicht gut und es wird auch nicht ordentlich vermittelt, das ist in der Tat alles wahr. Aber es greift zu kurz und die Politik ist nicht auf dem richtigen Pfad, wenn wir glauben, dass wir durch einen veränderten Wahlkampf, veränderte Plakate, andere Menschen oder andere Gesetze hier etwas ändern.

Was spricht dagegen? Die Kommunalwahl in Geesthacht oder in Husum oder sonst wo. Die Wahlbeteiligungen sind ja überhaupt nicht größer als bei der Europawahl, obwohl Husum die Husumer sicherlich sehr stark angeht und direkt vor ihrer Tür liegt ebenso wie Geesthacht mit den Geesthachtern. Offensichtlich liegt es an etwas anderem und an der Stelle kommt immer die große Keule, dass wir Politiker bürgernaher, seriöser, mit unseren Diäten vorsichtiger oder was weiß ich sein müssen. Das mag zwar alles stimmen, aber wir müssen uns darüber im klaren sein, dass wir uns ein Stück weit zu wichtig nehmen, wenn wir glauben, diese zurückgehende Wahlbeteiligungskultur ließe sich ausschließlich dadurch ändern, dass wir uns noch mehr Mühe geben, uns noch weiter reinhängen und noch verstärkter zu Kegelvereinen und wohin sonst noch gehen.

Es gilt festzuhalten, dass durch sämtliche Wahlen hindurch seit langem eine Abnahme gesellschaftlichen Engagements und Gestaltungswillens zu beobachten ist. Das hat diese Europawahl besonders deutlich gezeigt, aber auch zu den anderen Wahlen sind kaum mehr Leute hingegangen, wie Frau Machaczek zu Recht gesagt hat. Insofern wird hier noch einmal deutlich, was sich bereits bei der letzten Hamburg-Wahl gezeigt hatte, die mit 65 Prozent Wahlbeteiligung weiß Gott nicht berühmt war, dass wir nämlich in eine meiner Meinung nach langfristige Krise schlittern. Stell dir vor, es ist Demokratie und keiner geht hin. Aus diesem Grund sollte man tatsächlich innehalten und gemeinsam überlegen, was man besser machen könnte. Für mehr Wahlbeteiligungskultur zu werben ist nicht nur Aufgabe der Politiker, sondern auch die der Medien, der Gesellschaft und der Vereine. Auch wir müssen besser werden, das ist eine richtige Analyse. Aber ich persönlich habe Magen drücken angesichts der Gesamtentwicklung und da ist mehr Nachdenklichkeit angesagt, woran es insgesamt liegt. Ich sehe einen gesellschaftlichen Trend, den wir alleine nicht abwenden können. Dafür brauchen wir Mitstreiter in den Medien und der Gesellschaft insgesamt und da hilft auch kein anderes Plakat von Frau Schnieber-Jastram. So gerne ich an dieser Stelle unterstütze und klatsche, aber da müssen wir in der Ursachenforschung weiter und tiefer gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Den Demokratiepessimismus von Herrn Rabe teile ich überhaupt nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Farid Müller)

Für eine Bürgerschaftssitzung, auf der wir uns dem Thema zuwenden, dass wir für Hamburg den Wahlrechtsfrieden ausrufen können, finde ich das eine sehr merkwürdige Position, denn auch wir in Hamburg haben mit dem Thema Demokratie und Beteiligung der Menschen unsere eigene Geschichte. Darauf kommen wir später noch einmal zurück.

Auch Herr Hackbusch hat sich vergriffen, wenn er hier erzählt, weil das Parlament ein Demokratiedefizit habe, müsse man auch nicht zu dieser Wahl gehen. Sie wissen doch ganz genau, wie die Kämpfe für die Demokratisierung der Europäischen Union laufen und woran es zurzeit hakt. Es liegt am Lissabon-Vertrag, der noch nicht ratifiziert ist, und ob dies geschieht, steht noch nicht fest. Auch wenn er ratifiziert ist, wird es kein Gesetzesinitiativrecht des Parlaments geben. Trotzdem wird Europa dadurch selbstverständlich demokratischer. Die Kampagne der LINKEN – Sie haben sie sehr selbstkritisch hier angeführt, das finde ich gut – hat gezeigt, was Sie insgesamt für eine Distanz zu diesem Europathema haben. Es besteht jetzt die große Chance, dass der Lissabon-Vertrag doch noch unterschrieben wird, gerade weil die Rechtspopulisten in vielen Ländern auf dem Vormarsch gegen genau dieses Demokratiedefizit sind. Aber von einer LINKEN hätte ich mir einen anderen Weg gewünscht. Lieber hätte ich mir die Kritik gewünscht, warum es nicht schon längst so weit ist, und ich hätte gerne Ihren Beitrag dazu gehört, was DIE LINKE dafür getan hat, dass es mit diesem Demokratiedefizit besser wird. Aber dazu habe ich überhaupt nichts gehört und das finde ich traurig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zu der Mär, Wohlstand und Europa hätten nichts miteinander zu tun, muss ich sagen, so viel Geschichtsklitterung habe ich selten in einem Parlament gehört.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Was ist denn mit den osteuropäischen Ländern? Wir wussten doch, dass es eine politische Entscheidung war, dass sie so früh beitreten. Schauen Sie sich doch einmal die soziale Situation in Polen heute und vor zehn Jahren an, da gibt es einen Fortschritt. Auch in den baltischen Staaten gibt es einen Fortschritt, Slowenien hat inzwischen den Euro. Wo sehen Sie, dass dies nicht zu mehr Wohlstand in der Breite in Europa führt? Aus diesem Grund wollen doch so viele Staaten in die EU, weil es insgesamt bergauf geht. Und wo wären wir ohne die EU in dieser Finanz- und Wirtschaftskrise? Das können wir hier auch gerne noch einmal diskutieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Hackbusch, ich weiß, dass Sie es besser wissen. Ich verstehe nur nicht, warum Sie es hier nicht sagen, und ich finde das nicht gehörig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete!

(Klaus-Peter Hesse CDU: Liebe Genossen!)

– Wie bitte? Ach so, das ist bei der CDU so üblich. Ich wollte eigentlich über die Wahlbeteiligung zur Europawahl sprechen, aber wir können auch gerne über die Genossen sprechen.

Liebe Damen und Herren! Dieses Demokratiedefizit hat natürlich auch mit Desinformation zu tun. Die Kollegin von der CDU hat schon gesagt, dass Informationsveranstaltungen, Flugblätter und alle möglichen anderen Dinge die Bürger wahrscheinlich nicht angesprochen haben. Demokratie hat etwas mit Information zu tun. Demokratie hat sehr viel damit zu tun, wie es im Moment auch bei uns in Deutschland aussieht.

(Wolfgang Beuß CDU: Das sind ja Binsenweisheiten!)

Armutsrisiken sind gesellschaftliche Realität über Deutschlands Grenzen hinaus. Es gab nicht nur in Deutschland eine geringe Wahlbeteiligung, sondern auch in unseren Nachbarstaaten ist es nicht viel besser gewesen. Das ist gesellschaftliche Realität, die durch politisches Handeln auch auf Europaebene natürlich zum Positiven verändert werden kann, wenn man es denn will. Der neue Negativrekord bei der Wahlbeteiligung sollte nicht überraschen. Er hat viel mit der Verdrossenheit zu tun, dass man sowieso nichts zum Besseren wenden kann, und nicht mit Desinteresse an der Politik. Das betrifft ganz normale menschliche Probleme wie gestiegene Energiekosten, Steuern, Abgaben, Arbeitslosigkeit und was folgt daraus: Armut. Armut ist unabhängig davon, wer in den Rathäusern sitzt. Da brauchen wir die Schuldigen nicht zu suchen, es ist überall das Gleiche. Die Kluft zwischen der Politik, der EU und dem Hoffen der Menschen ist einfach zu groß, um sie im Moment an die Urnen zu bringen und Begeisterung für Europa hervorzurufen.

Man sollte auch nicht vergessen, wie in Deutschland mit dem EU-Vertrag umgegangen wurde. Wir dürfen nicht mitentscheiden über den Inhalt und überhaupt darüber, ob wir diesen Vertrag wollen oder nicht wollen. Das hat nichts damit zu tun, ob man europafeindlich ist; man möchte einfach teilhaben am Geschehen in Europa und nicht nur in Deutschland. Es gibt einen sehr interessanten Leserbrief aus dem "Hamburger Abendblatt" von

(Elisabeth Baum)

gestern, den ich hier in Ausschnitten einmal zitieren möchte.

"Des Weiteren dürfen wir in Deutschland schon gar nicht über die Europäische Verfassung abstimmen und entscheiden. Das alles fördert natürlich die allgemeine Europa-verdrossenheit nicht nur in Deutschland und beschert uns [...] eine schwindende Akzeptanz bzw. eine mangelnde Identifikation mit der EU."

Das bringt es auf den Punkt. Man sollte auch darüber nachdenken, soziale Fortschrittsklauseln in diese Europaverträge einzubauen. Wir stehen dafür, für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Europa eine Haltelinie nach unten einzuziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Schraube dreht sich immer weiter nach unten und dafür sind wir nicht nur in Deutschland verantwortlich, sondern auch in Europa. Ich hoffe, unsere frisch gewählten Europaabgeordneten werden einen Anteil daran haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frank.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin! Ich möchte zwei Anmerkungen von Frau Machaczek hier nicht so stehen lassen. Sie haben dieses Thema angemeldet und die einzige Botschaft, die ich von Ihnen gehört habe, ist nicht eine positive, sondern einfach die Feststellung: Lassen Sie doch die Kirche im Dorf. Wenn Sie das Thema anmelden, ist das inhaltlich einfach zu wenig, da hätte ich schon ein bisschen mehr erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Die Debatte zeigt im Übrigen, wie ratlos wir alle bei der Frage sind, mit welchen Methoden, Ansätzen und Inhalten wir die Menschen stärker an der Europawahl beteiligen. Das ist ein sehr schwieriges Thema und niemand sollte hier so tun, als hätte er Rezepte oder den Königsweg. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, mit der wir uns eingehend beschäftigen müssen. Die Aktuelle Stunde eignet sich dafür nicht.

Eine zweite Anmerkung zu Frau Machaczek: Herr Heintze hat es vermieden, hochmütig zu sein, aber an einer Stelle haben Sie gesagt: Wer hat denn die Wahl gewonnen und wer hat sie verloren? So viel Hochmut tut nicht gut, nach Hochmut kommt der Fall. Ich habe keinen Grund, das Ergebnis der Sozialdemokraten schönreden zu wollen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das stimmt!)

es ist ein schlechtes Ergebnis, das ist gar keine Frage. Aber bezogen auf Hamburg haben CDU

und GAL, also dieser Senat, über 11 Prozent verloren. Das ist eine politische Schlappe, da gebührt es sich nicht, Ihr Ergebnis schönzureden. Hochmut ist hier in Hamburg bei Ihnen schon gar nicht angemessen und zur Schau zu stellen, sondern eher Nachdenklichkeit darüber, warum auch Sie so viele Stimmen in dieser Stadt verloren haben. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zum ersten Thema. Somit kommen wir zum zweiten Thema, das von der SPD angemeldet wurde:

HafenCity Universität – Unwirtschaftliche Senatsprojekte auf Kosten der Steuerzahler

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Stapelfeldt, bitte.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als großes Kino sollen einige Teilnehmer die Sitzung des Haushaltsausschusses am vergangenen Donnerstag bewertet haben. Ob großes Kino oder Schmerzensstunde, die Sitzung des Haushaltsausschusses war in jedem Fall bemerkenswert und ich habe das in den fast zehn Jahren in diesem Ausschuss noch in keinem anderen Fall so erlebt.

Der Haushaltsausschuss sollte in letzter Runde der Bürgerschaft empfehlen, das Startsignal für den Neubau der HafenCity Universität am Magdeburger Hafen mit Gesamtkosten von insgesamt 86,78 Millionen Euro zu geben. Das ist gescheitert und das zu Recht. Der Rechnungshof hat in dieser Sitzung noch einmal in klarer Form, schnörkellos und unmissverständlich seine Monita und Beanstandungen vorgetragen. Fundamentale Anforderungen der Landeshaushaltsordnung sind nicht erfüllt, zwingende Wirtschaftlichkeitsnachweise nicht erbracht. Das bedeutet, alternative Standortprüfungen für kostengünstigere Lösungen sind nicht erfolgt und der Neubau der HCU ist kein Musterbeispiel für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, im Gegenteil. Was also als Traumprojekt von Schwarz-Grün 2005/2006 mit genau diesen Kriterien in Angriff genommen wurde, hält einer kritischen Analyse nicht stand.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Als am Ende der Beratungen im Haushaltsausschuss ganz einmütig der Wunsch an Frau Senatorin Gundelach herangetragen wurde, die Drucksache zurückzuziehen, war das gewiss eine Schmerzensstunde für sie, aber es war unvermeidlich. Denn die Reaktion der Wissenschaftsbehörde auf die Einlassung des Rechnungshofs und die Kritik der Abgeordneten war nicht überzeugend,

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

sie war sogar enttäuschend und skandalös. Noch liegt uns kein Protokoll aus der Sitzung vor, deshalb muss ich jetzt auf die schriftliche Stellungnahme der BWF in der Senatsdrucksache Bezug nehmen. Ich lese Ihnen nur zwei Sätze vor, da heißt es:

"Bezüglich der förmlichen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung [...] geht die BWF inzwischen davon aus, dass eine vergleichende Betrachtung der positiven und negativen Effekte zweier Standorte mit quantitativen Methoden in diesem Fall nicht zu belastbaren Aussagen führt. [...] Vor diesem Hintergrund hat die BWF auf einen Wirtschaftlichkeitsvergleich verzichtet."

(Dr. Andreas Dressel SPD: Skandal!)

Aber hier geht es nicht um Vermögen oder Unvermögen, sondern es geht um Wollen oder Nichtwollen. Die Wissenschaftsbehörde will keine solchen Berechnungen anstellen und Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden missachtet. Was wir hier immer wieder erleben, ist Uneinsichtigkeit und Überheblichkeit. Wer ist schon der Rechnungshof? Was bedeutet schon die Missbilligung des Parlaments im Februar 2009 hinsichtlich des Rechnungshofsberichts 2008, der in seiner Kritik 2009 noch vernichtender ausgefallen ist, weil die BWF sich dazu nicht richtig verhalten hat? Es gipfelt darin, dass keine Rechtfertigung der Mehrkosten in Höhe von 58 Millionen Euro gegenüber den Alternativen erfolgt ist und auch die Bürgerschaft über die Kostenentwicklung falsch informiert worden ist.

Die Wissenschaftssenatorin hat Rechnungshof und Abgeordnete als notorische Querulanten betrachtet und auch so behandelt und sämtliche Verantwortung auf den Vorgänger im Amt, Herrn Senator Dräger, oder auf die Verwaltung der Wissenschaftsbehörde abgewälzt.

Aber es ist doch klar, Frau Senatorin, schon bei der Planung war die BSU beteiligt und spätestens als Wissenschaftssenatorin waren Sie verantwortlich für die Haltung Ihrer Behörde zu den Rechnungshofsberichten 2008 und 2009. Das hat Ihnen in einem Fall eine Missbilligung eingebracht, aber das ist Ihnen schon immer gleichgültig gewesen. Stellvertretend für Sie hat der Oberbaudirektor, der an dem Verfahren auch beteiligt war, dies im Wissenschaftsausschuss im Februar auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt, für die HCU könne es keinen anderen Standort geben als diesen prominenten und prestigeträchtigen in der HafenCity.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eine Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung wie die HCU benötige den Standort mitten in der Stadt, brauche urbane Öffentlichkeit.

(Wilfried Buss SPD: Leuchtturmprojekt!)

Öffentlichen Diskurs mitten in der Stadt wünschen wir uns auch für andere Universitäten. Sein Fazit war also, die HCU könne an keinem anderen Standort gebaut werden.

Meine Damen und Herren und insbesondere Sie, Frau Senatorin, fordere ich auf, nehmen Sie den Rechnungshof ernst. Wenn ein Projekt nicht etatreif ist, wie es der Rechnungshof bewertet hat, dann machen Sie dieses Projekt etatreif.

(Ingo Egloff SPD: Oder ziehen Sie es zurück!)

Das sind jetzt Ihre Hausaufgaben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, wir alle hier im Haus nehmen den Rechnungshof sehr ernst.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nur die Senatorin nicht!)

Ich gehe davon aus, dass in der nächsten Haushaltsausschusssitzung die Hausaufgaben gemacht sind und dieses Thema vom Tisch ist.

Ich möchte ganz klar voranstellen, dass es eine politische Entscheidung gewesen ist, die HafenCity Universität in die HafenCity zu setzen. Dazu stehen wir nach wie vor und stärken der Senatorin für diese Entscheidung den Rücken.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Von Ihnen haben wir doch den Flickenteppich in der Architekturausbildung übernommen, hier eine Hochschule, da eine Fachhochschule, TU und, und, und. Sie haben über Jahre die Lehre und Forschung in diesem Bereich parallel und nebeneinander geduldet und hingenommen. Wir haben dieses nicht fortgeführt, sondern entschieden und wir haben eine schlagkräftige Hochschule in der Planung, die dann in der HafenCity ihre Arbeit erledigen wird.

Schon in der ersten Pressemitteilung des Senats zum Thema heißt es, Hamburg soll eine eigenständige Bauhochschule an einem exponierten Standort in der HafenCity erhalten. Bei den Plenarberatungen, Sie führten es schon an, zur Errichtung der HCU im Dezember 2005 wurde Ihr SPD-Antrag abgelehnt, die Pläne aufzugeben. Hingegen wurde mit den Stimmen von CDU und GAL – damals gab es diese Koalition noch gar nicht – der HCU-Neubau auf den Weg gebracht, und dieses insbesondere eben auch unter dem ökologischen Aspekt, den damals Herr Maier eingefordert hatte.

Die Standortwahl des Senats war von Anfang an bekannt und seit Dezember 2005 war offenkundig,

(Wolfgang Beuß)

dass es die HafenCity sein sollte. Zu den Kosten der Nachhaltigkeitsmaßnahmen ist anzumerken, dass die Bürgerschaft mit ihrer Zustimmung zum GAL-Antrag damals den Senat explizit ersuchte, ein nachhaltiges und ökologisch gestaltetes Gebäude zu errichten. Der Senat konnte und kann deshalb davon ausgehen, dass die kostenträchtigen Nachhaltigkeitsmaßnahmen, die von der Bürgerschaft gefordert wurden, auch durch sie finanziert werden. Die Nachhaltigkeitsmaßnahmen waren mit 3,6 Millionen Euro veranschlagt und wurden inzwischen aufgrund von genaueren Planungen auf 2,3 Millionen Euro reduziert. Das Gesamtkonzept eines Lowtech-Gebäudes ist zukunftsweisend und für die Ausbildung ist es vorteilhaft, nachhaltiges Bauen am eigenen Gebäude demonstrieren zu können.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Eben nicht, das ist es ja!)

Die Energieeffizienz des geplanten Neubaus ist ebenfalls hoch. Zwar wird der Neubau der BSU in Wilhelmsburg bessere Werte erreichen, aber Sie können einen reinen Büro- und Verwaltungsbau eben nicht mit einer Hochschule vergleichen, die nun einmal andere räumliche Anforderungen hat, welche trotz intelligenter Technik zu einem höheren Energiebedarf führen werden. Ich billige gerne, dass ich auch nicht verstanden habe, warum man die Kosten für eine Tiefgarage in der Ursprungsplanung nicht mit einkalkuliert hat. Das ist ein Fehler gewesen,

(Michael Neumann SPD: Da gibt es doch eine U-Bahn!)

das muss nachträglich korrigiert werden, aber mit ein bisschen mehr Fantasie hätte man sich das auch damals schon überlegen können. Die zusätzlichen Kosten, die darüber hinaus entstanden sind, sind aus meiner Sicht aber sehr wohl zu rechtfertigen. Der Senat betonte zur Bedeutung des Standortes von Anfang an, dass er die HafenCity bewusst gewählt hat, um die HCU in einem unglaublich spannenden Stadtentwicklungsgebiet anzusiedeln.

Diese hochschulspezifischen und stadtpolitischen Aufgaben und Ziele wären an einer anderen Stelle nicht so zu erfüllen gewesen. Insofern ist die Forderung des Rechnungshofs nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Vergleichsrechnungen für Standorte in Wilhelmsburg beziehungsweise Hebebrandstraße nicht sinnvoll. Hier geben die inhaltlichen und qualitativen Kriterien den Ausschlag für die politische Entscheidung, die ich eingangs schon erwähnt habe.

Ich fasse zusammen: CDU und GAL stehen weiter dazu, dass die HafenCity Universität ihren Neubau in der HafenCity erhält und nicht völlig losgelöst in renovierten, aber ungeeigneten Räumen an der Hebebrandstraße untergebracht wird. Die Kritik

des Rechnungshofs geht an der Sache vorbei. Sicherlich ist es kein Billigbau, aber für eine Hochschule, die auch der Baukultur dienen soll, braucht man eine gute Architektur.

CDU und GAL stehen weiter dazu, dass der Neubau der HCU ein nachhaltiger Bau sein soll, und stimmen deshalb der vorliegenden Drucksache zu.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD hat das Thema HCU zur Debatte angemeldet. Auslöser, Frau Stapelfeldt hat es gesagt, ist die Kritik des Rechnungshofs gewesen und ich begrüße es ausdrücklich, dass die Debatte noch einmal hier in diesem Hause geführt wird. Sie wird verdeutlichen, dass die Entscheidung für die HCU, ihren Standort und ihre architektonische Gestaltung politischer und strategischer Natur war.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und daher spielen die Kosten keine Rolle!)

Es geht um die Frage, wie sich die Hansestadt hochschulpolitisch ausrichten will. Mit der Kritik vom Rechnungshof muss man sich auseinandersetzen und sie bewerten. Das hat der Wissenschaftsausschuss in diesem Jahr insgesamt in drei Sitzungen getan. Resultat der Beratungen ist eine einstimmige Beschlussempfehlung bei Enthaltung der SPD.

Noch einmal zur Erinnerung: Was sind die wesentlichen Kritikpunkte des Rechnungshofs? Es geht zunächst einmal um den Standort. Hier empfiehlt der Rechnungshof die Alternative Hebebrandstraße, denn dort sei es viel billiger. Das ist richtig. Trotzdem müsste man dort, das haben wir auch schon gehört, die Gebäude herrichten, was zu erheblichen Mehrkosten führen würde, und dann hätte man ein Raumprogramm, das wirklich suboptimal wäre. Jetzt muss doch die Frage erlaubt sein, ob man diese Universität, in der junge Leute lernen sollen, wie Stadtplanung und Architektur funktioniert, in renovierte Räume aus den Siebzigerjahren packen will,

(Dr. Monika Schaal SPD: Ach du liebe Zeit!)

oder ist es nicht viel klüger, einen Standort zu wählen, der diesem Ausbildungsziel gerecht wird. Architekten aus ganz Europa beneiden uns um dieses Entwicklungspotenzial im Zentrum der Stadt. Es ist einzigartig und ein Pfund, mit dem die Hamburger wuchern können,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wuchern passt ja auch zu den Kosten!)

(Dr. Eva Gümbel)

und deshalb soll die HCU natürlich in die HafenCity.

Der zweite Kritikpunkt des Rechnungshofs ist der hohe Anteil an Verkehrsflächen. Dem ist entgegenzuhalten, dass eine moderne Universität kein Bürogebäude ist. In einer modernen Universität braucht man neben der klassischen Büronutzung, die hier bei 2000 Quadratmetern liegt – zum Vergleich: die HCU hat insgesamt 13 600 Quadratmeter –, auch andere Flächen. Der Anteil an Werkstätten, Labors, Vorlesungsräumen und Bibliotheken ist hoch und darüber hinaus soll es in der Mitte des Gebäudes die sogenannte innere Zone geben, die gewährleistet, dass es einen Dialog zwischen der Hochschule und der Stadt geben kann. Hier wird auch das Stadtforum seinen Platz finden.

Nun kommen wir zu dem dritten und für uns Grünen wichtigsten Punkt, dem Punkt der Energieeffizienz. Hier muss man zur Vorgeschichte wissen, dass Herr Dräger die HCU tatsächlich mit einem ökologischen Anspruch geplant hat, der gegen null tendierte. Daran haben wir nicht nur harsche Kritik geübt, sondern wir haben unsere hohen ökologischen Anforderungen formuliert, eingebracht und in die Planung einfließen lassen. Das gilt insbesondere für die Standards der ökologischen Innovation wie auch der Nachhaltigkeit. So ist eigens für dieses Gebäude ein Klimakonzept von den Architekten erstellt worden, das uns auch im Ausschuss vorgestellt wurde. Es ist geprägt von hoher Innovationsdichte und Energieeffizienz. Als Beispiel hierfür sei genannt, dass die Fotovoltaikbänder, die das ganze Gebäude umspannen, neuartig sind. Die gesamte Kühlung des Gebäudes erfolgt auf natürlichem Wege über Geothermie und nächtliche Windkühlung. Wenn nun bei dieser hohen technischen und ökologischen Innovationsleistung der Rechnungshof zu dem Ergebnis kommt, dass die Investitionen unwirtschaftlich seien, so hat er aus seiner Warte recht. Für den Rechnungshof steht Ökologie gegen Ökonomie.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist natürlich eine billige Ausflucht!)

Er legt den Maßstab an, dass sich die eingesetzten Mittel, zum Beispiel in der Haustechnik, nach zehn Jahren amortisiert haben sollen. Ist das nicht der Fall, geht er davon aus, dass die Investitionen unwirtschaftlich sind. Um Ihnen das an einem Beispiel zu vergegenwärtigen: Wenn ein Privatmann sich für die Fotovoltaikanlage entscheidet und die Investitionskosten sich erst nach zwölf Jahren amortisieren, dann würde der Rechnungshof dazu sagen, dass es eine unwirtschaftliche Entscheidung sei. Genau hier müssen sich der Privatmann als auch wir Parlamentarier die politische Frage stellen, ob die Mehrkosten, in diesem Fall die längere Amortisationsdauer, sinnvoll sind oder nicht. Wir Grünen beantworten die Frage sowohl bei dem eigenen Dach mit der Fotovoltaikanlage als auch

bei der Universität, die künftig Architekten und Stadtplaner ausbilden soll, mit einem klaren Ja.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Entscheidung für die HafenCity Universität eine politisch-strategische war. Wenn man eine solche Universität gründen will, muss man ihr auch die optimalen Startmöglichkeiten geben. Dazu gehört die Entscheidung, dieser Universität einen exponierten Standort im Zentrum der Stadt zuzuweisen. Die Studenten sollen an einem Ort studieren, der das versinnbildlicht, was sie studieren werden – Baukunst und Innovationsfreude.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben eben noch einmal von Frau Gümbel und Herrn Beuß gehört, dass wir hier mit einer strategischen Entscheidung konfrontiert sind. Ich nehme zur Kenntnis, Sie haben das beide noch einmal sehr schön dargestellt, dass es darum geht, die Architekturhochschule in der HafenCity in einem architektonisch anspruchsvollen Neubau unterzubringen und damit die besondere Baukultur Hamburgs darzustellen. Das ist Ihre Absicht. Ich habe trotzdem noch zwei Argumente. Diese Absicht haben Sie 2005/2006 auf den Weg gebracht. Jetzt haben wir, Frau Dr. Gümbel, mittlerweile 2009 und wir haben auch in Hamburg eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise. Das werden wir bei den anderen Punkten auch noch sehen. Das heißt, diese Stadt hat im Unterschied zu dem, was Sie sagen, das Geld nicht so locker, sondern wir müssen genau hinschauen, wo wir dieses Geld ausgeben.

(Wolfgang Beuß CDU: Wollen Sie jetzt alle Projekte stoppen oder was?)

Es geht um ein politisch-strategisches Projekt und ich finde es einigermaßen kühn, dass Sie sich in dieser Situation Herrn Kerstans Logik zu eigen machen, Hauptsache, Geld ausgeben. Sie fragen nicht mehr danach, ob das Geld vernünftig ausgegeben wird und was das für die nächste Perspektive bedeutet.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das ist der erste Punkt. In dieser Krisensituation einfach Geld auszugeben, das mögen Sie uns als Populismus unterstellen, es ist aber genau das, was wir an keinem Punkt machen. Aber darüber will ich gar nichts sagen, Sie sind eben so, Sie haben ein großes Mundwerk und konjunkturell und finanziell machen Sie nichts. Das werden wir heute im Lauf der Debatte noch sehen.

(Dr. Joachim Bischoff)

Was jetzt das große Kino ausmacht, wie Frau Stapelfeldt sagt, kommt aus einer ganz anderen Situation. Aber dazu müssen wir uns kurz einmal die Größenordnung klarmachen. Wir reden laut Landesrechnungshof über mindestens 73 Millionen Euro. Der Abriss und Neubau in der Hebebrandstraße wird auf 61 Millionen Euro taxiert. Ich bin erst seit Kurzem dabei und muss eine Vorlage dieser Behörde genießen, in der steht, was schert uns der Unterschied zwischen 73 und 61 Millionen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das war eine politische Entscheidung!)

– Ach, politisch.

Es sind 10 Millionen Differenz, da können Sie nicht sagen, das ist auf demselben Level. Der Rechnungshof hat Ihnen vorgehalten, wenn Sie die alte Hochschule herrichten würden, dann hätten wir eine Differenz zwischen 73 und 15 Millionen Euro. Natürlich können Sie sagen, wir kloppen das Geld raus. Aber trotzdem sind auch Sie an eine Landshaushaltsordnung gebunden und müssen eine bestimmte Begründung dafür liefern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Frau Gundelach den Nerv hätte, hineinzuschreiben, wir geben das Geld aus,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nicht aufregen, ist ungesund!)

das schert uns nicht, dann hätten wir wenigstens Klartext, aber das kaschieren zu wollen und darauf zu setzen, dass sie nur doofe Abgeordnete vor sich hat, das ist wirklich ein starkes Stück.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich würde das Argument, das Frau Stapelfeldt vorgebracht hat, ein bisschen schärfer fassen wollen. Natürlich hat dieser Senat, und nicht nur die Senatorin Gundelach, uns mitgeteilt, was er von den Einwänden des Landesrechnungshofs hält.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Da steht, das ist eben schon zitiert worden, schlicht ignorieren. Kann sich in diesem Haus jemand mit dem Argument, dies politisch-strategisch zu wollen, über Recht und Ordnung stellen? Das ist die Frage, um die es geht, das ist der Skandal. Können Sie damit die Landshaushaltsordnung aushebeln? Ich bin der Meinung, das geht auf gar keinen Fall.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie signalisieren eine Haltung, die Hohn ist auf jedes bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement. So geht man nicht um mit dem, was wir hier haben.

Abschließend, ich habe das bereits im Ausschuss gesagt, bitte ich und fordere die SPD auf, weil Sie

das nicht ändern werden, mit uns den Weg zum Hamburgischen Verfassungsgericht zu gehen, denn es ist kein Ausnahmefall, es ist der Regelfall, dass diese Regierung sich nicht an Recht und Gesetz hält.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dr. Gundelach.

(Michael Neumann SPD: Das ist ja selten, dass jemand seinen Rücktritt selbst verkündet! Das gab's noch nie!)

Senatorin Dr. Herlind Gundelach:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Senat und Bürgerschaft haben in der letzten Legislaturperiode, das ist heute schon mehrfach erwähnt worden, die Errichtung der HafenCity Universität beschlossen. Das Errichtungsgesetz war eingebettet in eine sehr umfassende Drucksache und darin war eines ganz klar zum Ausdruck gebracht – ich zitiere wörtlich –:

"Die HafenCity Universität soll einen architektonisch anspruchsvollen Neubau in exponierter Lage der HafenCity erhalten, um die Bedeutung der [...] Baukultur nicht nur der der Stadt hervorzuheben."

(Dr. Monika Schaal SPD: Von Unwirtschaftlichkeit steht da aber nirgendwo etwas!)

Zur Beratung dieser Drucksache und des Berichts des Haushaltsausschusses lagen damals zwei Anträge vor, die sich allerdings diametral voneinander unterschieden. Der Antrag der SPD wollte zu dem klassischen Klein-Klein zurück, von dem Sie herkommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Von Klein-Klein verstehen Sie nix!)

– Doch, davon verstehe ich eine ganze Menge, aber nicht in dem Sinn, in dem Sie das gerne haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Antrag der GAL hingegen zielte auf eine Erweiterung des Senatskonzepts und ich muss zugeben, dass ich es damals als Staatsrätin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und dort für Umwelt zuständig außerordentlich begrüßt habe, weil es mir schon damals ein Anliegen war, Gebäude energetisch und ökologisch so optimal wie möglich zu bauen. Deswegen standen in dem Antrag der GAL auch eine ganze Menge Anforderungen, die Frau Gümbel gerade schon ausführlich dargestellt hat; deshalb will ich nicht im Einzelnen darauf eingehen. Allerdings war auch darauf abgehoben, dass der Standort einen ganz besonderen Anspruch haben sollte für die Architektur- und

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

Stadtplanungsausbildung und diesen sollte er auch gewährleisten. Dieser Standort war politisch ausdrücklich gewünscht, um die HafenCity zu beleben und noch attraktiver zu machen.

Im Übrigen wurde dieser Beschluss noch einmal im Jahr 2006 bestätigt, als die Bürgerschaft und konkret der Haushaltsausschuss Mittel für die Interimsunterbringung des Präsidiums bewilligt hat und zwar unter ausdrücklichem Hinweis darauf, dass diese Interimsunterbringung in unmittelbarer Nähe des Universitätsneubaus in der HafenCity erfolgen solle, um zur Identitätsbildung der neuen Hochschule von Anfang an beitragen zu können.

Insoweit war, für jeden ersichtlich, der Standort entschieden. Wir haben eine parlamentarische Demokratie, in der der Primat der Politik gilt und Politik entscheidet sich in diesem Fall mit Mehrheit in der Bürgerschaft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Solange solche Entscheidungen nicht revidiert werden, solange gelten sie. Der Senat und die ihn tragenden Koalitionsfraktionen sehen im Übrigen auch gar keinen Anlass, diese Entscheidung zu revidieren. Die Entscheidungsvoraussetzungen gelten nach wie vor.

Meine Damen und Herren! Hamburg gilt in Sachen Architektur und Stadtplanung als die dynamischste Stadt Deutschlands mit Ausstrahlung weit über Deutschland hinaus; das war erst am Wochenende in einer relativ großen deutschen Tageszeitung nachzulesen.

(Michael Neumann SPD: Das "Hamburger Abendblatt"!)

– Haben Sie die falsche Zeitung gelesen, Herr Neumann?

(Michael Neumann SPD: Das "Hamburger Abendblatt" ist nie falsch!)

Die renommiertesten Architekten arbeiten in dieser Stadt und festigen damit ihren Ruf. Diese Konkurrenzfähigkeit wollen wir auch in der Ausbildung der jungen Architekten und der jungen Stadtplaner haben. Das von der HCU dazu entwickelte Profil wird ausdrücklich anerkannt, zum Beispiel im Rahmen eines Exzellenzwettbewerbs des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, starten allerdings in der Zwischenzeit einen durchsichtigen, aber sehr unauglichen Versuch, die HCU, die Gott sei Dank in der Zwischenzeit auch volle Fahrt aufgenommen hat, auf ein Abstellgleis zu führen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie hat Schiffbruch erlitten, letzte Woche!)

Das machen dieser Senat und die ihn tragenden Parteien nicht mit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich aber auch ein paar Bemerkungen zur Wirtschaftlichkeit machen. Das Profil und die von der Bürgerschaft beschlossene Zielsetzung der HCU lassen sich an ihrem gegenwärtigen Hauptstandort, nämlich der Hebebrandstraße, in der dort vorhandenen Bausubstanz, auch nach einer Instandsetzung, beim besten Willen nicht verwirklichen. Die Hebebrandstraße ist vom Zuschnitt eher ein Schulgebäude. Deshalb hätte auch dort nach unserer Auffassung ein Neubau errichtet werden müssen, der nach unseren Berechnungen, die wir sehr sorgfältig angestellt haben, in etwa die gleiche Summe erfordert hätte wie der Neubau in der HafenCity.

Allerdings würden zwei andere Dinge nicht gewährleistet, nämlich die gewünschte Ausstrahlung, die angestrebte Exzellenz und die im Errichtungsgesetz angelegte Neuorientierung der Ausbildung. Hamburg würde in seinem Streben nach Metropolentwicklung in die Provinzialität zurückgeworfen und das wollen wir wohl alle in dieser Stadt nicht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Frau Gümbel hat es bereits gesagt, an einen Solitär sind andere Anforderungen zu stellen als an Nullachtfünfzehn-Gebäude.

(Zwischenruf bei der SPD: Ach nee!)

Gleichwohl, und das haben wir zugesagt, prüfen wir die Anteile der Glas- und Verkehrsflächen, wie es vom Rechnungshof angeregt wurde; auch das habe ich im Ausschuss nachdrücklich gesagt.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Warum haben Sie es denn nicht getan!)

Die HCU hat aber über ihren Ausbildungsauftrag hinaus auch die Verpflichtung, öffentlicher Mittelpunkt der geistigen und der fachlichen Diskussion und Auseinandersetzung um die Architektur und Stadtentwicklung in Hamburg und darüber hinaus zu sein. Dafür benötigt sie auch eine angemessene Flächenressource. Hochschulgebäude sind eben mit Bürogebäuden nicht vergleichbar und insofern hinkt der Vergleich des Rechnungshofs mit der BSU, obwohl wir es sehr begrüßen, dass die BSU einen hochwertigen Büroneubau plant. Eine Hochschule hat aber Hörsäle und hat vor allen Dingen eines, die HCU hat eine große Zahl an Laboren und Laboratorien sind erfahrungsgemäß sehr große Energieträger.

Im Übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, dass gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen ein Hochschulgebäude geplant wird, wo sich gerade unter großen Anstrengungen und unter Inkaufnahme sehr hoher Kosten das Ziel gesetzt wird, den auch von uns geplanten Primärenergiebedarf von 100 Kilowattstunden pro Quadratmeter und pro Jahr einzuhalten. Das heißt, der Standard, den wir

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

für unsere Universität haben wollen, ist der höchste Standard, den Sie mit Blick auf Hochschulgebäude gegenwärtig in Deutschland überhaupt haben.

Sinn und Zweck dieser modernen Universität ist es aber auch, dass Pionierarbeit im Hinblick auf Energieeffizienz geleistet wird. Die Studenten sollen anhand der Systeme, die im eigenen Gebäude eingebaut sind, forschen können, um noch mehr Energieeffizienz in ihrer Ausbildung zu erreichen und auf noch mehr Energieeffizienz hinzuwirken; es werden dort unter anderem auch Bauingenieure ausgebildet.

Insofern kann es durchaus sein, dass eine moderne Technik heute noch nicht wirtschaftlich ist, vor allen Dingen, wenn ich den Zeitraum von zehn Jahren zugrunde lege. Sie kann aber, auch der heutige Einbau, im Hinblick auf künftige Entwicklungen notwendig sein, das heißt, sie ist dann nicht nur einfach Teil des Gebäudes, sondern sie ist zugleich Lehrinhalt.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung aufmerksam machen, die das Passivhaus in diesem Land genommen hat. Wenn Sie sich die ersten Passivhäuser ansehen, so waren die nicht nur relativ unwohnlich, sie waren vor allen Dingen komplett unwirtschaftlich. Es hat eine Vielzahl von Jahren gedauert, bis wir soweit gekommen sind, dass Passivhäuser sich einigermaßen rechnen, was die Investitionen angeht und vor allen Dingen natürlich auch, was die Wirtschaftlichkeit angeht. Ich weiß das, denn ich habe selbst ein Passivhaus gebaut.

(Michael Neumann SPD: Da stand auch was in der Zeitung drüber!)

Aber wenn niemand hingeht und diese Techniken erprobt und sie weiterentwickelt, dann werden wir sie auch nie in die Anwendung bekommen, das heißt, dann haben wir den Standard, den wir eigentlich nicht haben wollen, und sind alles andere als zukunftsfähig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deswegen lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede ein Zitat aus einem Leserbrief des BDA Hamburg zitieren. Ich zitiere jetzt wörtlich:

"Dass es kostengünstigere Standorte in Hamburg gibt, ist nicht die Frage, sondern die Frage ist: Wollen wir in Hamburg eine international konkurrenzfähige Architektur- und Stadtplanungsausbildung anbieten oder nicht?"

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Inhaltlich!)

"Wir halten es nicht für nützlich, weiteres politisches Geplänkel zu veranstalten, sondern diese Institution muss endlich an dem attrak-

tiven Standort angesiedelt werden, um sie endlich vollständig arbeitsfähig zu machen."

Dem ist aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage, Frau Senatorin, die sich heute stellt, ist doch, wenn man die Rede von CDU und GAL verfolgt und auch Ihre Ausführungen, warum denn eigentlich der Haushaltsausschuss vor noch nicht einmal einer Woche Ihre Drucksache zurückgewiesen hat; Frau Ahrons hat das doch vorgetragen. Deswegen möchte ich das ein bisschen einordnen, womit Herr Bischoff schon begonnen hat.

Das überteuerte Gebäude für die HafenCity Universität ist doch mit dieser mangelnden Wirtschaftlichkeit kein Einzelfall. Es ist nur ein Beispiel unter vielen und ich will gar nicht wieder mit der U4 anfangen. Wir erleben im Haushaltsausschuss in fast jeder Sitzung, dass Fragen zur Wirtschaftlichkeit offen bleiben. Schwarz-Grün ist von sich selbst so begeistert, dass sich die Drucksachen streckenweise lesen wie Werbebroschüren:

(Wolfgang Beuß CDU: Das tut weh!)

Nachhaltigkeit, faszinierende Projekte, Weitsicht, Innovation. Praktisch wird mit Pauschalpreisen gearbeitet und es werden beliebig Zahlen hochgerechnet und Annahmen getroffen, die nicht nachvollziehbar sind. Ein Kreuzfahrtterminal in Altona, ein neues EXPO-Gebäude in Shanghai. Das sind schöne Sachen, aber vernünftig vorbereitet und gegen die Kosten abgewogen sind sie nicht. Ich zitiere einmal aus der EXPO-Drucksache:

"Eine eingehende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird nachgereicht."

Man denkt, man liest nicht richtig. Erst werden sechs Millionen beschlossen und danach wird die Wirtschaftlichkeit geprüft. Das ist das Prinzip von CDU und GAL.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann wird das gewünschte Projekt in rosigen Farben beschrieben, Alternativen werden schlecht gerechnet, Einwände und Widerspruch zur Seite geschoben. In der HCU-Drucksache behauptet der Senat, der Rechnungshof könne nicht rechnen, nur weil der Behörde die Aussage nicht passt, dass es eine Alternative in der City Nord gibt, die deutlich günstiger ist. Sie sagen nicht, Sie wollen den Standort, Sie sagen, der Rechnungshof könne nicht rechnen. Das ist ein Stück weit selbstherrlich und Realitätsverweigerung.

(Dr. Peter Tschentscher)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben erlebt, dass die mangelnde Sorgfalt bei Planung und Vorbereitung später nicht selten zu erheblichen Mehrkosten führt. Zum Beispiel gab es beim Ausbau der Sengelmannstraße Mehrkosten, nur weil es im Sommer geregnet hat, was in Hamburg bekanntlich einmal vorkommt. Die Mehrkosten erreichen zum Teil eine Höhe, die absurd ist, wie bei der Elbphilharmonie; 200 Millionen Euro Mehrkosten für das gleiche Projekt, das zu einem Pauschalpreis beschlossen war.

Warum ist das nicht nur für den Haushalt, warum ist das auch in der derzeitigen Konjunktursituation ein Problem? Herr Bischoff hat schon darauf hingewiesen. Wir haben alle gemeinsam gesagt, dass wir in dieser Situation die Konjunktur nicht abwürgen dürfen, sondern das Investitionsvolumen aufrechterhalten müssen. Und dann zahlt der Senat 200 Millionen Euro an Schweizer Architekten und an einen internationalen Baukonzern, der die Stadt mit der Drohung eines Baustillstands wegen mangelhafter Planung erpresst. Diese 200 Millionen Euro fehlen für eine große Zahl von Aufträgen an kleine und mittlere Unternehmen, die Hamburgs Wirtschaft und viele Arbeitsplätze ausmachen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen ist es jetzt ganz besonders an der Zeit, jede Investition auf Wirtschaftlichkeit zu prüfen und abzuwägen. Der Finanzsenator hat den Haushaltsausschuss kurz vor dem Tagesordnungspunkt HafenCity Universität am Donnerstag verlassen.

(Jan Quast SPD: Er wusste schon, warum!)

Er hatte bestimmt einen wichtigen Termin, wichtiger als 70 bis 100 Millionen Euro für einen zu kleinen Neubau in der HafenCity. Ich erwarte von der Finanzbehörde, Herr Beuß, dass sie nicht nur Haushaltskonten verwaltet, sondern dass sie in solchen Fällen eingreift.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bei vielen Projekten kennen wir die Kritik des Rechnungshofs erst im Nachhinein und nehmen das dann alle gemeinsam mit betretenen Mienen zur Kenntnis. In diesem Fall, bei der HafenCity Universität, kennen wir die Kritik schon jetzt. Deshalb sagen wir: Nehmen Sie die Kritik an der Wirtschaftlichkeit Ihrer Planungen zur HafenCity Universität zur Kenntnis und lassen Sie die Finger davon.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

(Michael Neumann SPD: Herr Oberförster Kruse!)

Rüdiger Kruse CDU:* – Sie sind immer so witzig.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Tschentscher, Sie haben ein spannendes Konzept von Rederecycling und das werden wir wohl noch öfter erleben.

(Michael Neumann SPD: Das kann Ihnen nicht passieren!)

– Nein, ich lese sie nicht ab, das stimmt.

Sie nehmen einen aktuellen Anlass, reden darüber drei, vier Sätze und dann reihen Sie die Dinge aneinander, die wir schon tausendmal hatten: Elbphilharmonie, Sengelmannstraße et cetera. Auf diese Art und Weise können Sie schon erreichen, dass Sie diese fünf Minuten relativ gut ausgesteuert bekommen, aber es bringt die Sache nicht weiter.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das ist Ihnen wohl peinlich, was?)

Vermutlich waren einige der Redebeiträge schon vorverfasst, bevor der Haushaltsausschuss getagt hat, denn die Melodie, die die Opposition intoniert hat, hätte man vielleicht intonieren können, wenn wir tatsächlich die Debatte ausgesessen, nicht beendet hätten, durchgestimmt, Feierabend, aus. Das hätten Sie sich wahrscheinlich auch gewünscht.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Nein, im Gegenteil, das war schon gut so!)

Was hier einige großes Kino genannt haben, ist in Wirklichkeit, jedenfalls nach unserem Verständnis, Normalität, eine ganz normale Ausschussarbeit. Der Haushaltsausschuss hat ein Selbstverständnis und mit Sicherheit ist es eher die Aufgabe der Regierungsfraktion, dieses zu vertreten als die der Oppositionsfraktion. Wir hätten natürlich darauf verweisen können, Wiederholungen gefallen nicht immer, dass die Diskussion zum Thema schon mehrfach im Fachausschuss geführt worden ist. Deshalb hat sich der Senat relativ schlank aufgestellt und nicht noch zusätzliche Fachleute dazugeholt, die dann auf die Vorträge des Rechnungshofs, zum Beispiel zu den Themen Energieeffizienz und Glasflächen, hätten antworten können. Mit diesem Hinweis hätten wir sagen können, das machen wir nicht, lesen Sie das Protokoll, den Bericht des Fachausschusses. Das finden wir aber nicht angemessen, sondern wenn diese Debatte im Haushaltsausschuss wiederholt wird, da sie selbstverständlich Haushaltsrelevanz hat, dann werden wir sie auch führen.

Das erwartet auch der Bürger von uns und dafür müssen wir das nötige Sitzfleisch mitbringen. Deswegen haben wir gesagt, dass wir die Debatte fortsetzen und das werden wir nächste Woche tun. Wir werden nächste Woche Punkt für Punkt die Fragen noch einmal durchgehen und die Antworten darauf geben, auch wenn das dem einen oder anderen wie eine Wiederholung vorkommt. Manchmal muss Redundanz eben sein. Wir sind uns si-

(Rüdiger Kruse)

cher, dass wir dann nicht den Effekt bekommen, dass Sie hinterher sagen werden, jetzt haben wir es verstanden und wir stimmen zu, aber wir glauben, dass wir es nicht nur Ihnen, sondern der Sache selbst schulden, diesen Beratungsprozess in aller Tiefe zu Ende zu führen. Das werden wir tun, denn es geht immerhin um viel Geld; dessen sind wir uns bewusst.

Ich hätte gerne einmal gewusst, wenn man in Parallelwelten denken könnte, wie denn die Debatte geführt worden wäre, wenn wir eine kleingesparte Universität in einem Pappkarton vorgestellt hätten.

(Zurufe von der SPD: Oh! – *Michael Neumann SPD*: Nein, in einem lauschten Häuschen im Wald!)

Dann hätten Sie doch wahrscheinlich gesagt: Sie sparen an der Bildung. Von daher sind diese Diskussionen etwas verräterisch.

Es gab einmal eine Zeit, in der Sie regiert haben, und da wurde die heutige Umweltbehörde gebaut. Zum Leidwesen des damaligen geschätzten Senators Vahrenholt war es wegen der Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht möglich, mehr für Umweltschutz zu tun, obwohl er vorlegen konnte, dass, wenn man den Betrachtungszeitraum über 10 Jahre verlängert hätte, sich die von ihm vorgeschlagenen Wassereinsparmaßnahmen rechnen würden. Damals wurde gesagt, dies sei der Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Dadurch haben wir eine Umweltbehörde bekommen, die schon damals nicht vorbildlich war. Und Sie wollen, dass wir so einen Fehler wiederholen, indem wir stur nach irgendwelchen Verordnungen schauen und nicht den politischen Willen artikulieren und den Willen des Parlaments umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir wollen politisch, und das haben wir so entschieden, eine Universität, die von ihren Inhalten und von ihren Räumlichkeiten spitze ist, an einem herausragenden Ort. Das ist eine politische Entscheidung und die kann man nicht konterkarieren, indem man den Hinweis gibt, dass es wesentlich billiger wäre, wenn man sie in Schenefeld bauen würde.

Wir werden die Debatte am Dienstag führen. Es gibt keinen Zweifel, dass die Regierungsfractionen dahinter stehen und dass die Ausgaben, auch in dieser Höhe, voll umfänglich gerechtfertigt sind. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Was sagt denn Frau Ahrons dazu?)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die Debatte anschaut, dann muss man wirklich einmal beleuchten, welche Aufgabe wir als Parlamentarier haben und welche Aufgabe der Rechnungshof hat. Wir als gewählte Volksvertreter treffen in diesem Saal politische Entscheidungen. Die Aufgabe des Rechnungshofs ist zu prüfen, ob bei der Umsetzung dieser politischen Entscheidungen wirtschaftlich vorgegangen wird. Was dem Rechnungshof nicht zusteht, das möchte ich einmal in aller Deutlichkeit sagen, ist, zu sagen, was ihr politisch vorhabt, ist zu teuer, das dürft ihr nicht beschließen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Genau das hat der Rechnungshof in dieser Sache getan und damit seine Kompetenzen überschritten.

Das möchte ich Ihnen gerne einmal deutlich machen, Herr Bischoff, weil Sie einen sehr leidenschaftlichen Auftritt hingelegt haben mit Haushaltsordnung und Verfassungsgericht. Aufgabe des Rechnungshofs wäre es gewesen, an dem Standort, der politisch ausgesucht worden ist, zu prüfen, ob dieses Gebäude dort wirtschaftlich errichtet werden soll. Dann hätte er prüfen müssen, ob am gleichen Standort ein anderes Gebäude wirtschaftlicher gewesen wäre. Das hat er aber bewusst nicht getan, sondern gesagt, in Harburg oder in Wilhelmsburg könne man billiger bauen.

Wenn man das einmal zu Ende denkt, Herr Bischoff, dann würde, allein weil die Grundstückspreise in der HafenCity um ein Vielfaches höher sind als in Wilhelmsburg, jedes Gebäude, das man in der HafenCity plant, teurer werden als in Wilhelmsburg. Das hieße in letzter Konsequenz, die öffentliche Hand darf in der HafenCity nicht bauen, weil in Wilhelmsburg oder auch an der Autobahnausfahrt Schnelsen dies doch viel billiger möglich ist. Das kann doch nicht im Ernst die Konsequenz sein, Herr Bischoff.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Letztendlich geht es um eine politische Entscheidung. Welche Wichtigkeit hat die Wissenschaft in dieser Stadt? Da folgt der Rechnungshof einer un guten Tradition in Hamburg, denn diese Stadt hat viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, geglaubt, dass Wissenschaft nicht wichtig sei. Es gab in der Kaufmannschaft die Einstellung, der intelligente Sohn geht ins Kontor nach London oder Valparaiso und den dummen Sohn kann man zum Studieren nach Göttingen schicken und in dieser Stadt braucht man keine Universität.

Darum ist Hamburg im Wettbewerb der Metropolen heutzutage schwer benachteiligt, denn im Gegensatz zu allen anderen großen Metropolen ist in Hamburg die Universität sehr spät gegründet worden. Nun wurden Entscheidungen dahingehend getroffen, dass wir Wissenschaft ernst nehmen und das dokumentieren, indem wir die Wissen-

(Jens Kerstan)

schaft in einem neuen Stadtteil in der Mitte ansiedeln, weil wir dieses Manko, das für Hamburg nachteilig ist, ausgleichen wollen.

Wollen Sie wirklich, Herr Bischoff, diesen politischen Willen in Cent und Euro ausrechnen? Diese Kritik haben Sie geäußert; das könnte man auch auf andere Politikfelder übertragen.

(Frank Schira CDU: Der alte Pfeffersack!)

Welchen Wert hat eigentlich Gerechtigkeit in Cent und Euro? Wenn wir zum Beispiel beschließen, die Klassenfrequenz in den Schulen auf 25 zu senken, ist das mit Sicherheit gemäß dieser Definition nicht wirtschaftlich, weil es teuer ist. Wenn man dem Rechnungshof folgt, dann müsste man eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anstellen, ob man nicht den gleichen Effekt erzielen kann, indem man weniger Geld ausgibt, nämlich die Klassenfrequenzen in einzelnen Stadtteilen auf 25 absenkt und in anderen auf 35 erhöht. Das wäre in der Summe neutral und das wäre wirtschaftlich. Das ist nicht unser Verständnis von Politik, Herr Bischoff, das möchte ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Sie reden einer Politik das Wort – es ist wirklich erstaunlich, dass das Sozialdemokraten und Linke tun –, die Politikfelder einzig und allein nach Euro und Cent bewertet.

(Ingo Egloff SPD: Gerade auch angesichts der Haushaltslage dieser Stadt!)

Das ist nicht unser Verständnis von Politik und das sollten wir dem Rechnungshof auch ganz deutlich sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, Sie haben das falsch verstanden. Es geht nicht nur um Euro und Cent. Es geht unter anderem auch darum, dass man, egal welche politische Entscheidung man treffen will, bestimmte Regeln einhalten muss. Das ist die Haushaltsordnung, da können Sie sich nicht drumherumdrehen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe mit Begeisterung vernommen, dass sowohl CDU als auch GAL mit Vehemenz politische Entscheidungen verteidigt und von dem Primat der Politik gesprochen haben, dass das ganz wichtig sei. Das hätte ich natürlich zum Fall Moorburg auch gern gehört. Da hörte sich das völlig anders an.

(Viviane Spethmann CDU: Das hat gar nichts damit zu tun!)

Ich vertrete auch die Auffassung, dass das Gebäude einer Universität für Baukunst herausragende Architektur sein muss, aber das allein ist noch keine Standortbegründung. Herr Bischoff hat darauf hingewiesen, was sich haushaltsrechtlich bei den Entscheidungen und Vorlagen des Senats durchzieht. Ich sehe noch andere Punkte, die sich immer wieder durchziehen. Ich bin zum Beispiel sehr erstaunt, dass sowohl die Universitätspräsidentin als auch Sie, Frau Senatorin, seit Monaten die Universität Hamburg schlecht reden, sowohl baulich als auch inhaltlich. Das haben wir heute wieder am Beispiel der HCU, der Architektursparte in der Hebebrandstraße gehört. Ich finde es einen Skandal, dass die eigene Senatorin die Universität schlecht redet.

(Beifall bei der LINKEN – Lydia Fischer CDU: Ist doch Quatsch!)

Man lässt auch ganz bewusst, um bestimmte Projekte in der Zukunft durchsetzen zu können, die Gebäude verkommen, und zwar mit Vorsatz, damit man hinterher sagen kann, die Renovierung oder der Abriss und der Neubau seien teurer oder fast genau so teuer. Auf 10 Millionen Euro kommt es nicht an, Herr Bischoff hat es bereits gesagt. Das haben wir bei der Universitätsverlagerung und das ist auch ein Skandal. So kann man keine glaubwürdige Politik machen. Wir haben gerade über Glaubwürdigkeit und Wählerinteresse gesprochen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie, Herr Beuß, behaupten, die Hebebrandstraße sei für das, was man sich vorgestellt hat, ungeeignet, dann ist das erst einmal eine Behauptung. Ich habe weder von Ihnen noch von irgendjemand anderem gehört, dass es irgendein Argument dafür gibt, dass die Hebebrandstraße ungeeignet ist. Ich habe keine Zahl gehört und vor allen Dingen gibt es keine Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Frau Senatorin, Sie haben abgehoben auf den Beschluss der Bürgerschaft aus dem Dezember 2005, die Grundsatzentscheidung für die HCU. Damals waren 50 Millionen Euro für den Bau der HCU eingeplant. Sie haben nicht gesagt – darauf hat in der damaligen Debatte die SPD-Abgeordnete Frau Dr. Brüning hingewiesen –, dass es keine Finanzierung gab, auch schon damals nicht. Ich zitiere, was seinerzeit von ihr gesagt wurde:

"Wir sollen Ihrem Gesetz zustimmen und wissen gar nicht, wie Sie auf die Planung von 50 Millionen Euro kommen."

In der gleichen Debatte 2005 hat Herr Lafrenz für die CDU Folgendes gesagt:

(Dora Heyenn)

"Wir haben eine Vision von der Zukunft Hamburgs: Die Wachsende Stadt. Die HafenCity Universität ist ein Baustein dieser Vision."

Nun haben wir eine neue Koalition und jetzt heißt es nicht mehr Wachsende Stadt, sondern Wachsen mit Weitsicht. Da ist die Frage: Was ändert sich nun? Damals haben Sie, Herr Lafrenz, davon gesprochen, dass mit dieser HCU eine Signalwirkung in die Stadt gehen muss, dass es ein Neuanfang ist, dass es der Anfang von Exzellenz ist; Sie haben von der Multifunktionalität der HafenCity gesprochen und von Aufbruchstimmung.

Tatsache ist aber, dass es im Verhältnis zu den jetzigen Räumlichkeiten bei der geplanten HCU 30 Prozent weniger Räume für Forschung und Lehre geben wird und dass 22 Prozent weniger Studenten werden studieren können. Das heißt, entgegen dem Trend, der eigentlich Konsens in der Gesellschaft ist, dass wir die Anzahl der Studierenden steigern müssen, gehen Sie davon aus, dass wir sie senken müssen, und das Ding wird so gebaut, dass es keine Reserven hat. Das ist alles andere, nur keine Aufbruchstimmung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es zieht sich auch durch, dass immer wieder neue und andere Zahlen kommen und keiner weiß, welche endgültig dabei herauskommen. Wir haben noch ein paar andere solche Beispiele in der Stadt, ersparen Sie mir das. Ich frage Sie noch einmal, Frau Senatorin, wenn Sie hier ans Pult gehen nach dieser Haushaltsdebatte und nach den Reden, die hier gefallen sind, warum haben Sie nicht einmal erklärt, warum Sie die Vorlage zurückgezogen haben. Das würde uns doch alle sehr interessieren und da wäre ein klärendes Wort wichtig gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Pannenserie um die HCU reißt nicht ab, das ist ein Zeichen, dass man sich über die Hebebrandstraße noch einmal ernsthaft neue Gedanken machen muss. Alle Zeichen stehen auf Entwurf im Papierkorb.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angelangt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 2a auf, Drucksachen 19/1316, 19/3221: Wahl eines Mitglieds der Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergerichtsgericht und Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds der Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergerichtsgericht
– Drs 19/1316 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde
– Drs 19/3221 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen und Bemerkungen führen zur Ungültigkeit.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist erkennbar der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben werden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 57 auf, Drucksache 19/3176, Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010, hier: Sicherung des deutschen Spring- und Dressur-Derbys in Hamburg-Flottbek.

[Antrag der Fraktion der CDU:

Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"
hier: Sicherung des Deutschen Spring- und Dressur-Derbys in Hamburg-Flottbek
– Drs 19/3176 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Roock hat es.

Herr Abgeordneter, bevor Sie beginnen, möchte ich noch dafür Sorge tragen, dass auch die Abgeordnete Gienow Ihnen vollen Umfangs zuhören kann. – Danke schön.

Hans-Detlef Roock CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden heute über eine Veranstaltung von enormer sportpolitischer und wirtschaftspolitischer Bedeutung für Hamburg und darüber hinaus über die Präsentation Hamburgs weltweit.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Oi!)

Fast 70 000 Zuschauer in vier Tagen, ein Gesamtpreisgeld von 700 000 Euro, achtzigste Austragung, ältestes Turnier seiner Art in Deutschland,

(Hans-Detlef Roock)

schwierigstes weltweit, Teilnehmer aus 20 Nationen, Stallungen für über 500 Pferde, Fernsehpräsenz in circa 150 Ländern – diese Zahlen, meine Damen und Herren, stehen für einen Klassiker von großer sportlicher Relevanz und Attraktivität für das deutsche Spring- und Dressur-Derby in Hamburg-Flottbek.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die sind doch alle gedopt!)

Dieses Turnier wollen und müssen wir dauerhaft in Hamburg sichern. Ich will nur einiges zur Historie und zum Turnier sagen. Der Hamburger Kaufmann und passionierte Reiter Eduard F. Pulvermann hat dieses 1920 gegründet auf einem Gelände in unmittelbarer Nähe der heutigen Derby-Anlage und dort zum ersten Mal Natursprünge aufgebaut. Seinen Namen trägt bis heute das 14. Hindernis in Flottbek, eine 15 Meter lange Senke mit Wassergraben, "Pulvermanns Grab". Es ist das weltweit schwierigste Hindernis und unter Reitern sehr gefürchtet.

Ähnliches gilt für den 1 250 Meter langen, sehr speziellen Parcours mit insgesamt 17 Hindernissen, der nach wie vor dem ursprünglichen ähnelt und natürlich im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich modernisiert und dem steigenden Niveau des Springreitsports und internationalen Maßstäben angepasst wurde.

Auch das Deutsche Dressur-Derby, das dort gut drei Jahrzehnte später installiert wurde und in diesem Jahr zum 49. Mal stattgefunden hat, ist wegen des einzigartigen Pferdewechsels im Finale immer wieder ein echter Höhepunkt für die Zuschauer. Für die Reiter ist es ein Prädikat, Derby-Sieger zu werden.

Das Derby ist Gastgeber für zwei der wichtigsten nationalen beziehungsweise internationalen Reit-sportveranstaltungen. Bereits seit 2001 ist Hamburg die erste Etappe und damit glanzvoller Auftakt für die bedeutendste deutsche Serie im Reitsport, die RIDERS TOUR. Diese wirbt mit erstklassigem, ausgezeichnetem Sport auf erstklassigen Plätzen und bezeichnet unser Derby als legendär und als spezial.

Die GLOBAL CHAMPIONS TOUR, die sowohl international als auch national höchstdotierte Springsportserie der Welt, macht in diesem Jahr zum zweiten Mal Station in Hamburg. Andere Austragungsorte sind unter anderem Monaco, Valencia, Rio de Janeiro und Doha. Dadurch hat das Derby eine weitere internationale Aufwertung erfahren und macht Aachen Konkurrenz als Hauptstadt des deutschen Springsports, zumal beide Veranstaltungen unter einem Dach stattfinden.

(Zuruf von Wilfried Buss SPD)

Mit der RIDERS TOUR und der GLOBAL CHAMPIONS TOUR treffen zwei moderne Serien auf eines

der ältesten, faszinierendsten Ereignisse im Springsport. Ich kann nur jedem empfehlen – und Willi Buss, wenn Du permanent dazwischenquakst, sieh Dir diese Veranstaltung einmal an ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, würden Sie sich bitte an den parlamentarischen Sprachgebrauch halten.

(Wolfgang Beuß CDU: Aber recht hat er!)

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): – Ja, das werde ich.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Beuß, solche Kommentare sind hier nicht zulässig und das wissen Sie.

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ich kann wirklich nur jedem empfehlen, sich dieses Turnier anzuschauen und die Spannung und Stimmung hautnah zu erleben. In diesem Jahr konnte das Derby mit einer weiteren Neuheit aufwarten, dem erstmals in Hamburg ausgetragenen Pony-Dressur-Derby. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass in Flottbek Spitzensport in ganz unterschiedlichen Formen auf einem der schönsten Turnierplätze weltweit ausgetragen wird, erst recht nach der gründlichen Sanierung 2006 und 2007. Durch dieses Turnier – und das ist nicht ganz unwichtig – präsentiert sich Hamburg weltweit von seiner schönsten Seite. Nicht zu vergessen sind die Synergieeffekte für den Wirtschaftsstandort.

Perfekte Organisation und Logistik sind gefragt, um die Pferde in der Derby-Anlage gut unterbringen zu können. Durch die gestiegene Attraktivität und die damit verbundene wachsende Teilnehmerzahl ist das Derby-Gelände mittlerweile an logistische Kapazitätsgrenzen gestoßen. Um das Derby dauerhaft am derzeitigen Standort zu sichern, ist daher eine erweiterte Nutzung von Flächen der Geestwiese erforderlich. Hierfür ist es notwendig, weitere Teile der Wiese zu befestigen, damit diese nur während des Derbys als Stellflächen für Pferdeboxen genutzt werden können. Der derzeitige Zustand lässt dies nicht zu. Der Senat und die Regierungsfractionen auf Landes- und Bezirksebene haben dies gemeinsam mit dem Bezirk Altona insbesondere auch unter Landschaftsgesichtspunkten politisch vorbereitet, um den traditionellen Standort zu sichern, denn wir teilen die Auffassung des Veranstalters:

"Wer das Derby aus Klein Flottbek reißt, zerstört Heimat und typische Atmosphäre."

(Hans-Detlef Roock)

An dieser Stelle will ich dem Veranstalter, der Firma EN GARDE, und dem Bezirksamt für die konstruktiven Gespräche, die wir geführt haben, recht herzlich danken.

An der Finanzierung beteiligt sich die Behörde für Kultur, Sport und Medien mit 100 000 Euro. Die darüber hinaus benötigten Mittel in Höhe von 150 000 Euro sollen auf Antrag meiner Fraktion als Investitionszulage durch den Senat aus dem Investitionsfonds Hamburg 2010 zur Verfügung gestellt werden.

(Wilfried Buss SPD: Das heißt, der Veranstalter zahlt gar nichts!)

Damit werden wir diese herausragende Großveranstaltung dauerhaft in Flottbek sichern. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Balcke.

Jan Balcke SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Normalerweise besteht gerade im sportpolitischen Bereich große Einigkeit zwischen den Fraktionen. Es ist schön, dass wir heute ein Thema haben, bei dem wir deutlich auseinander liegen, zum einen inhaltlich, zum anderen städtebaulich beziehungsweise was die Fläche angeht; aber dazu gleich mehr.

Die SPD, das sage ich hier ganz deutlich, hält eine weitere staatliche Finanzierung des Derbys für falsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass die Preisgelder immer weiter steigen – stolz wird auf über 750 000 Euro verwiesen – und die Stadt gleichzeitig für Investitionen in die Bresche springen muss. Wir unterstützen den Ansatz, den Breitensport auch in Zukunft zu fördern, und wir wollen keine Klienteltätschelei.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Interessant ist, dass sich diese Positionen im Übrigen mit jenen der GAL-Fraktion aus der vergangenen Legislaturperiode eins zu eins decken; ich erinnere hier an die Abgeordneten Lappe und Sarrazin. Ich bin vor diesem Hintergrund sehr gespannt, was der Kollege Becker gleich zu Protokoll geben wird und wie weit seine Positionen mit denen seiner Exkollegen und der damaligen Fraktion deckungsgleich sind. Die Protokolle zu lesen, hat jedenfalls wirklich Spaß gemacht.

Aber neben der sportpolitischen, sachlichen Dimension lehnen wir die Herrichtung der Geestwiese, wie sie in Ihrem Antrag ganz deutlich genannt ist, auch aus gestalterischen Gründen ab. Ich will auf die stadtentwicklungspolitische Dimension zu

sprechen kommen. Der Antrag läuft den schwarz-grünen Interessen der gesamten Bezirksversammlung in Altona diametral entgegen, denn dort wurde im Hauptausschuss am 11. Dezember 2008 beschlossen – ich zitiere aus Absatz 2 –:

"Die Fläche wird nicht befestigt. Es dürfen nur Zelte aufgestellt werden. Zum Aufbau der Zelte dürfen keine Fahrzeuge, auch keine Gabelstapler die Fläche befahren."

– Interessant, wie man das dann mit den Pferdeboxen lösen will.

"Es wird eine Vereinbarung über die Wiederherstellung der Fläche geschlossen und eine angemessene Sicherheitsleistung hinterlegt."

Soweit zu dem Beschluss des Hauptausschusses der Bezirksversammlung Altona. Die CDU, insbesondere der Kollege Hielscher, hat sich ausdrücklich gegen die Befestigung der Geestwiese ausgesprochen und eine Nutzung dieser Fläche für das Derby nur unter sehr hohen Auflagen beschlossen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist genau andersherum!)

Zur Geestwiese, soweit von der BSU als unbedenklich angesehen, hat der Hauptausschuss der Bezirksversammlung beschlossen, ich zitiere erneut:

"Die Lage der Fläche ist so zu wählen, dass die Auswirkungen auf die Parknutzung minimiert werden. Die Fläche wird nicht befestigt. Es dürfen nur Zelte aufgestellt werden."

Deutlich wird, dass offensichtlich der uns vorliegende Antrag mit jenem der Bezirksversammlung Altona nicht im Ansatz deckungsgleich ist. Diese Position wird im Übrigen auch von der BSU geteilt. In einer Stellungnahme der BSU heißt es nämlich:

"Die Nutzung der 'Geestwiese' ist auf die Aufstellung Fliegende Bauten beschränkt."

– Das würde sich insofern mit den Pferdeboxen decken. –

"Untergrundverfestigungen werden nicht zugelassen ..."

– das widerspricht dem wiederum –

"... und für die Wiederherrichtung der Flächen sind ausreichende Sicherheitsleistungen zu hinterlegen."

Eine dauerhafte Lösung für die Geestwiese ist ausdrücklich ausgeschlossen. Was heißt das nun? Zwei Schlüsse sind demnach zu ziehen. Entweder kennt sich die CDU vor Ort nicht aus und die Geestwiese wurde schlicht und einfach mit der Fruchtwiese verwechselt, die liegt nämlich direkt nebenan. Die Fläche ist mit der bereits ausgebauten

(Jan Balcke)

ten Fruchtwiese verwechselt worden, denn in jenem Antrag steht, dass die Behörde 100 000 Euro übernimmt; das konnte ich nachvollziehen. Aus der Drucksache 163 der Bezirksversammlung geht jedoch hervor, dass diese zur Ertüchtigung der Fruchtwiese zugesagt sind, man höre "Frucht" nicht "Geest". Zur Erläuterung für die CDU-Fraktion: Der Unterschied ist zum einen räumlicher Natur. Ich habe Ihnen ein Schaubild ausgedruckt und Sie sehen hier unten, Herr Roock, die Fruchtwiese und im oberen Kreis die Geestwiese. Das ist insbesondere für die GAL-Abgeordneten interessant, denn an dem Punkt werden Sie sicherlich einhaken.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist genau andersherum!)

Zum anderen ist auch hinsichtlich der Beschaffenheit klar zu erkennen, die Geestwiese als wertvolle Grünfläche, wie in Ihrem Antrag beschrieben, soll eben nicht bebaut werden und schon gar nicht dauerhaft. Das wiederum würde aber Ihrem Antrag, den wir heute hier vorliegen haben, diametral entgegenlaufen, denn da heißt es Flächenherrichtung und eine Flächenherrichtung bedeutet eine dauerhafte Bebauung; hochinteressant, was wir gleich hören werden.

Sie sprechen in Ihrem Antrag von einer dauerhaften Lösung und nun gibt es eine zweite Möglichkeit, die nicht ausgeschlossen ist, wenn ich an die beteiligten Personen denke: Die CDU will an ihrem Koalitionspartner sowohl in der Bürgerschaft als in Altona vorbei die Geestwiese nun doch in eine Schotterpiste verwandeln, wie sie die Fruchtwiese bereits ist. Ergo: Die CDU will klammheimlich die schützenswerte Geestwiese dauerhaft mit Pferdeboxen befestigen, denn in dem Beschlusstext ist ausdrücklich von der Geestwiese die Rede und das im Zusammenhang mit einer Flächenherrichtung. Herr Roock als alter Hase, ich habe eben schon einmal darauf hingewiesen, weiß natürlich genau, was es heißt, eine Flächenherrichtung in einen Beschlusstext hineinzuschreiben, nämlich eine dauerhafte Lösung.

Außerdem würden wir ganz gern die Frage beantwortet bekommen, wo die zusätzlichen 50 000 Euro herkommen, die in Ihrem Begründungstext genannt sind, denn bisher war auf sämtlichen Dokumenten, die uns zumindest zugänglich sind, lediglich von Gesamtsummen von 200 000 Euro die Rede, jedoch bezogen wiederum auf die Frucht- und nicht auf die Geestwiese.

Wie dem auch immer sei, der Preis, den die GAL für dieses merkwürdige Kompromissgeschäft von der CDU erhält, das den Interessen des Bezirks diametral entgegenläuft, dürfte sehr hoch sein. Eines jedenfalls ist klar: Der vorliegende Antrag, Herr Becker, kann so auf keinen Fall beschlossen werden. Ich freue mich auf die Diskussion. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die GAL-Fraktion wird diesen Antrag der CDU-Fraktion unterstützen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es wird Sie vielleicht auch nicht sonderlich überraschen,

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Nee, wirklich nicht!)

natürlich war es eine Abwägung. Zur Problematik, auch zur Umweltproblematik, haben wir schon etwas gehört. Es ist ganz klar, dass hier eine Abwägung zu treffen war, aber es ging um eines der Top-Sportereignisse in dieser Stadt.

(Wilfried Buss SPD: Ach du liebes bisschen!)

Das kann man doch wohl kaum bestreiten bei der Tradition seit 1920.

(Wolfgang Beuß CDU: Herr Buss hat keine Ahnung; er weiß nicht einmal, was ein Pferd ist!)

Das hat nach wie vor eine internationale Strahlkraft, die künftig vielleicht noch zunimmt. Wenn die Sache anders ausgegangen und das Derby vielleicht nach Aachen gewechselt wäre, dann wären Sie diejenigen gewesen, die wieder die Sportstadt Hamburg zu Grabe getragen hätten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie die Wiese auch heißen mag – mir ist der Terminus Geestwiese geläufig, ich habe für Fruchtwiese den Begriff Kräuterwiese gehört, vielleicht muss man sich noch einmal genau den Plan ansehen –, es geht jedenfalls um eine Fläche, die dafür benötigt wird, dass Pferde dort für die Dauer der Wettbewerbe untergebracht werden. Wenn internationale Wettkampfpferde jeden Tag hin und her gefahren werden müssen, ist es nicht nur mühsam und aufwendig, es ist auch in gewisser Weise gefährlich und das könnte natürlich auch der Attraktivität der Veranstaltung schaden. Aus dieser Erwägung heraus haben wir im Einverständnis mit den koalitionstragenden Fraktionen im Bezirk und unter Zustimmung der Umweltbehörde eine Abwägung getroffen. Was Sie zitiert haben, mag vielleicht einmal so gewesen sein,

(Wilfried Buss SPD: Das stört uns auch gar nicht!)

aber aktuell ist der Stand hier ein anderer und das werden Sie zur Kenntnis zu nehmen haben. Die Abwägung heißt, dass wir diese Veranstaltung in

(Horst Becker)

Hamburg halten müssen und ihr auf diese Weise Unterstützung zuteilwerden wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Becker, da es, wie Sie zumindest einräumen, mit den Wiesen dort Probleme gibt, haben wir hier wiederum den klassischen Fall einer Vorlage, die gar nicht bechlussfähig ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Also fassen Sie sich doch ein Herz und überweisen das an den Haushaltsausschuss, Herr Roock, dann können wir das noch einmal durchgehen. Aber es kommt ja nicht so genau darauf an, 10 Millionen Euro oder in dem Fall 250 000 Euro sind eigentlich Peanuts. Mit dem Herrn machen Sie demnächst noch andere Geschäfte.

(Wolfgang Beuß CDU: Was heißt denn Peanuts? Wir sind ein deutsches Parlament!)

Peanuts, das heißt, keine seriöse Haushaltspolitik.

Herr Balcke hat schon darauf hingewiesen, ich möchte es noch einmal sagen. Auch wenn es relativ geringe Summen sind, ist dieses sogenannte Investitionsprojekt – wir sollen hier 150 000 Euro aus einem Investitionstopf verabschieden – ein weiteres miserables Beispiel dafür, dass Sie beide als Regierungsparteien Geld verpulvern, während es an anderen Stellen dringlich gebraucht wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Herr Roock, ich will gar nicht auf den dramatischen Zustand der Sportstätten und Sportplätze hinweisen, aber auch die Grünflächen in Hamburg statuen Sie ganz klamm aus und hier machen Sie eine Ausnahme, was weder konjunkturell noch vom gesellschaftlichen Nutzen her ausgewiesen ist.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich gebe zu, dass ich gegenüber diesem Upper-Class-Sport starke Vorbehalte habe, aber ich habe genau zugehört. Doch wo die wirtschaftspolitische Bedeutung und dieses gigantische Wort vom Synergieeffekt liegen soll, das hat sich mir nicht erschlossen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist ganz einfach!)

Was ich besonders ärgerlich finde, Herr Roock, lassen Sie mich das in aller Gelassenheit sagen, dieser sogenannte traditionelle Standort hatte in den letzten Jahren schon immer erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Auch Sie müssten wenigstens in Ihrem Antrag einräumen, dass diese Un-

ternehmung zeitweilig ausgesetzt worden ist und dass die Freie und Hansestadt Hamburg dem Norddeutschen und Flottbeker Reiterverein angeboten hat, für den Umbau der Anlage 80 000 Euro vorzustrecken, die dann in 15 Jahren zurückgezahlt werden sollten. Warum Sie heute aus 80 000 Euro 250 000 Euro machen und dann auf diese Rückzahlung innerhalb eines kurzen Zeitraums verzichten, das ist nur mit der Elbphilharmonie-Logik zu verstehen, jedenfalls nicht aus ökonomischen Gründen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Sie, drastisch gesagt, künftig ernst genommen werden wollen, dann liefern Sie uns wenigstens eine Begründung für Ihren Sinneswandel. Das muss ja nicht so gehen wie in der vorigen Debatte, dass Sie auf Teufel komm raus, egal wie sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse entwickeln, das ganze Ding durchziehen.

Noch ein Argument: Sie wollen 400 zusätzliche Pferdeboxen dorthin bringen. Diese 400 zusätzlichen Pferdeboxen sollen ein Ärgernis des Derbys beseitigen und außerdem – das ist ganz wichtig, das sage ich jetzt mehr in Richtung der Kolleginnen und Kollegen – sollen die Turnierbeteiligten dann direkt am Ort des Geschehens parken. Der Derby-Chef Wulff sagt, Hamburg ist jetzt – Herr Roock hat das eins zu eins verstärkt – in die höchste Kategorie des Reiterkosmos aufgestiegen, doch in manchen infrastrukturellen Belangen noch immer eher Kreisklasse. Die beiden Regierungsfractionen wollen die Kreisklasse abschaffen, sie wollen, dass die Leute, die mit ihren Gäulen kommen, direkt dort parken können.

(Wolfgang Beuß CDU: Ist das parlamentarisch?)

– Pferde, ist in Ordnung.

Ich hoffe nur, dass Sie der Bevölkerung erklären können, warum Sie für eine kleine Minderheit so vorzügliche Parkplätze schaffen wollen. Das ist haargenau dieselbe Logik wie Ihr Luxusweg vom Baumwall zur Elbphilharmonie.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann habe ich zuerst einmal die Frage: War es eine Anregung zur Überweisung oder war es ein formaler Antrag auf Überweisung?

Dann lasse ich zunächst über den Überweisungsantrag an den Haushaltsausschuss abstimmen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag aus der Drucksache 19/3176 in der Sache abstimmen. Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen?

(Präsident Berndt Röder)

– Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Bevor ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich Ihnen das Ergebnis der beiden Wahlen bekannt.

Zunächst einmal das Wahlergebnis zur Wahl eines Deputierten der Finanzbehörde: Abgegebene Stimmen 110. Auf Herrn Seitz entfielen 100 Ja-Stimmen bei fünf Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist er gewählt.

Sodann das Wahlergebnis der Wahl eines Mitglieds der Vertrauensleute für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht: Abgegebene Stimmzettel 108. Auf Herrn Schmidt entfielen 95 Stimmen bei sieben Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Herr Schmidt gewählt.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 58, das ist die Drucksache 19/3177, Antrag der CDU-Fraktion: Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg
– Drs 19/3177 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Ahrons bekommt es.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um den Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Hansestadt bestmöglich zu begegnen, hat der Senat im Februar 2009 die Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 beschlossen. Im Fokus steht dabei die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um möglichst vielen Hamburger Unternehmen die Chance zu bieten, einigermaßen durch diese schwierige Zeit zu kommen, der eine oder andere vielleicht sogar gestärkt.

Im Zuge dessen werden Maßnahmen ergriffen, um die prognostizierte Arbeitslosigkeit abzumildern, zukunftsfähige Branchen und Technologien zu fördern und die Parameter für Investitionen zu verbessern.

Um die bestehende Infrastruktur der Stadt zu stärken, sollen Investitionen in Höhe von 250 Millionen Euro vorgezogen werden. Zusätzlich erhält Hamburg aus dem Konjunkturpaket II des Bundes rund 230 Millionen Euro für Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und noch einmal wieder etwas Infrastruktur, die um weitere 77 Millionen Euro durch die Stadt aufgestockt werden.

Für Bürgschaften steht den Hamburger Unternehmen ein Schutzschirm in Höhe von insgesamt

400 Millionen Euro zur Verfügung, für die Liquiditätsengpässe kleiner und mittlerer Unternehmen werden Darlehen zur Verfügung gestellt. Um Entlassungen und Kurzarbeit zu verhindern, stehen für Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmer zusätzlich rund 1,5 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung.

Um die Krise wirksam zu bekämpfen, ist es nun dringend notwendig, die vielversprechende Ausgangssituation möglichst schnell und optimal zu nutzen und in nachhaltige und wachstumsfördernde Maßnahmen zur Stärkung der Hamburger Wirtschaft umzusetzen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Vizepräsident Wolffhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Dafür bedarf es, gezielt in die Branchen hinein, eines konsequenten Monitorings bei der Umsetzung der Annahmen der einzelnen Maßnahmen und einer steten Optimierung der Förderung im Sinne unternehmensnaher Umsetzung. Gerade im Hinblick auf die vorgeschriebene Höhe der Ausschreibungen, die die Behörden in diesem Jahr noch auf den Weg bringen müssen und natürlich auch sollen, und zwar die Hälfte der Investitionen durch die Konjunkturprogramme, ist es ungemein wichtig, die bereits angepassten, schnelleren und zielgerichteten Ausschreibungsmodalitäten zu nutzen und ebenfalls weiterhin am Abbau potenzieller Investitionshemmnisse zu arbeiten.

Der im Hinblick auf die Vorbereitung und Umsetzung der Ausschreibungen entstehende höhere Arbeitsaufwand in den jeweiligen Behörden muss eben, wenn nötig, durch ein Zurückgreifen auf bestehende Expertise privater Unternehmen kompensiert werden, um eine zeitnahe Umsetzung der Programme zu gewährleisten.

Die Aufträge werden gezielt kleinteilig und damit mittelstandsfreundlich vergeben, damit unsere kleinen und mittleren regionalen Unternehmen von dem Programm profitieren können. Dies käme vor allem den Hamburger Handwerksbetrieben zugute und die Entstehung einer Auftragsflaute, verstärkt noch durch die Sommerzeit, könnte somit weitgehend vermieden werden.

Laut der aktuellen Mittelstandsumfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie hat der Mittelstand bisher vor allem mit Kurzarbeit, Überstundenabbau und weniger Inanspruchnahme von Zeitarbeitskräften auf die Krise reagiert. Mittlerweile kommen nun aber auch immer mehr kleinere und mittlere Unternehmen in die Situation, Arbeitskräfte entlassen zu müssen. Es gilt, diese Entwicklung weitestgehend abzuwenden. Durch Gestaltung und Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen möchten wir die konjunkturelle Rezession eingrenzen.

(Barbara Ahrons)

Ab dem 1. Juli 2009 müssen sich die Unternehmen nun für die Teilnahme an beschränkten Ausschreibungen präqualifizieren. Das bedeutet, dass sie nach der Aufnahme in die Präqualifizierungsliste nicht erneut bei jeder Bewerbung einen Eignungsnachweis bringen müssen. Dafür entstehen natürlich Kosten. Damit diese finanzielle Belastung kleine und mittlere Unternehmen nicht von einer Bewerbung abhält oder diese ganz verhindert, übernimmt die Freie und Hansestadt Hamburg für die ersten 300 Unternehmen dieses Jahres die jeweils 450 Euro dieser Präqualifizierungskosten. Diese Entscheidung der Stadt Hamburg begrüßen wir außerordentlich, denn sie erleichtert vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zum Bewerbungsverfahren.

(Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky* GAL)

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig ein schnelles und zielgerichtetes Handeln für die Umsetzung der bereitgestellten Gelder in konkrete Fördermaßnahmen ist. Nur wenn die Gelder der Hamburger Konjunkturoffensive und des Konjunkturpakets II die Unternehmen zügig erreichen, können wir der Krise wirksam begegnen, können wir die ausgewiesenen Geldmittel überhaupt verbrauchen.

Eine mittelstandsfreundliche Ausschreibung der Investitionen ist auch durch die EU und den Bund gesichert, um möglichst viele regionale Unternehmen mit ins Boot zu nehmen, und das macht den Behörden zwangsläufig mehr Arbeit.

Generell gilt: Wir dürfen uns auf den beschlossenen Konjunkturprogrammen jetzt nicht ausruhen, sondern müssen nun die Umsetzung vorantreiben und somit auch immer ein Auge auf mögliche Stolpersteine haben. Ziel dieses Antrags ist, die Behörden darauf hinzuweisen, für die anstehenden Ausschreibungsverfahren private Unternehmen zu Hilfe zu nehmen. In einigen Bezirken geht man schon mit gutem Beispiel voran. Unser Ziel ist es, wirtschaftsnahe Hilfestellungen zu leisten und unsere Hamburger Unternehmen verantwortungsvoll durch die Krise zu begleiten. Damit die in den Konjunkturprogrammen beschlossenen Maßnahmen in der Wirtschaft greifen und Erfolg zeigen, müssen sie jetzt sehr schnell angepackt und vor allen Dingen tatkräftig umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Badde.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nun ist es auch bei der Regierungsfraktion angekommen: Die Umsetzung des Regierungsprogramms läuft viel zu

zäh an. Auf die Anfragen der SPD-Fraktion nach den geplanten oder gar umgesetzten Maßnahmen aus dem verabschiedeten Konjunkturprogramm erhalten wir nur tröstende Antworten, eine Berichterstattung im zuständigen Wirtschaftsausschuss lässt weiter auf sich warten.

(*Barbara Ahrons* CDU: Wir sind doch am 7. Juli dabei! Was soll das denn?)

Selbst das nicht als regierungsfeindlich verdächtige Presseorgan "Die Welt" konstatierte schon im Mai, das Konjunkturprogramm sei bisher ein Papiertiger. Kritisiert wurde, dass bis dahin kein einziger Auftrag vergeben wurde. Ich fürchte, es ist immer noch so. Dabei drängt die Zeit. Die Kurzarbeit ist auf einem historischen Höchststand und die Arbeitslosenzahlen steigen in bestimmten Sektoren bedrohlich an. Soll ein Konjunkturprogramm in dieser Situation Wirkung entfalten, so muss noch im Frühsommer mit der Umsetzung begonnen werden. Die Bau-Innung Hamburg kritisiert in diesem Zusammenhang, dass anders als in anderen Bundesländern in Hamburg keine Vorratsplanung betrieben wurde. Diese würde es nämlich ermöglichen, entscheidungsreife Planungen unmittelbar umzusetzen. Müssen aber Projekte erst gesucht und entwickelt werden, geht wertvolle Zeit verloren, zulasten der Unternehmen, aber letztendlich zulasten der Beschäftigten.

Dass es anders geht, beweist ein Blick über die Landesgrenzen. In anderen Bundesländern stehen bereits konkrete Projekte im Netz, ein Zeitplan der Umsetzung ist festgelegt und teilweise schon in die Tat umgesetzt worden. Die Bürger können sich in Wort und Zahlen über die Gegenstände der staatlichen Förderung und den Stand der Umsetzung informieren. Dies lässt sich zum Beispiel in Baden-Württemberg, Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein verfolgen. Nur in Hamburg findet sich die absolute Leere. Die Internetseiten der Behörde für Wirtschaft und Arbeit enthalten einen Vortrag über die allgemeinen Bedingungen des Konjunkturpakets II aus dem Februar und verweisen auf allgemeine Ausschreibungsvorschriften der Finanzbehörde. Dabei musste bereits zum 31. Mai 2009 der erste Bericht an die Bundesregierung geliefert werden. Offensichtlich muss dieser Bericht auch tatsächlich erstattet worden sein, aber er bleibt als Geheimpapier in den Sphären der BWA.

Sind dies die gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der Krise, Herr Gedaschko? Tröstlich ist dabei allein, dass anscheinend auch die Regierungsfaktionen nicht mehr erfahren, wahrscheinlich auch, weil nicht mehr passiert ist. So können wir als SPD mit gutem Gewissen den vorliegenden Antrag unterstützen, haben aber hierzu noch einige Anmerkungen zu machen.

Es wäre schön gewesen, wenn wir schon nach der Bewilligung der Landesmittel im Februar 2009 zumindest einmal einen Zwischenbericht erhalten

(Elke Badde)

hätten. Stattdessen wird noch schnell am heutigen Tag ein öffentlichkeitswirksamer Pressetermin im Hafen arrangiert, auf dem dann erste Erfolge verkündet werden sollen. Ich glaube, hier wird erkannt, von wem die Gelder kommen und wer entsprechend zuerst zu unterrichten ist, nämlich einerseits der Bund und andererseits das Parlament, das die zusätzlichen Mittel bewilligt hat. Deshalb fordern wir auch uneingeschränkte Berichterstattung, Herr Gedaschko.

Nun zum Antrag der CDU im Einzelnen. Die Zustimmung zur Berichtsforderung unter den Punkten 1 und 2 versteht sich aus den gerade genannten Gründen von allein. Fraglich ist für uns, ob eine halbehrliche Berichterstattung tatsächlich ausreicht. Punkt 3, die Inanspruchnahme privater Expertisen bei Ausschreibungen, ist ebenfalls begrüßenswert, wenn denn ein Engpass bei der Erstellung der Ausschreibungen tatsächlich besteht. Da wir befürchten, dass die mangelhafte Vorbereitung schon im Planungsstadium ansetzt, wäre die Notwendigkeit noch einmal zu überprüfen.

Der Ersatz der Präqualifizierungsgebühren für 300 Unternehmen unter Nummer 4 ist hingegen eine heikle Angelegenheit. Bereits seit Jahren wird über diese Präqualifizierung diskutiert und seit langem wissen die Unternehmen, dass dies nun eine Verpflichtung zum 30. Juni 2009 wird. Sie haben bereits erklärt, dass es sich hierbei um eine Art Zertifizierungsverfahren handelt, bei dem auch die Zuverlässigkeit und die fachlichen Nachweise überprüft werden sollen. Hier nun diejenigen zu privilegieren, die innerhalb der erforderlichen Zeit diesen Schritt nicht unternommen haben, erscheint mir nicht ganz sachgerecht, zumal dann diejenigen Unternehmen, die dies bereits erledigt haben, nicht mehr davon profitieren können.

Die gegriffene Zahl von 300 Unternehmen – warum sollen es nicht 400 oder 500 sein. Ihre Forderung erscheint mir insgesamt nicht logisch belegt und hier wäre meines Erachtens noch einmal eine kritische Durchsicht seitens der CDU-Fraktion erforderlich.

Der fünfte Punkt ist dann eine Wiederholung einer gesetzlichen Grundlage, die Bevorzugung des Mittelstands, die, von der Bundesregierung ausdrücklich eingebracht, in Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedet ist. Hier möchte die CDU-Fraktion noch einmal ihre Mittelstandsfreundlichkeit auf ein Schild heben.

Sei es drum, wir werden als SPD-Fraktion diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrons und die CDU-Fraktion greifen Befürchtungen auf, die nicht ganz ungerechtfertigt sind, Befürchtungen, die im Raum stehen, die für Frau Badde schon zur Sicherheit geworden sind, ob es gelingen wird, die vorgesehenen Maßnahmen in den Konjunkturprogrammen des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg zügig umzusetzen und damit wichtige wirtschaftliche Impulse zu geben. Ich kann aber feststellen, dass dieses Problembewusstsein bei allen vorhanden ist, sowohl bei uns Abgeordneten als auch bei den Senatoren und in den Behörden. Insofern kann ich Ihnen versichern, dass wir in ständigem Kontakt mit den Senatoren stehen, uns informieren über das, was bisher umgesetzt worden ist und was noch auf den Weg gebracht werden muss, denn die in den Konjunkturprogrammen vorgesehenen Maßnahmen sind überwiegend Baumaßnahmen, die sich nicht innerhalb von zwei Wochen umsetzen lassen; das sollten Sie wissen. Das sind umfangreiche Planungen, die angegangen werden müssen, und wenn Frau Badde bedauert, dass bisher keine Vorratsplanungen angestellt worden sind, dann scheint mir das eine etwas realitätsferne Vorstellung von Behördenarbeit zu sein. Wäre nämlich Vorratsplanung bereits erfolgt, hieße das, dass die Behörden aus Daffke irgendwelche Beamte in den letzten Jahren beschäftigt haben, die nichts weiter zu tun hatten als für irgendwelche möglichen oder unmöglichen Szenarien Vorratsplanung anzufertigen. So gut sind die Behörden nicht ausgestattet und das sollten sie auch nicht, das fände ich einen unangemessenen Luxus.

Jetzt beginnen die Behörden mit der Umsetzung. Wir haben natürlich eher den Kontakt zu den grünen Behörden.

(Wolfgang Rose SPD: Grüne Behörden gibt es?)

Ich weiß aber, dass die Kollegen, die es mit Senatoren der CDU zu tun haben, auch dort in regem Kontakt sind. Die Schulbehörde hat zum Beispiel schon eine ganze Reihe von Projekten auf den Weg gebracht, die nicht so umfangreiche Planungen erfordern, wie zum Beispiel die Energiesanierung von Schulen. Keine Schule soll mehr als 200 Kilowatt pro Quadratmeter verbrauchen. Dort sind die ersten Aufträge hinausgegangen, Fenster und Heizungen werden saniert. Auch bei der weniger aufwendigen Sanierung von Fachräumen in Primarschulen sind die ersten Aufträge an die Ingenieurbüros herausgegangen. Was Frau Badde unterstellt, es würde hier nichts getan, ist völlig falsch, das Gegenteil ist richtig, alle Behörden arbeiten mit Hochdruck. Es ist klar, dass jetzt erst einmal eine gewisse Vorlaufzeit durchgestanden werden muss, dass dann der Knoten platzt und es Schlag auf Schlag geht. Dann haben wir eher noch das Problem, dass die Wirtschaft gar nicht in der

(Andreas Waldowsky)

Lage ist, diese ganzen Aufträge auf einmal abzuarbeiten.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Warum dann der Antrag?)

Frau Ahrons stellt also in ihrem Antrag genau die richtigen Fragen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Die stellt doch gar keine Fragen!)

Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Abgeordneten jetzt intensiv eingebunden werden sollen. Die Drucksache selbst, die im Februar vorgelegt worden ist, sah auch ein Monitoring vor. Insofern sind die Behörden gut informiert über das, was läuft. Wir begrüßen es, dass wir hoffentlich noch vor den Sommerferien einen ersten Sachstand über die Maßnahmen bekommen. Dann wird die Opposition sich davon überzeugen können, dass unsere Behörden hocheffizient und sehr problembewusst an der Sache arbeiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann werden wir halbjährlich, vielleicht auch in kürzeren Abständen, über den weiteren Verlauf der Arbeiten informiert. Insofern wird das Konjunkturprogramm in Hamburg so umgesetzt, wie uns das der Wirtschaftssenator auf der Pressekonferenz verkündet hat. Wir müssen uns im Vergleich zu den anderen Bundesländern im Hinblick auf das Konjunkturpaket II nicht verstecken und wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Waldowsky, nicht vor zwei Wochen, sondern vor vier Monaten wurden die Konjunkturprogramme vorgestellt. Dann kann man doch erwarten, dass da etwas passiert. Ich verstehe den Antrag der CDU auch so, dass sie unzufrieden damit ist, dass von diesem Konjunkturprogramm in der Stadt bisher nichts zu sehen ist. Sie sagen in Ihrem Antrag, damit die beschlossenen Maßnahmen in der Wirtschaft greifen und Erfolg zeigen würden, müssten sie zügig angegangen und umgesetzt werden. Daraus ziehe ich den Schluss, dass offenkundig noch gar nichts angegangen wurde, denn sonst würden Sie den Antrag so nicht stellen. Vor vier Monaten wurde beschlossen, dass 557 Millionen Euro aus den Mitteln von Bund und Hamburg in die Stadt gegeben werden sollen, um dem Konjunkturabschwung entgegenzuwirken. Ausschreibungen und damit verbundene Expertisen möchten Sie mit diesem Antrag vorwiegend so verstanden wissen, dass jetzt private Unternehmen eingeschaltet werden müssen, damit dies endlich einmal in die Gänge kommt. Ob das

allerdings so vordringlich ist, dazu möchte ich noch ein paar Fragen stellen.

Erstens: Bevor wir uns darüber vorrangig Gedanken machen, muss man einmal sehen, wie denn die personellen Ressourcen der Behörden sind. Wir begrüßen natürlich Absatz 1 und 2 Ihres Antrags, aber Frau Badde hatte schon gesagt, das sei eigentlich selbstverständlich.

Das Zweite, was Frau Badde ebenfalls sagte: Wenn jetzt halbjährlich Berichte erstellt werden müssen, reicht dies aus und ab wann zählen sie? Zählen sie ab jetzt oder zählen sie ab Februar? Wenn wir jetzt noch einmal ein halbes Jahr warten, dann ist es wenig sinnvoll.

Bei der Verkündung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit wurde detailliert an Beispielen aufgeführt, wie das Konjunkturprogramm umgesetzt werden könnte. Der erste Punkt waren die vorgezogenen Baumaßnahmen mit einer Gesamtsumme von 250 Millionen Euro; hier wurden als Beispiel Schulen angeführt, Krankenhäuser, Justizvollzugsanstalten, Wohnanlagen der SAGA GWG, Sportstätten und so weiter. Wenn das vorgezogene Baumaßnahmen sind, dann heißt das für mich, dass da schon eine Planung vorliegen muss. Ich frage mich, warum die Ausschreibungen noch nicht lange auf dem Weg sind, es hätte alles schon fertig sein können, weil es offenkundig schon lange geplant ist.

(Olaf Ohlsen CDU: Nun mal nicht ungeduldig!)

– Ich glaube nicht, dass wir die Zeit haben, noch lange Geduld aufzubringen.

Dann wurde von Herrn Gedaschko dargelegt, dass in diesem Rahmen jetzt auch die Hafeninvestitionen vorangebracht werden sollen. Insgesamt sollen 2,9 Milliarden Euro in den Hafen investiert werden und im Zuge des Konjunkturprogramms Hafen finanziert. Hafen sollen jedes Jahr 250 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

(Olaf Ohlsen CDU: Und wo ist das Problem?)

– Das Problem liegt darin, dass es konkrete Vorstellungen geben muss, wenn man mit solchen Summen schon seit Längerem hantiert, was mit diesem Geld gemacht werden soll, dann muss es auch schon Pläne geben. Dann ist die Frage, warum da noch nichts umgesetzt ist oder man erst sehr zögerlich anfängt. Da hätte schon viel mehr passieren können.

Der vierte Punkt ist Ausbildung und Qualifizierung. Hier geht es vorwiegend um Qualifizierungsmaßnahmen für Kurzarbeiter. Zurzeit haben wir 20 000 Kurzarbeiter, Ende 2008 waren es 1000. 600 Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet und inzwischen haben weitere 200 Betriebe prognostiziert, das heißt angemeldet, sodass wir eigentlich

(Dora Heyenn)

mit 800 Betrieben und 33 000 Kurzarbeitern rechnen müssen. Bisher gibt es nur 330 Qualifizierungsmaßnahmen für Kurzarbeiter. In den Zeitungen war zu lesen – das ist für uns alle unverständlich –, dass nur wenig davon Gebrauch gemacht werde. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich das gemeinsame Projekt von Wirtschaftsbehörde, Hamburger Agentur für Arbeit, Handwerkskammer, Handelskammer und Gewerkschaften, dort aktiv zu werden und den Betrieben mehr Qualifizierungsmaßnahmen schmackhaft zu machen, damit auch mehr Kurzarbeiter qualifiziert werden können.

Daneben wurde vom Senat angekündigt, dass der Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst aufgehoben ist und wieder mehr Einstellungen erfolgen sollen. Auch hier liegen uns zurzeit noch keine Zahlen vor, keine Zahlen über Neueinstellungen oder, was aus unserer Sicht sehr wichtig wäre, Zahlen über abgeschlossene Ausbildungsverträge.

Mit dem Prinzip Hoffnung, nach dem Motto, die Krise ist bald vorbei, wird man den Menschen nicht gerecht. Frau Badde hatte es ausgeführt, bis Mai war noch keine einzige Konjunkturmaßnahme angefangen. Das ist einfach ein Skandal. Nicht nur die Kurzarbeiterzahlen steigen – wobei wir es gut finden, dass von der Bundesregierung dieses Kurzarbeitermodell ausgedehnt wurde –, sondern auch die Erwerbslosenzahlen steigen. Vergleiche zum Vormonat zeigen auch die reale Situation. Zum Beispiel gibt es für den Zeitraum von April 2008 bis April 2009 eine Zunahme von 6340 Erwerbslosen, das ist ein Anstieg von 35,4 Prozent.

Wir alle stehen noch unter dem Schock, was in der Stadt mit Karstadt passiert. Wie ich heute erfahren habe, gibt es viele Großunternehmen wie zum Beispiel Telekom, die Aufträge an kleine Unternehmen zurückziehen, und kleine Selbstständige bleiben auf diese Art und Weise sehr schnell auf der Strecke. Selbst mit einer Quote von 100 Prozent Kurzarbeitern können Betriebe dies nicht zwei Jahre durchhalten, weil sie eine große Menge an Kosten haben. Insofern muss dringend das umgesetzt werden, was beschlossen worden ist und jedes Konjunkturprogramm ist nur so gut wie seine Umsetzung.

(Beifall bei *Wolfgang Rose SPD*)

Deshalb hat die CDU natürlich recht, wenn sie genau dieses einfordert. Aber aus unserer Sicht ist Ihr Antrag einfach zu einseitig. Wenn Sie schon von Gebührenstornierung und Gebührenerlass sprechen, dann hätten wir das gerne auch auf andere Bereiche ausgedehnt.

Wir fordern den Senat ausdrücklich auf, seine Verantwortung wahrzunehmen und alle Ankündigungen unverzüglich in die Tat umzusetzen. Ob es wirklich reicht und dort ankommt, wo die Unterstützung gebraucht wird, bei Unternehmern, Arbeitnehmern und auch bei Erwerbslosen, das wird sich

dann zeigen und dann müssen wir das neu diskutieren. Entscheidend ist, dass damit jetzt endlich angefangen wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Endlich anfangen. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Roth, Frankfurter Oberbürgermeisterin, hat vor Kurzem erklärt, bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II der Bundesregierung werde es voraussichtlich im Sommer zu den ersten Vergaben kommen und nach dem Sommer zu den ersten Umsetzungen von konkreten Maßnahmen. In Hamburg haben in den letzten Monaten alle Behörden intensiv daran gearbeitet, diese Voraussage von Frau Roth zu toppen. Wir wollen natürlich unsere angekündigten Dinge so schnell wie möglich auf den Weg bringen und wir sind dabei sehr gut in der Zeit.

Mich stört ein bisschen an der Debatte, dass vielfach nur in Beton gedacht wird. Wenn es um Schwierigkeiten von Unternehmen geht, dann geht es häufig gar nicht darum, dass sie keine Aufträge haben. Die haben sie. Sondern es geht um die Schwierigkeit der Finanzierung beispielsweise der Beschaffung von Betriebsmitteln. Damit sind wir bei einem ganz anderen Punkt, den wir mit all den Punkten, die Sie eben angesprochen haben, leider nicht lösen können. Zum Beispiel arbeitet die Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg schon lange – insofern arbeitet das Konjunkturprogramm aktiv – anders als in der Vergangenheit. Das sind Punkte, die wir im Konjunkturprogramm gemeinsam beschlossen haben, wie eine Erhöhung der Bürgschaften auf 1,5 Millionen Euro, befristet bis 2010. Wir vergeben diese Bürgschaften mit einer Beleihungsgrenze von jetzt 90 Prozent und damit schaffen wir insbesondere auch die Voraussetzungen dafür, dass überhaupt Kredite vergeben werden, und wenn, dann auch noch günstiger. Das heißt, die Hamburger Unternehmen haben hier ein gutes Instrument an die Seite gestellt bekommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ferner haben wir eine Online-Bürgschaft eingeführt; ab dem 12. Mai 2009 arbeitet dieses System. 70 Prozent der Bürgschaften, die bis 100 000 Euro gehen, werden innerhalb von 24 Stunden bewilligt. Wo finden Sie das in irgendeinem Bundesland in Deutschland?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben den Feuerwehrfonds eingerichtet, Ausfallbürgschaften bei Umstrukturierung, er läuft. Wir haben bereits zahlreiche andere Veränderungen

(Senator Axel Gedaschko)

bei den Landesbürgerschaften realisiert. Dadurch haben wir beihilferechtlich andere Spielräume und können stärker unterstützen als in der Vergangenheit. Wir haben den Konjunkturbeirat mit allen Kräften, die wir in Hamburg haben, um der Situation entgegenzutreten, ins Leben gerufen.

Eine wesentliche erste Prägung der gemeinsamen Arbeit war, die hier schon angesprochene erschreckende Diskrepanz anzugehen. Frau Badde, Sie erinnern sich noch, dass ich in der letzten Bürgerschaftssitzung gesagt hatte, das gehe nicht an. Sie hatten noch einmal mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage kritisch hinterfragt, ob es wirklich so sei. Es ist noch schlimmer, als ich dachte. Jetzt haben wir nämlich die Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit – Sie hatten sie genannt, Frau Heyenn –: 330 Menschen werden qualifiziert. Das können wir überhaupt nicht hinnehmen. Deshalb müssen alle Beteiligten, von der Gewerkschaft über die Bundesagentur für Arbeit bis hin zur BWA, gemeinsam daran arbeiten, in den einzelnen Branchen bis zum Sommer die Unternehmen, aber auch die Betriebsräte, mitzunehmen und diese einmalige Möglichkeit auch tatsächlich zu nutzen.

Lassen Sie mich bitte zu den baulichen Maßnahmen kommen. Wir wollten eines nicht machen, uns in Hamburg mit einem roten Button hinstellen, draufhauen und dann schauen, dass irgendetwas passiert. Wir haben einfach angefangen. Ich habe genauso wie Sie ins Internet geschaut. Nordrhein-Westfalen hat gestern die realisierten Konjunkturmaßnahmen vorgestellt. Hier war, ich glaube, für 14 000 Euro, eine Küche in Bergisch Gladbach, es kann auch ein anderer Ort sein. In Hamburg haben wir eine Maßnahme bei der Hamburger Hafenbahn in Höhe von 1,2 Millionen Euro abgeschlossen und nicht als Auftrag vergeben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Heute haben wir eine Maßnahme angefangen und nicht als Auftrag vergeben: die Hafenbahn, Hohe Schaar, für 3,4 Millionen Euro. Dort geht es darum, ein Nadelöhr im Hafenbahnsystem aufzuheben. Wir schaffen Arbeit – und das ist der Unterschied zur Abwrackprämie –, aber was wir hier machen, wird dem Wirtschaftsstandort Hamburg nachhaltig nutzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben aktuell 24 Projekte nach Berlin gemeldet. Von den insgesamt 306 Millionen Euro müssen wir innerhalb des ersten Jahres 50 Prozent angemeldet haben. Das haben wir bereits heute fast erreicht.

(Thomas Böwer SPD: Toll!)

– Danke, so ist es, das ist wirklich toll und die Behörden haben hervorragend gearbeitet.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch eine Ente ausräumen, die heute von einer Zeitung in

die Welt gesetzt wurde. Das ist nämlich die Behauptung, wir könnten nicht beginnen, weil der Kampfmittelräumdienst mit den Maßnahmen nicht hinterherkomme.

Alle Maßnahmen des Pakets sind so vom Kampfmittelräumdienst aufgearbeitet worden, dass wir anfangen können, das heißt, es gibt keine Behinderungen. Gleichwohl haben wir den Kampfmittelräumdienst aufgewertet, um die Projekte außerhalb dieses Konjunkturpakets schneller voranzutreiben als in der Vergangenheit, indem wir vier Lichtbildauswerter zusätzlich angestellt haben.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Senator, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dressel?

Senator Axel Gedaschko (fortfahrend): – Herr Dr. Dressel kann nachher gerne weiter reden als Beitrag.

Meine Damen und Herren! Vielleicht noch eine kleine Vorausschau, was in den nächsten Tagen aus der BWA noch kommen wird. Wir werden in den nächsten Tagen den Auftrag für den Start eines 3,6 Millionen Euro teuren IT-gestützten Verkehrsmanagementsystems für den Hafen erteilen. Wir werden ein Verkehrsmanagement einrichten für die Köhlbrandbrücke, wir werden eine Verkehrsdatenbank einstellen, die Installation einer dynamischen Wegweisung zu den Zu- und Abläufen der Köhlbrandbrücke. Wir werden beispielsweise umweltschonende Maschinen bereitstellen für die Hamburger Schiffsbauversuchsanstalt, damit sie auch konkurrenzfähig ist im internationalen Wettbewerb. Hier werden wir 1 Million Euro investieren.

Sie sehen, wir sind auf einem sehr guten Weg und ich freue mich auf die Diskussionen im Fachausschuss Anfang Juli, bei dem wir Ihnen die einzelnen Projekte gerne noch einmal darstellen werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Dr. Bischoff, bitte schön.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Gedaschko, Sie haben das noch einmal ganz gut dargestellt. Es geht in der Tat nicht nur darum, die Baumaßnahmen in den Vordergrund zu stellen, sondern das, was jetzt in Hamburg gemacht wird, ist auch aus meiner Sicht ein recht attraktives Paket. Das fängt mit dem Krisenmanagement an, das ist eine veränderte Politik bei der Finanzierung und den Bürgschaften und das sind diverse Maßnahmen. Ich bin allerdings gespannt darauf, im Ausschuss

(Dr. Joachim Bischoff)

noch einmal zu hören, wie weit die auf den Weg gebracht worden sind.

(Olaf Ohlsen CDU: Aber! – Zuruf von Klaus-Peter Hesse CDU)

– Das läuft nicht weg, aber Sie müssen einräumen, Herr Hesse, wenn man diese Lobeshymne von Herrn Gedaschko hört und dann diesen Antrag sieht, dann hat man bestimmte Schwierigkeiten, das zusammenzubringen.

Das muss zügig angegangen werden. Über den Begriff zügig brauchen wir nicht zu diskutieren. Es geht darum, nachzuvollziehen, wie viele dieser Maßnahmen auf den Weg gebracht worden sind. Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass der Wirtschaftssenator sagt, er habe die Quote, die wir aus dem Gesamtprogramm bekommen und 2009 ausgeben müssen, schon fast ausgeschöpft. Das ist natürlich eine Zahl, mit der man hantieren kann, das ist in Ordnung, das werden wir noch einmal prüfen.

Sie sollten den Konjunkturrat bei diesen Maßnahmen stärker einbinden, weil diese Nicht-Ausschöpfung der Maßnahmen bei der Qualifizierung in Kurzarbeit ein ernsthafter Hinweis darauf ist, dass nicht alles automatisch läuft, sondern dass man hier nachsehen und nachjustieren muss.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Also, wir sind gut! – Olaf Ohlsen CDU: Wir packen es an!)

– Sie sind immer gut, das habe ich jetzt gehört.

Ich möchte noch einmal anregen – wir führen hier eine Debatte, auch wenn Ihnen das vielleicht nicht passt –, im Ausschuss darüber nachzudenken, wie wir das ganze Programm beständig machen können. Diesen Punkt müssen wir diskutieren.

Ich teile die Einschätzung nicht, dass wir am Jahresende das Größte hinter uns haben, sondern wir müssen weit in das nächste Jahr hinein an dem gesamten Prozess dranbleiben. Sie wissen selbst, wie die Finanzsituation für das nächste Jahr aussieht. Wir müssen uns genau anschauen, wie wir im regionalen Bereich unseren Beitrag dazu leisten können, dass diese Konjunktur- und Wirtschaftskrise so glatt wie möglich durchlaufen wird. Wir hätten uns gern einen intensiveren, umfangreicheren Ansatz gewünscht; das möchte ich doch noch einmal zu Protokoll geben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/3177 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/2915, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Wohnungsbestand von SAGA GWG in Hamburg, Wegfall der Sozialbindung, Modernisierungen und Mieterhöhungen.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Wohnungsbestand von SAGA GWG in Hamburg, Wegfall der Sozialbindung, Modernisierungen und Mieterhöhungen – Drs 19/2915 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Grote, bitte.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren jetzt anhand der Großen Anfrage, die meine Fraktion eingebracht hat, die Rolle von SAGA und GWG als städtischem Wohnungsunternehmen in Hamburg. In welchem wohnungspolitischen Umfeld tun wir das? Steigende Einwohnerzahlen führen zu einem Neubaubedarf von mindestens 5000 bis 6000 Wohneinheiten pro Jahr in Hamburg. Gebaut werden seit vielen Jahren lediglich etwas über 3000 Wohneinheiten. Die aktuelle Zahl für 2008, frisch veröffentlicht, liegt mit 3474 nur unwesentlich über dem Minusrekord des Jahres 2007. Es gibt nur noch 2000 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau, das heißt genau da, wo wir sie eigentlich brauchen würden. Gleichzeitig sind die Baugenehmigungen im Jahr 2008 um 1000 auf nur noch 3700 eingebrochen; alles Belege für die außerordentlich durchschlagskräftige Wohnungsbauförderungspolitik dieses Senats. Die Folgen sind ein knapper werdendes Angebot, spürbar steigende Mieten, stetig zunehmende Schwierigkeiten insbesondere von Menschen mit geringem Einkommen, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Was könnte wohl in einer solchen Situation die Rolle eines großen städtischen Wohnungsunternehmens sein? Eine mögliche Antwort könnte sein, SAGA GWG hat den Auftrag, die Versorgung breiterer Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen, indem sie in einem ihrer Größe angemessenen Umfang zur Neubautätigkeit beiträgt und durch eine sensible und sozial verantwortliche Mietpreispolitik ebenfalls einen Beitrag leistet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN – Klaus-Peter Hesse CDU: Das müssen Mieter gewesen sein!)

Das wäre jedenfalls der naheliegende Beitrag eines städtischen Wohnungsunternehmens, den man in einer solchen, eben geschilderten Situation erwarten kann, erwarten muss. Die SAGA GWG hat den Wohnungsneubau praktisch eingestellt. 2007 sind ganze 36 Wohneinheiten fertiggestellt worden, 2008 82. In 2008 wurden gerade einmal

(Andy Grote)

Baugenehmigungen für 23 Wohneinheiten für die nächsten Jahre erteilt.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ja lächerlich!)

Dem stehen in 2007 und 2008 jeweils allein circa 350 verkaufte Wohnungen und ungefähr 60 abgerissene Wohnungen gegenüber. Das heißt, SAGA GWG bauen im Moment nicht nur keine Wohnungen mehr, sondern sie bauen ihre Bestände ab.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die sind doch nicht weg vom Markt!)

Das ist angesichts der Lage und des Bedarfs eine absurde Situation und ein beispielloses Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum und Norbert Hackbusch, beide DIE LINKE)

Tut der Senat nun irgendetwas, um dies zu ändern? Schauen wir einmal in den gerade neu vorgelegten Wohnungsbauentwicklungsplan mit immerhin 80 Seiten; da müsste doch etwas dazu drinstehen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wenn man es liest!)

– Ich kann Ihnen auch genau sagen, was da drin steht, Herr Hesse.

Da steht, der zukünftige Beitrag zum Wohnungsbau der SAGA sei Gegenstand von Gesprächen mit dem Unternehmen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist doch wunderbar!)

– Da kann ich Sie nur beglückwünschen als Aufsichtsratsvorsitzender und Alleineigentümer, dass es Ihnen immerhin gelungen ist, mit der SAGA irgendwie über dieses Thema ins Gespräch zu kommen.

Solche Sätze formuliert in Wahrheit natürlich nur jemand, der seinen eigenen politischen Gestaltungsanspruch in diesem Bereich weitgehend aufgegeben hat. Das ist fatal und es ist auch symptomatisch für Ihre Wohnungsbaupolitik, der es leider an dieser und an vielen anderen Stellen an jeder Entschlossenheit fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Wer soll Ihnen denn in der Wohnungswirtschaft und auch anderweitig glauben, dass Sie es mit Ihrer aktiven Wohnungsbaupolitik in irgendeiner Weise ernst meinen, sich selbst ernst nehmen, wenn die Stadt selbst mit ihrem eigenen Wohnungsunternehmen, dem größten Hamburger Wohnungsunternehmen, nicht baut. Das muss anders werden, die SAGA muss wieder von einem Wohnungsverwaltungsunternehmen zu einem Wohnungsbauunternehmen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Der zweite Punkt, die Mietpreispolitik. In den vergangenen Jahrzehnten hat die SAGA durch eine sehr zurückhaltende und sozial ausgewogene Mietpreisgestaltung mit vielfachen Sozialbindungen entscheidend dazu beigetragen, dass Menschen mit geringem Einkommen in dieser Stadt Zugang zu für sie bezahlbarem Wohnraum erhalten haben. Natürlich, das will niemand in Abrede stellen, erfüllt die SAGA auch heute noch in wesentlichen Teilen ihres Bestandes diese Funktion. Aber in den letzten Jahren sind die SAGA-Mieten an vielen Stellen ganz erheblich unter Druck geraten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zum einen fallen jährlich ungefähr 3000 SAGA-Wohnungen aus den Mietpreisbindungen heraus, für die es keinen Ersatz gibt, für die auch kein Ersatz geschaffen wird. Diese Entwicklung wird im Gegenteil noch gefördert, indem zusätzlich vorzeitig Sozialbindungen abgelöst werden. Und die SAGA schöpft zunehmend den gesetzlichen Spielraum für Mietsteigerungen nach dem Wegfall der Sozialbindungen weitgehend aus. Bei 65 Prozent derjenigen Wohnungen, die zum 1. Januar 2008 aus der Sozialbindung gefallen sind, hat die SAGA die Miete um 18 bis 20 Prozent erhöht. Man kann zwar sagen – das stimmt auch –, dass zum Teil ein relativ geringes Ausgangsniveau zugrunde gelegen hat von vielleicht 4 Euro pro Quadratmeter. Aber auch bei 4 Euro sind 20 Prozent 80 Cent pro Quadratmeter, das sind bei 60 Quadratmetern 48 Euro und das ist für die Betroffenen im konkreten Fall nicht so wenig.

Außerdem kommt hinzu, dass es häufig dieselben Wohnungsbestände sind, die besonders stark modernisierungsbedürftig sind. So wichtig gerade die energetische Modernisierung ist, führt das aber auch zu weiteren Mietsteigerungen, die dann schnell bei 1 Euro und nicht selten, das zeigt die Große Anfrage, auch bei 2 Euro pro Quadratmeter liegen. Das führt in der Gesamtheit dazu, dass in den betreffenden Beständen und zum Teil auch im gesamten Stadtteil – das zeigt die Antwort auf die Große Anfrage – die SAGA-Mieter weit überdurchschnittlichen Mieterhöhungen ausgesetzt sind.

Für den Zeitraum von 2000 bis 2008 ein paar Beispiele. Barmbek-Süd: plus 31 Prozent im gesamten Stadtteil, über den gesamten Bestand, das heißt, in bestimmten Bereichen ist es noch deutlich höher gewesen; Bramfeld: plus 24 Prozent; Langenhorn: plus 23 Prozent; Rothenburgsort: plus 27,5 Prozent, das ließe sich fortsetzen. Da ist es dann vorbei mit der Sozialverträglichkeit.

Diese Entwicklung führt dazu, dass sich einkommensschwächere Mieter ihre SAGA-Wohnung zum Teil nicht mehr leisten können und aus ihren Wohnungen und ihren Wohnquartieren verdrängt werden. Das ist genau das Gegenteil von dem, was eigentlich Aufgabe der SAGA ist oder was sie zumindest einmal war. Diese Entwicklung darf sich so nicht fortsetzen.

(Andy Grote)

(Beifall bei der SPD)

Was sind nun die Ursachen für diese Entwicklung und wer trägt hierfür die Verantwortung. Das Unternehmen SAGA GWG und die dort Beschäftigten sind es nicht, sondern es sind natürlich diejenigen, die die politischen Rahmenbedingungen setzen, die im Unternehmen umgesetzt werden müssen. Das heißt, es sind zuallererst die CDU-geführten Senate, die sich nach 2001 zwar doch nicht getraut haben, die SAGA zu verkaufen, aber andere Wege gefunden haben, dem Unternehmen massiv Liquidität zu entziehen und dieses für nichtwohnungspolitische Zwecke einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die SAGA musste zunächst 114 Millionen Euro ausgeben, um Erbbaugrundstücke zu erwerben und Wiederkaufsrechte abzulösen von der Stadt und anschließend für 500 Millionen Euro die GWG erwerben. Das bedeutet, dass dem Unternehmen seit 2006 jährlich, und zwar noch bis 2011, jeweils 100 Millionen Euro an Finanzmitteln entzogen werden, aus dem Sie dann insbesondere Ihr Sonderinvestitionsprogramm speisen. Mit Blick auf die heutige Tagesordnung und die Debatte, die wir geführt haben, heißt das, die SAGA-Mieter sollen nach Ihrer Vorstellung den Derbypark in Flottbek subventionieren. So kann man auch Umverteilungspolitik machen; wir halten das für unanständig.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU: Vorsicht!*)

Die zusätzliche Belastung, die Sie durch diese Abführungen dem Unternehmen aufbürden, trifft es in einer Situation, in der durch ein sehr ambitioniertes Modernisierungsprogramm ohnehin erhebliche Mittel gebunden sind. Das allein wäre allerdings nicht dramatisch, denn die Modernisierung hat lange vor 2001 begonnen, ohne dass der Versorgungsauftrag dadurch aus dem Blick geraten ist. Wenn aber diese grundsätzlich richtige Modernisierung betrieben wird, dann kann man nicht gleichzeitig jährlich 100 Millionen Euro zusätzlich entziehen, dann fehlt die Finanzkraft für den Neubau und der Spielraum für eine sozial verträgliche Mietpreisgestaltung. Unter diesem wirtschaftlichen Druck und weil es politisch gewollt war, wurde die SAGA immer stärker als ein normales, renditeorientiertes, immobilienwirtschaftliches Unternehmen aufgestellt und der öffentliche Versorgungsauftrag in den Hintergrund gedrängt.

Sie haben die SAGA GWG von einem Instrument einer sozial verantwortlichen Wohnungspolitik zu einem Instrument zur Deckung anderweitiger Finanzierungsbedarfe zweckentfremdet. Das war ein schwerer Fehler, ein Irrweg, der beendet werden muss. Die SAGA muss wieder der Versorgung der Menschen mit bezahlbarem Wohnraum dienen und nicht der Finanzierung Ihrer politischen Spielweisen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Ekkehart Wersich CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Grote, Sie haben sehr ausführlich etwas zum Thema Wohnungsbau gesagt. Ich beschränke mich einmal auf das Thema der Großen Anfrage, den Wohnungsbestand von SAGA GWG in Hamburg, Wegfall der Sozialbindung, Modernisierung und Mieterhöhung.

Ihre Anfrage ist gut, sie baut offensichtlich auf der Schriftlichen Kleinen Anfrage, Drucksache 19/2123, der Genossen Bekeris und Buss auf und ist insofern überhaupt kein großer Wurf, denn im Endeffekt ist das, was Sie hier abfragen, weitestgehend bekannt. Die Antworten des Senats empfinde ich persönlich als sehr schlüssig und ausführlich

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Geht so!*)

und ich habe mich gefragt, warum Sie das Thema hier überhaupt zur Debatte anmelden,

(*Wolfgang Beuß CDU: Weil sie nichts anderes haben!*)

denn der Senat kann ohne schlechtes Gewissen alles ans Tageslicht bringen; es ist auch alles benannt.

(Beifall bei der CDU)

Völlig an den Haaren herbeigezogen, Herr Grote, ist allerdings der Einleitungstext in Bezug auf verfehlte Wohnungsbau- und Sozialpolitik in den Jahren der CDU-Regierung; das haben Sie eben hier noch einmal wiederholt.

(*Jan Quast SPD: Das hat der Senat doch selbst beschlossen neulich!*)

Wie war es denn, Herr Quast, als die SPD damals noch Volkspartei war und in Regierungsverantwortung stand? Bestandspflege und Modernisierung waren doch für Sie Fremdwörter.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben den Bestand vernachlässigt. Welches Ansehen hatte die SAGA zu Zeiten der Sozialdemokratie?

(*Ingo Egloff SPD: Großlohe 113 Milliarden! – Zurufe von der SPD*)

Herr Egloff, nicht ansatzweise hatte das Unternehmen irgendetwas zu tun mit einem modernen Wohnungsunternehmen. Jetzt tun Sie so, als würden durch SAGA und GWG Luxussanierungen durchgeführt. Nach Ihrem Verständnis mag das so sein, nach dem unseren werden hier dringend notwendige Investitionen durchgeführt. Anlage 8 lässt den

(Ekkehart Wersich)

Vorwurf auch als absurd erscheinen. Daraus zu schließen, dass hier auf dem Rücken sozial Schwacher etwas ausgetragen werde, ist mitnichten der Fall. Die Angebote der Mieterbetreuung und der Beratung helfen den Menschen. Die Schriftliche Kleine Anfrage aus dem Februar, die ich eben schon zitiert habe, gibt hierzu die Antworten.

(Wilfried Buss SPD: Welche denn?)

– Die Prüfung der Fördermittel, Herr Buss, die individuelle Förderung wie Wohngeld oder auch die Staffelmiete.

Dass aufgrund der bereits sanierten Wohnungen die Menschen aus ihren Wohnungen scharenweise vertrieben worden sind, ist nirgendwo zu konstatieren, das ist doch völliger Unsinn.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Im Gegenteil, die Investitionen sind im wohlverstandenen Interesse der Mieter und der Mieterbelegung. Herr Grote, die ersten Sätze Ihrer Einleitung der Großen Anfrage beschreiben zutreffend unsere Politik. Sie erkennen offensichtlich aber auch die Notwendigkeit von Investitionen vor dem Hintergrund steigender Energiekosten und Klimaschutz.

Welcher Schluss darf gezogen werden? Dass die Mieten nach der Sanierung zu hoch seien, dem kann ich nicht folgen. Das geben auch die Antworten auf die Große Anfrage im Übrigen nicht her. Mietenspiegel, Mittelwert et cetera. Eher entsteht hier der Eindruck, es soll einmal mehr den Menschen etwas versprochen werden und in Versprechungen sind Sie ja ganz groß.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Eva Gümber GAL)

Ein kleiner Blick in den Koalitionsvertrag. Der Wohnungsbauentwicklungsplan wurde benannt, die Modernisierungen als Klimaschutzziele und die Verdrängung angestammter Bevölkerungsschichten soll vermieden werden. Das ist unser Ziel, das ist das Ziel von Schwarz-Grün.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das haben Sie schon verfehlt!)

Wie war es früher? Scharenweise sind Mieter der SAGA weggelaufen, wenn sie es sich irgendwie leisten konnten. Ökologie und Soziales wurde von Schwarz-Grün nicht gegeneinander ausgespielt, sondern Wirtschaften für die dort wohnenden Menschen, integriert in einem Prozess, der die Menschen nicht ausgrenzt, sondern mitnimmt. Die Alternative zur Senatspolitik wäre die Vernachlässigung; nicht mit uns.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fand die Anfrage auch sehr interessant; es stehen interessante Daten darin. Da ich nicht genau wusste, wie Sie die Debatte führen wollen, habe ich mir zu den Ausführungen des Kollegen Grote ein paar Stichworte notiert und werde versuchen, das ein wenig abzuarbeiten.

Das erste Thema betraf weniger die Anfrage, sondern eher die Wohnungsbauentwicklungsplanung. Selbstverständlich wird mit der SAGA geredet über Neubau, das ist ganz klar und gehen Sie davon aus, dass sich da etwas tun wird.

(Jan Quast SPD: Reden hilft doch nicht!)

– Über Quantitäten kann man vorher nicht reden.

Letztlich ist die SAGA ein selbstständiges Unternehmen, auf das natürlich Einfluss auszuüben ist, und darüber muss man reden. Dann werden wir Ergebnisse haben und Sie werden diese Ergebnisse genauso wie wir auch erfahren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zum Thema Miethöhen. Hier ist es natürlich so, dass es bei zwanzigprozentigen Mieterhöhungen, wenn man 200 Euro für eine Wohnung bezahlt, dann 240 Euro sind und bei 300 Euro sind es dann 360 Euro. Für die Betroffenen ist es ein ziemlicher Batzen im Monat, dies auf sich zu nehmen und tragen zu müssen. Es wird möglicherweise dann noch schwieriger, wenn es zeitnah zusammenkommt mit Modernisierungen. Das schafft den Menschen Probleme, das kann man nicht wegdiskutieren. Ich will nur die zweite Seite der Wirklichkeit, die es auch gibt, hier dagegenstellen.

Teilweise sind nämlich über Jahre und Jahrzehnte die Mieten nicht erhöht worden und die jetzt betroffenen Menschen waren vorher Nutznießer. Das heißt, sie haben mit Mieten gelebt, die heute nicht mehr real sind, die sie auch nirgendwo mehr finden werden. Die Mieten werden von einem sehr niedrigen Niveau erhöht, sie rollen das Feld von hinten auf, aber sie werden das Mittelfeld nicht erreichen. Es sind immer noch moderate bis niedrige Mieten und das ist auch eine Seite der Realität.

(Wolfgang Rose SPD: Das ist doch blanke FDP-Position!)

Die SAGA hat sich geändert. Sie sagen, die SAGA war früher ganz prima, es war alles billig. Heute kümmert sich aber im Gegensatz zu früher die SAGA um ihre Bestände und pflegt sie; das kostet natürlich auch Geld.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von Andy Grote SPD)

(Horst Becker)

Herr Grote, ich bin lange in der Bezirkspolitik und habe mir sehr oft die Beschwerden der SAGA-Mieter diesbezüglich angehört.

(Andy Grote SPD: Da beschwerten sich Leute auch, aber über andere Dinge!)

Heute beschwerten sie sich über andere Dinge, aber sicherlich nicht darüber, dass die Bestände nicht gepflegt werden. Die werden gepflegt und das kostet natürlich Geld. Wir haben auch Ansprüche, wir wollen auch, dass die Leute vernünftig und anständig wohnen und das bedeutet, dass man über energetische Sanierung nachdenkt, dass die Häuser neue Dächer bekommen müssen, dass es Pfortnerlogen gibt, dass überall vernünftige Nasszellen sind.

(Zurufe von der SPD)

Der Trend geht dahin, dass in Wohnungen Einbauküchen sind, und all diesen Dingen wird Rechnung getragen. Dafür werden vernünftige Investitionen getroffen und die kosten nun einmal Geld. Man geht klar davon aus, das zeigen auch die Zahlen, die wir hier haben, dass eine Verdrängung nicht stattfindet. Es gibt Konfliktfälle, es gibt Einzelfälle, die schwierig sind, da wird individuell beraten. Wir haben die Beträge für die Kosten der Unterkunft erhöht auf ein realistisches Maß, mit dem man arbeiten kann. In Einzelfällen wird auch auf Mieterhöhung verzichtet. Insofern wird der Versuch gemacht, darauf einzugehen. Das nun zu einer großen Verdrängungswelle hochzustilisieren, entspricht einfach nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das Auslaufen von Mietpreisbindungen sehe ich auch als Problem und hier wird es Aufgabe der Wohnungsbauentwicklungsplanung sein, möglicherweise auch über die WK-Förderung und über den Ankauf von Belegungsbindungen wieder zu versuchen, dies aufzustocken und die Laufzeit möglichst lang zu gestalten. Wir werden erleben, dass bis 2020 die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen auf unter 40 000 sinken wird. Jetzt ist es mehr als das Doppelte, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Daran werden wir arbeiten müssen, auch wenn der Bestand von 130 000 städtischen Wohnungen in der Mietpreispolitik ausgerichtet ist am Mittelwert des Mietenspiegels. Auch ohne Mietpreisbindungen wirkt der große Bestand der städtischen Wohnungen dämpfend auf den Mietmarkt. Das ist immer noch ein großes Pfund, das wir haben, und wenn wir das Mietniveau in Hamburg vergleichen mit anderen großen deutschen Städten, stehen wir immer noch sehr gut da.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der letzte Punkt bezieht sich darauf, dass die SAGA die GWG kaufen musste. Natürlich kann jede Summe, die der SAGA entzogen wird, nicht für

Neubau, Modernisierung oder Instandhaltung zur Verfügung stehen. Das ist nun einmal so passiert und das Gute daran ist allerdings – das bitte ich auch zu bedenken –, dass die GWG nicht an Private verkauft wurde und das werden die Mieter im Endeffekt auch zu schätzen wissen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich hatte schon darauf hingewiesen, dass sich diese vorzügliche Große Anfrage in weitere 35 Drucksachen einordnet, überwiegend Schriftliche Kleine Anfragen aus dem Bereich der SPD.

Herr Becker, wenn immer wieder nach Mietpreissteigerungen und Kappungsgrenzen und dergleichen gefragt wird, dann nicht, weil man irgendjemanden anschwärzen will, sondern der reale Druck, der in den Bezirken wächst, schlägt sich in diesen 35 Drucksachen nieder. Es ist der Versuch gewesen – so interpretiere ich das –, mit der Großen Anfrage eine Art von Zusammenfassung hinzubekommen, und ich finde es sehr wichtig, dass das gemacht wurde.

Zugleich bin ich – das wird Sie nicht wundern – etwas enttäuscht von den Antworten und den Einlassungen des Senats. Gleich am Anfang widerspricht der Senat der Einordnung, wie sie von Herrn Grote und anderen in der Drucksache vorgenommen wird. Gerade aber bei Wohnungen, deren Sozialbindung ausläuft, liegen in der Regel vergleichsweise geringe Ausgangsmieten aufgrund der langen Mietpreisbindung vor. Die Ausgangsmieten bewegen sich zwischen 3 Euro und 4 Euro netto kalt. Dann weisen Sie aber darauf hin, dass sich bei Einbeziehung der Modernisierung schon eine sehr auffällige Mietpreiserhöhung ergeben kann.

Es ergibt sich kein Gesamtbild aus den Antworten. Nach Durchsicht der verschiedenen Anfragen steht aber fest, dass es, zwar nicht pauschal, aber zumindest in einigen Bezirken Mietpreissteigerungen in der Kombination des Auslaufens der Belegungsbindung mit Modernisierungskosten gibt, die das wirklich Tragbare für einen Teil der Mieterinnen und Mieter überschreiten, und dieser Problemdruck baut sich auf. Wir haben keine total katastrophale Situation, aber einen Wohnungsmangel, der sich weiter aufbaut und sich auf einzelne Mietergruppen niederschlägt, die besondere Marktzugangsprobleme haben.

Es ist auch ein Fortschritt, dass uns jetzt ein Wohnungsbauentwicklungsplan vorliegt. Wir werden uns bei vielen Punkten einigen können, aber in der

(Dr. Joachim Bischoff)

Summe ist nicht erkennbar, dass diese Mangelsituation in Hamburg beseitigt wird.

Die spannende Frage in dem Zusammenhang ist, welchen Stellenwert die SAGA in diesem Konzept hat; das müssen Sie schon der Anlage der Großen Anfrage entnehmen. Unsere Kritik geht dahin, dass Sie dieses Instrument in Hamburg nicht optimal einsetzen. Sie könnten an die Frage, wie man mit den Mietpreisen vorgeht, anders herangehen. Sie können den Verkauf von Einzelwohnungen zwar nicht stoppen, aber doch von dem jetzigen Niveau herunterbringen.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz)

Sie haben dann weitere Möglichkeiten, bei diesen desintegrativen Wirkungen, die wir bei einigen Bevölkerungsgruppen im unteren Einkommenssegment sehen, kurzfristig mit der SAGA ein paar andere Akzente zu setzen.

Die spannende Frage ist, warum Sie das nicht machen. Wir haben gerade gestern über HAMBURG ENERGIE diskutiert und ich habe mir wieder eine Hochglanzbroschüre zeigen lassen, was für ein tolles Unternehmen das ist. Wenn die Regierungskoalition das, was sie für HAMBURG ENERGIE machen will, umsetzen würde für die SAGA, die auch ein kommunales Unternehmen ist, dann wären wir hochzufrieden. Das heißt, Sie können jederzeit auf diese Gewinnabführung verzichten. Sie könnten diese Millionenbeträge auch zweckgebunden für einen verstärkten Wohnungsneubau einsetzen und die SAGA mit ins Boot holen. Sie könnten auch über einen Ausbau von Kreditfinanzierung und dergleichen nachdenken und es ist gar keine Frage, dass man der SAGA wie auch anderen genossenschaftlichen Unternehmen in der Flächenpolitik oder -gestaltung entgegenkommt. Sie können all diese Probleme, die wir besprechen, für übertrieben oder belanglos halten und glauben, dass schon alles bestens gemacht wird. Am Samstag wird allerdings eine große Demonstration in Sachen Gentrifizierung in der Innenstadt stattfinden und ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, dass Sie die Probleme auf dem Wohnungsmarkt erheblich unterschätzen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ksenija Bekeris SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir scheint, dass aus den vorhergehenden Beiträgen deutlich geworden ist, dass wir in der Wohnungspolitik vor großen Herausforderungen stehen. Lassen Sie mich deswe-

gen diese Herausforderungen noch einmal kurz skizzieren.

Hamburg gehört zu den Städten und Metropolen in Deutschland, in denen die Bevölkerungszahl weiter ansteigt, wobei der Wohnungsbau in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Das heißt, mit der steigenden Bevölkerungszahl ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf an neuen Wohnungen, insbesondere an familienfreundlichen, aber auch preisgünstigen, kleinen Wohnungen.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, in Ihrer Anfrage sprechen Sie auch das wichtige Thema an, dass bei zahlreichen Wohnungen die soziale Bindung ausläuft. Das bedeutet in den nächsten Jahren einen Rückgang des Bestandes an geförderten Wohnungen von rund 100 000 in 2009 auf knapp 70 000 in 2018. Natürlich sind die Wohnungen damit nicht vom Markt verschwunden, aber wir wollen dem Auslaufen der sozialen Bindung entgegenwirken und auch künftig geförderte Wohnungen in erheblichem Umfang anbieten.

Bevor ich auf das Thema Mietenpolitik im Konkreten eingehe, möchte ich aber darauf hinweisen, dass sich der Senat den Herausforderungen in puncto rückläufigem Wohnungsbau trotz ansteigender Bevölkerungszahl in Hamburg stellt und mit dem im Mai beschlossenen Wohnungsbauentwicklungsplan ein ehrgeiziges Ziel in der Wohnungspolitik vorgelegt hat.

Ein Kernziel des Wohnungsbauentwicklungsplans ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Bau neuer Wohnungen. Aufgrund der Bevölkerungsprognose bis 2020 gehen wir von einem Orientierungsrahmen von 5 000 bis 6 000 neuen Wohnungen pro Jahr aus. Wichtig in der Auseinandersetzung um die Wohnungspolitik ist meiner Meinung nach auch die Frage, welche Rolle wir dabei dem Staat zuweisen. Dass die Stadt dies als staatliche Aufgabe alleine leisten sollte, halte ich für falsch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich sehe, dass zumindest Herr Grote in diesem Punkt mit mir übereinstimmt. Es muss also eine Politik der Kooperation verfolgt werden, bei der Investoren, Privatpersonen, Genossenschaften, Baugemeinschaften und auch öffentliche Wohnungsunternehmen zusammenwirken, um diese Herausforderungen zu stemmen. Das heißt, wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, um das Bauen für Investoren und vor allem auch für Privatpersonen attraktiv zu machen, und dafür haben wir den Wohnungsbauentwicklungsplan aufgestellt. Einerseits wollen wir künftig stärker als bisher den Bau von Mietwohnungen fördern, womit wir auch dem Bedarf an preiswerten Geschosswohnungen Rechnung tragen. Andererseits wollen wir auch dem Flächenverbrauch entgegenwirken und dem Bedarf an innerstädtischen Wohnungen entspre-

(Senatorin Anja Hajduk)

chen. Das führt zu einer starken Nachverdichtung in der Stadt, die manchen Ansprüchen an Wohnqualität entgegensteht und häufig nicht konfliktfrei zu realisieren ist.

In dem Ihnen vorliegenden Wohnungsbauentwicklungsplan haben wir bereits eine Rahmenbedingung sehr genau thematisiert. 5 000 bis 6 000 Wohnungen als Orientierungsrahmen bedeutet auch, die entsprechenden Flächen in den Jahren von 2009 bis 2013 bereitstellen zu wollen. Wir haben in dieser Drucksache deutlich gemacht, dass wir ein Flächenpotenzial von knapp 30 000 Wohneinheiten für die nächsten fünf Jahre darstellen können, was in etwa dem Orientierungsrahmen entspricht, der sich aus der Bevölkerungsprognose ableitet. Aber ich weise auch auf die Problematik hin, dass wir noch weiter nachverdichten müssen und dass dies wiederum nur in Kooperation mit der Fachbehörde, den Bezirken, der Politik und den Privaten möglich ist, weil es für das Entstehen dieses Wohnungsbedarfs keinen Automatismus gibt, sondern Rahmenbedingungen durch entsprechende Flächenpotenziale dargestellt werden müssen. Auch für den Wohnungsbau selbst müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Akteure wirklich aktiv werden. Und das kann, wie gesagt, keinesfalls der Staat allein und auch kein öffentliches Wohnungsbauunternehmen wie SAGA GWG allein leisten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Des Weiteren wollen wir die Integration von Menschen fördern, die auf besondere Hilfen angewiesen sind, und nicht zuletzt wollen wir die Förderung ökologisch innovativer Bauweisen voranbringen, auch um das Thema Klimaschutz weiterzuverfolgen. Bevor ich auf SAGA GWG eingehe, möchte ich noch einmal den Charakter des Wohnungsbauentwicklungsplans verdeutlichen als ein ambitioniertes Programm, das einen Prozess beschreibt, über dessen Weichenstellung wir noch öfter in dieser Legislaturperiode gemeinsam reden müssen. Ich bin froh, dass es bisher auch im Stadtentwicklungsausschuss für den Wohnungsbauentwicklungsplan eine einstimmige Unterstützung aller Fraktionen gegeben hat, und ich würde mich freuen, wenn wir ihn vor der Sommerpause in der Bürgerschaft verabschieden könnten.

Klar ist, dass SAGA GWG in der Hamburger Wohnungspolitik eine zentrale Rolle spielt. Mit einem Bestand von 130 000 Wohnungen ist SAGA GWG Vermieter jeder fünften Mietwohnung in Hamburg. Verglichen mit fast allen anderen westdeutschen Großstädten befindet sich also ein erheblich höherer Anteil von Wohnungen im Eigentum der öffentlichen Hand.

(Andy Grote SPD: Machen Sie was damit!)

Aus diesem Grund sind die Bestände von SAGA GWG weiterhin das Rückgrat der preiswerten

Wohnungsversorgung und ich bin dankbar, dass die Kollegen Wersich und Becker darauf hingewiesen haben, dass deswegen das Thema Pflege des Bestandes – auch vor dem Hintergrund der Zahlen, die ich gerade genannt habe – ein sehr wichtiges ist. Und dass es auch die Bestandspflege nicht zum Nulltarif gibt, müssen Sie akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Im Übrigen spielt nicht allein der quantitative Aspekt von SAGA GWG eine zentrale Rolle in der Hamburger Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik, sondern SAGA GWG ist auch wirtschaftlich im Umgang mit seinen Kunden ein vorbildliches Wohnungsunternehmen.

Zur Mietenpolitik haben Sie sich ja differenziert geäußert, Herr Abgeordneter Grote. Die Mieten von SAGA GWG orientieren sich am Mietspiegel-Mittelwert und ermöglichen somit eindeutig günstigere durchschnittliche Wohnungsmieten. Diese Mietenpolitik ist für viele Bevölkerungsschichten in Hamburg ganz wichtig und damit kommt SAGA GWG einem sozialen Auftrag nach.

(Andy Grote SPD: Weniger als früher!)

Man muss auch berücksichtigen, dass SAGA GWG Transferleistungsempfängern und Haushalten mit schwierigem sozialen Hintergrund Wohnraum zur Verfügung stellt. Das ist auch ein Grund, sich vor dieses Wohnungsunternehmen zu stellen, weil es Vorbildliches in sozialer Hinsicht leistet, in Modernisierungsmaßnahmen investiert und auch perspektivisch sehr ehrgeizige Ziele verfolgt.

Der Senat will dem Auslaufen der sozialen Bindung entgegenwirken. Zum einen wollen wir durch die Förderung von Neubauten mit neuen Sozialbindungen diesem Segment neue Wohnungen zur Verfügung stellen, wobei wir auch auf die Mithilfe der städtischen Wohnungsunternehmen setzen. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass wir Projekte für Menschen mit besonderem Bedarf an Hilfe stärker fördern, zum Beispiel Wohngemeinschaften für psychisch Kranke. Wie Sie wissen, werden wir in einem Modellprojekt 100 Belegungsbindungen für Hilfebedürftige aufkaufen. Prüfen werden wir im Übrigen auch die Möglichkeit, die Situation der Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf gerade auf dem Wohnungsmarkt durch gezielte Beratung von Mietern und Vermietern zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass Mieterhöhungen bei Modernisierung und Auslaufen von Sozialbindungen notwendig sind, aber im Einzelfall mit besonderer Sensibilität zur Vermeidung von sozialen Härten vorgenommen werden müssen. Wir teilen also die Zielsetzung, die in der von Ihnen gewählten Fragestellung zum Ausdruck kommt, dass die Modernisierung von Wohnraum nicht zu derart

(Senatorin Anja Hajduk)

hohen Mieten führen soll, dass einkommensschwache Mieter und Mieterinnen aus ihren Stadtteilen gedrängt werden. Grundsätzlich müssen Sie aber doch einsehen, dass ohne entsprechende Mieteinnahmen zum Beispiel die aktive Rolle von SAGA GWG bei der auch von Ihnen eingeforderten Forcierung des Wohnungsneubaus oder auch anspruchsvolle Modernisierungsmaßnahmen zum Klimaschutz nicht zu bewältigen sind. Diese Balance von Einnahmen und Ausgaben bitte ich Sie bei Ihrer Argumentation zu berücksichtigen. Das scheint mir häufig nicht der Fall zu sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Andy Grote SPD*: Dann muss der Ertrag aber auch dafür eingesetzt werden!)

SAGA GWG soll in Zukunft verstärkt einen Beitrag zum Wohnungsneubau leisten. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie nicht zufrieden sind, weil wir noch nichts Verbindliches vorlegen und keine Zahlen nennen können. Wir haben einen Wohnungsbauentwicklungsplan vorgelegt und in die Diskussion gebracht und ich habe darin deutlich gemacht, dass die Gespräche aktuell geführt werden und wir das Neubauvolumen der SAGA, das mit 150 Wohneinheiten per anno abgebildet ist, deutlich steigern und diesbezüglich nach der Sommerpause zu Ergebnissen kommen wollen.

Ich möchte das Thema Wohnungsneubau abschließen mit der Ankündigung, dass wir eine dritte Wohnungsbauoffensive für die Zeit ab 2010 planen, die integrierter Bestandteil des Wohnungsbauentwicklungsplans ist und jetzt von der BSU vorbereitet wird. Wir werten natürlich die Erfahrungen aus den beiden ersten Wohnungsbauoffensiven aus, aber wir wollen zukünftig auf städtischen Grundstücken überwiegend Geschosswohnungsbauten errichten, die auch den im Wohnungsbauentwicklungsplan genannten konzeptionellen Anforderungen an Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Familienfreundlichkeit entsprechen sollen. Die Ergebnisse werden wir nach der Sommerpause 2009 gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft bewerten und in die Verhandlungen mit den Verbänden über die Bedingungen der Wohnungsbauoffensive 3 einfließen lassen. Insofern könnte die Wohnungsbauoffensive 3 im Herbst vereinbarungsreif sein und tatsächlich im Jahr 2010 beginnen.

Noch einmal zu SAGA GWG. SAGA GWG ist der größte Bestandseigentümer und spielt insofern eine herausragende Rolle bei der Erreichung der Klimaschutzziele des Senats. Fest steht auch, dass SAGA GWG seit vielen Jahren mit umfangreichen Investitionen mehr als 70 000 Modernisierungen in den Wohnungen vorgenommen und damit schon jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Energieeinsparung in Hamburg geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auch SAGA GWG weiß, dass es trotz der bisherigen Erfolge bei der Energieeinsparung aufgrund der Größe des Bestandes notwendig ist, künftig noch mehr dafür zu tun; denn im Gebäudebestand – das wissen auch Ihre Mitglieder, die im Umweltausschuss aktiv sind – müssen Klimaschutzziele eingehalten werden. Deshalb finde ich es gut, dass künftig Wohnungsneubauten bei SAGA GWG generell im Passivhausstandard geplant werden sollen.

(*Jan Quast SPD*: Das ist schon Gesetz oder was?)

Damit übertrifft SAGA GWG den ohnehin anspruchsvollen, für die Förderung in Hamburg verbindlichen Standard KfW-Effizienzhaus 55 mit Wärmerückgewinnung. Darüber freue ich mich, das halte ich für wichtig, es ist auch für die Green Capital Hamburg eine wichtige und richtige Konsequenz.

Fest steht auch, dass sich SAGA GWG seit vielen Jahren weit über Klimaschutzthemen hinaus in vielfältiger Weise in den Wohnquartieren engagiert und damit ein unverzichtbarer Partner für die Quartiersentwicklung ist. Daran können Sie sehen, dass wir nicht nur die Wohnungspolitik ernst nehmen, sondern auch die Politik, die wir mit dem öffentlichen Wohnungsunternehmen insgesamt machen.

Ich freue mich, dass wir in der Bürgerschaft so häufig und intensiv über die Wohnungspolitik diskutieren, und sehe auch den weiteren Diskussionen des Wohnungsbauentwicklungsplans hoffnungsvoll entgegen. Trotz der unterschiedlichen Lösungsvorschläge freue ich mich auch über die durchaus vorhandene relativ hohe Gemeinsamkeit in der Problemanalyse und bedanke mich für die einstimmige Beschlussfassung im Stadtentwicklungsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Quast.

(*Michael Neumann SPD*: Endlich mal Sachverstand!)

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind froh, dass wir die SAGA in Hamburg haben – das ist ein tolles Unternehmen – und wir sind vor allem froh, dass die CDU uns dieses Unternehmen bisher erhalten hat, was nicht immer selbstverständlich war. Sie waren ja nicht immer auf der Seite derjenigen, die die SAGA als städtisches Unternehmen erhalten wollten, meine Damen und Herren.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Das stimmt ja nicht! – Beifall bei der SPD)

Glaubt man der Berichterstattung im Zusammenhang mit der versuchten Rettung der HSH Nord-

(Jan Quast)

bank, so gab es durchaus auch beim schwarz-grünen Senat die Diskussion, die SAGA als Pfand einzubringen, um die HSH Nordbank zu retten. Ich bin nur dankbar, dass dieser Weg nicht weiter verfolgt worden ist, obwohl das Risiko bestand.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wersich, Sie haben deutlich gemacht, dass Sie die Themen SAGA und Wohnungsbaupolitik in Hamburg nicht zusammenbringen können. Das ist bedauerlich, auch für meine Kollegen im Stadtentwicklungsausschuss. Ärgerlich ist aber, dass auch die Senatorin es nicht geschafft hat, das Thema SAGA und die Chance der SAGA für die Wohnungsbaupolitik in Hamburg zu erkennen und deutlich zu machen, welchen Beitrag die SAGA tatsächlich zur Lösung unserer größten Probleme, nämlich beim Wohnungsneubau, leisten könnte. Anstatt auf unsere Äußerungen einzugehen, sehen Sie offenbar die SAGA immer noch als Dukatensel, der in den vergangenen und kommenden Jahren insgesamt über 600 Millionen Euro an die Stadt abliefern muss. Das ist falsch, diese Mittel müssten für die Wohnungen, für die Mieter und für den Wohnungsneubau eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE – Michael Neumann SPD*: Sehr richtig!)

Anstatt die Wohnungsbaupolitik und die SAGA zusammen voranzubringen, in die Schlagzeilen zu bringen, erleben wir die SAGA zurzeit leider mehr in den Negativschlagzeilen wie zum Beispiel: SAGA GWG will Mieten drastisch erhöhen, oder: SAGA kündigt neue Mieterhöhungen an oder: Scharfe Kritik von den Mietervereinen. Solche Überschriften konnten wir in den letzten Monaten vermehrt in den Zeitungen lesen. Das war früher anders, um es auf den Punkt zu bringen. Auch früher hat die SAGA modernisiert, aber früher ist wesentlich sensibler mit den Interessen der Mieter umgegangen worden. Es gab keine Mieterhöhungen von 40 bis 60 Prozent, wie wir sie heute zum Teil in Barmbek erleben, und es gab keine Verdrängung, es kam nicht vor, dass Mieter in dieser Zeit gekündigt haben. Ein Drittel der Mieter in Barmbek haben ihre Wohnungen gekündigt, weil sie die Mieten künftig nicht mehr bezahlen können. Das ist keine soziale Wohnungsbaupolitik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn ich an die Debatten der vergangenen Jahre denke, die ich gemeinsam mit meinen Kollegen von der GAL gegen das Unverständnis der CDU für soziale Wohnungsbaupolitik geführt habe, habe ich wenig Verständnis dafür, dass unter Ihrer Leitung in der BSU immer noch so etwas passiert, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden mit Ihnen seit einem Jahr darüber, dass SAGA GWG einen Beitrag leisten soll, um den Wohnungsbau in Hamburg voranzubringen. Immer noch vertrösten Sie uns darauf, dass Gespräche geführt werden. Mein Kollege, Herr Grote, hat deutlich gemacht, dass Sie die Eigentümer im Aufsichtsrat der GWG und der SAGA vertreten. Und Sie kommen nicht dazu, andere Ergebnisse vorzulegen, als dass die SAGA dieses Jahr wahrscheinlich 49 Wohnungen bauen will – das hat sie auf der Pressekonferenz verkündet –, bis 2016 sollen es vielleicht 640 Wohnungen sein. Diese Zahlen sind im Verhältnis zu dem, was die SAGA an Wohnungsbestand und wahrscheinlich Jahr für Jahr auch an Abgängen hat, geradezu skandalös. Das ist viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich möchte nur daran erinnern, dass es ganz schnell ging, als der Senat die SAGA gezwungen hat, für 113 Millionen Euro Erbbaurechte abzukauften und für 500 Millionen Euro im nächsten Schritt die GWG zu erwerben, obwohl es schon einen Gleichordnungskonzern gab. Da hat der Senat ruckzuck Tatsachen geschaffen als Eigentümer gegenüber dem Vorstand der SAGA GWG und dafür gesorgt, dass die Stadt 600 Millionen Euro in wenigen Jahren aus den Unternehmen ziehen kann, die jetzt für den Wohnungsneubau fehlen. Aber wenn der Senat über Neubau redet, über einen Kurswechsel in der bisherigen Politik, dann braucht er eineinhalb Jahre und ist trotzdem nicht weiter als vor einem Jahr.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wir verlangen von Ihnen, dass Sie das machen, wozu Unternehmen wie SAGA und GWG da sind. Nämlich die Politik zu unterstützen und in den Wohnungsbau zu investieren, wenn andere Unternehmen dies nicht tun. Wir haben keine Zeit, noch lange darüber zu reden, Frau Senatorin, übernehmen Sie endlich das Heft des Handelns und tun Sie etwas.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich hatte ich die Hoffnung, dass nach den guten Wortbeiträgen des Kollegen Wersich, des Kollegen Becker und auch der Senatorin dieser Wortbeitrag nicht mehr notwendig sein müsste, aber ich habe leider festgestellt, dass sowohl der Kollege Quast als auch der Kollege Grote nichts verstanden haben und tatsächlich mit Gerüchten und Täuschungen arbeiten, die mittlerweile keiner mehr glaubt, auch

(Klaus-Peter Hesse)

dann nicht, wenn sie sie deutlich und öfter wiederholen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich selbst habe von 1987 bis 1990 bei der SAGA eine Ausbildung zum Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft gemacht und habe dieses Unternehmen weiß Gott seitdem sehr intensiv in seiner Entwicklung verfolgt. Diese Träumereien, mit denen Sie in der Vergangenheit schwelgen und behaupten, früher, zur sozialdemokratischen Zeit, sei alles besser gewesen, haben nichts, wirklich gar nichts damit zu tun, wie die Realität heute aussieht und wie sich dieses Unternehmen heute darstellt. Ich sage ganz deutlich, dass diese Koalition stolz ist auf dieses Unternehmen.

(Dirk Kienschurf SPD: Ach!)

Dieses Unternehmen ist ein Service-Unternehmen geworden, ist ein mieterfreundliches Unternehmen geworden, es ist hervorragend aufgestellt in dieser Stadt und das ist am wenigsten Ihr Verdienst.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die Senatorin hat die zentrale Rolle dieses großen Wohnungsunternehmens dargestellt, sie hat auch deutlich gemacht, dass wir Verantwortung für 130 000 Wohnungen in unserer Stadt haben und dieser Verantwortung sind wir uns durchaus bewusst. Ich finde es wirklich sehr schade, lieber Kollege Quast, aber auch lieber Kollege Grote, dass Sie es immer noch nicht peinlich genug finden, sich hier weiterhin hinzustellen und zu behaupten, die CDU hätte vor, SAGA oder GWG zu verkaufen

(Dirk Kienschurf SPD: Das wollten Sie doch die ganze Zeit, Herr Hesse!)

oder wir hätten uns nicht getraut. Das war damals schon eine Lüge, die Sie in den Wahlkämpfen verbreitet haben, und Sie tun es immer noch.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Mit dieser Politik wurden zu Wahlkämpfen früherer Zeit ganze Mieterschichten verunsichert. Sie haben Flugblätter verteilt, Sie haben – das weiß ich noch aus eigener Erfahrung –, kurz bevor es zu Wahlterminen kam, keine Mieterhöhungen durchgeführt, weil Sie die Mieterinnen und Mieter dieses Wohnungsunternehmens immer als politischen Spielball angesehen haben, aber nie als das, was sie waren, nämlich ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Stadt, und nicht als das, was notwendig wäre, nämlich als unsere soziale Aufgabe, uns auch um diese Schichten zu kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Als wir 2001 in die Verantwortung gekommen sind, hat die CDU ganz bewusst gesagt, dass sie den Verkauf von SAGA und GWG auf keinen Fall wolle, dass sie sich der sozialen Verantwortung bewusst sei, die sie für die Menschen dieser Stadt hat, und wir haben

(Jan Quast SPD: Das hat nicht mal die GAL geglaubt!)

– dazu stehe ich auch – einzelne Wohnungsbestände von SAGA und GWG in Abstimmung mit den Mietern an die Mieter verkauft, das wurde also sozialverträglich gemacht.

(Jan Quast SPD: Das stimmt doch auch nur halb!)

Unterhalten Sie sich doch einmal mit den vielen Mieterinnen und Mietern, die zur Stabilität in den Quartieren beigetragen haben, indem sie zu fairen Konditionen Eigentümer werden konnten. Diese Menschen sind uns dankbar und Sie stellen sich hier hin und behaupten, das sei der falsche Weg. Das ist für mich vollkommen unverständlich.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Sie stellen sich hier hin und sagen, SAGA GWG müsste viel mehr bauen ... Der Kollege Becker hat es ganz deutlich gesagt: Auch wir wünschen uns das und die Senatorin hat es bestätigt, dass mehr Bautätigkeit von SAGA und GWG kommen würde. Das wird es auch, aber Sie verschweigen hier in beiden Wortbeiträgen, dass die meisten Wohnungen von SAGA und GWG in den letzten Jahren modernisiert und saniert wurden und mittlerweile einen hervorragenden Standard haben. Auch das sind Bautätigkeiten und da können Sie nicht einfach so tun, als ob da nichts gewesen wäre oder nichts geschehen würde.

(Dirk Kienschurf SPD: Neubau!)

Das war der Schwerpunkt der letzten Jahrzehnte der Politik und das war auch richtig, denn das, was Sie gemacht haben, war, die Wohnungen von SAGA und GWG zu vernachlässigen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Jetzt zum Thema Auslaufen der Sozialbindung. Natürlich laufen Sozialbindungen aus, es kommt auch nicht von ungefähr, dass irgendwann einmal Sozialbindungen von SAGA GWG auslaufen werden. Der Kollege Becker hat vollkommen richtig gesagt, dass wir uns ansehen müssen, in welchen Quartieren wir soziale Stabilisierungen vornehmen können, die über Bindungsaustausch, über Ankauf von Belegungsrechten realisiert werden können. Ich denke, dass dies eine Maßnahme zusätzlich zum Wohnungsbauentwicklungsplan ist, den wir im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert haben, um für alle Bevölkerungsschichten genügend und

(Klaus-Peter Hesse)

auch günstigen Wohnraum in unserer Stadt zu erhalten. Der Senat ist auf dem richtigen Weg und ich glaube, alles andere wäre falsch.

Wie ich bereits mehrfach kritisiert habe, sollten Sie endlich Ihre Strategie aufgeben, immer nur alles schlechtzureden. Weder in dem Wortbeitrag von Herrn Quast noch in dem von Herrn Grote ist auch nur ein einziger Punkt genannt worden, was Sie anders machen würden. Sie wiederholen lediglich ständig, dass SAGA und GWG bauen sollen. Das ist Ihre einzige Antwort auf die komplexen Fragen, die wir in den Quartieren haben. Sie stellen Schriftliche Kleine Anfragen, versuchen, Mieter zu verunsichern, das ist Ihre Politik, die nicht mehr zeitgemäß ist. Stellen Sie sich doch Ihrer Verantwortung als Opposition.

(Thomas Völsch SPD: Wir lassen Sie im Regen stehen!)

Machen Sie sinnvolle Vorschläge und maulen Sie nicht nur immer herum.

(Beifall bei der CDU und bei Andreas Walldowsky GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Bevor ich dem Abgeordneten Becker das Wort erteile, möchte ich Sie bitten, Herr Hesse, sich an den parlamentarischen Sprachgebrauch zu halten.

Sie haben das Wort, Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was der Kollege Quast gesagt hat, war im Grunde nichts anderes als das, was auch Herr Grote schon sagte, nur eben die polemische Variante. Ich möchte noch einmal auf einige Aspekte eingehen, zuerst einmal auf diese Legendenbildung, von wegen früher wäre alles besser gewesen. Es stimmt einfach nicht, dass die SAGA früher nie die Mieten erhöht hat und alle glücklich waren. Die SAGA hat ihre Bestände verkommen lassen, was aktuell zu einem gesteigerten Sanierungsbedarf geführt hat, und das kostet nun einmal Geld.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zweitens, apropos die Mieten wären nicht mehr erschwinglich. Die Mieten der SAGA GWG betragen 4 Euro, 5 Euro, manchmal auch 6 Euro pro Quadratmeter. Die Leute, die die über eine halbe Million Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt mieten müssen, träumen von solchen Mieten und auch unter ihnen befinden sich welche, die wenig Geld haben; von denen redet hier keiner. Sie reden über Leute, die immer noch in einer vergleichsweise günstigen Situation sind, und über die anderen wird hier überhaupt nicht geredet.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist eine verzerrte Logik, das geht wirklich an der Realität der breiten Masse völlig vorbei. Natürlich ist es so, dass Leute wenig Geld haben, aber es ist nicht in Ordnung, dem schwarz-grünen Senat anzukreiden, wenn Leute zu wenig Geld haben, um sich eine günstige Miete zu leisten. Das ist eine Legende, die Sie hier aufbauen, und das geht an den Tatsachen absolut vorbei.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Grote.

(Zwischenruf: Oh, nicht schon wieder!)

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, lieber Herr Kollege Hesse! Sie haben ein bisschen ideologisch Dampf abgelassen, aber mit den Realitäten in der Hamburger Wohnungspolitik und auf dem Hamburger Wohnungsmarkt hatte das, was Sie beigetragen haben, nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Es mag ja sein, dass Sie SAGA GWG nicht verkauft haben, weil Sie andere, noch lukrativere Wege gefunden haben, um Geld aus dem Unternehmen zu ziehen. Wenn das alles so fernliegend war, dann können Sie ja einmal Ihren Koalitionspartner fragen, warum der so viel Wert darauf gelegt hat, das jetzt noch in den Koalitionsvertrag hineinzuschreiben und warum es noch einmal ausdrücklich im Wohnungsbauentwicklungsplan steht, wenn das eine solche Selbstverständlichkeit wäre,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Weil Sie immer das Gegenteil behaupten, Herr Grote, nur deshalb!)

dass die SAGA nicht verkauft wird. – Ach!

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nich ach! Is so!)

– Sie sagen, uns würde nichts anderes einfallen, als dass SAGA GWG neu bauen solle, aber wie wollen Sie denn überhaupt eine glaubwürdige Wohnungsbaupolitik machen, wenn das städtische Wohnungsunternehmen SAGA nicht neu baut? Das größte Wohnungsunternehmen dieser Stadt ist leistungsfähig und in vielen Bereichen gut aufgestellt, wie Sie zu Recht sagen. Natürlich könnte dieses Unternehmen neu bauen, wenn man ihm nicht die Finanzkraft entziehen würde, um damit andere Dinge zu finanzieren, und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist es natürlich nicht so, dass das das Einzige ist, was einem zur Wohnungsbaupolitik einfallen könnte. Es gibt viele andere Punkte, die benannt sind und die auch im Argen liegen. Wir können bei der Flächenpolitik anfangen. Das, was die Stadt momentan in puncto Veräußerung von öffentlichen Flächen macht, führt dazu, dass auf

(Andy Grote)

diesen Flächen eben gerade kein halbwegs bezahlbarer Wohnungs- bzw. Geschosswohnungsbau stattfindet. Die Veräußerung passiert zu großen Teilen im Höchstgebotsverfahren und wir können dann dort vielleicht gerade noch ein paar Eigentumswohnungen oder extrem teure Mietwohnungen bauen. Das wissen Sie ganz genau, insofern tun Sie nicht so, als ob in diesem Bereich von Ihrer Seite aus alles in Ordnung wäre.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Das haben wir auch nicht gesagt, dass alles in Ordnung wäre!)

Man kann jedes einzelne Segment Ihrer so genannten Wohnungsbaupolitik anschauen, sie ist ein einziger Fehlschlag und dieser dokumentiert sich in den Zahlen, in den Neubauzahlen, in den Fertigstellungszahlen, die ich eben genannt habe und die, seitdem die CDU regiert, auf niedrigem Niveau verharren. Das ist ein Armutszeugnis. Seit 2002 sind die Zahlen schlagartig heruntergegangen und sind durchgängig durch die ganzen Jahre gerade noch oberhalb von 3000 Wohneinheiten.

Das ist konsequent unterhalb des Bedarfs, Sie wissen das genau und unternehmen nichts Wirksames dagegen. Schauen Sie sich Ihre sogenannten Zielvereinbarungen mit den Bezirken an. Es wird gerade einmal die Hälfte dessen, was dort vereinbart wird, umgesetzt. Sie haben in diesem Jahr noch nicht die Vereinbarung für das nächste Jahr geschlossen und Sie wissen, dass wenn Sie jetzt die Vereinbarung, eines Ihrer wichtigsten Instrumente, abschließen, dass darin nur Sachen stehen, die keine Ziele mehr sind, sondern die in diesem Jahr schon angefangen und klar absehbar sind. Dieses Instrument ist vollständig wirkungslos.

Genauso ist es mit Ihrer Wohnungsbauoffensive. Das, was dort an Flächen auf den Markt gegeben wurde, stammt aus der ersten Wohnungsoffensive 2006, die kurzfristig zu einer Belebung führen sollte. Die Flächen sind heute noch nicht einmal verkauft. Auf das Jahr gesehen, sind das 250, 300 Wohneinheiten, die vielleicht generiert werden. Das ist überhaupt nicht spürbar. Es hat in den letzten Jahren keine aktive, wahrnehmbare Wohnungsförderungspolitik gegeben. Insofern tun Sie nicht so, als ob Sie in dem Bereich irgendetwas bewegt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage der Fraktion der SPD aus der Drucksache 19/2915 Wohnungsbestand von SA-GA GWG in Hamburg, Wegfall der Sozialbindung, Modernisierungen und Mieterhöhungen Kenntnis genommen hat.

Ich rufe dann auf den Punkt 62 der Tagesordnung, Drucksache 19/3255 Interfraktioneller Antrag, Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Interfraktioneller Antrag:
Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 19/3255 –]**

Wer wünscht das Wort? Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Durchbruch ist gelungen. Hamburg erhält das modernste und bürgerfreundlichste Wahlrecht aller Bundesländer. Wir entscheiden heute in erster Lesung über die dazu erforderliche, umfangreiche und gewichtige Verfassungsänderung. Künftig wird das Wahlrecht nur noch mit Zweidrittelmehrheit zu ändern sein, einerseits hier in der Bürgerschaft und andererseits vom Volk draußen.

Damit beenden wir den jahrelangen Streit um die Frage, wer letzten Endes über die personelle Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft und der sieben Bezirksversammlungen in dieser Stadt entscheidet; das Volk oder die Parteien. Die Parteien geben heute den Wählerinnen und Wählern ein Stück ihrer Macht ab. Der angekündigte Wahlrechtsvolksentscheid wird somit überflüssig. Ich möchte mich daher für die konstruktiven Verhandlungen zwischen Volksinitiative, CDU und SPD und uns und den LINKEN sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Beide Seiten kamen aus sehr unterschiedlichen Richtungen. Sowohl CDU und SPD als auch die Volksinitiative standen sich anfangs eher skeptisch gegenüber. Wir Grüne haben in den letzten Jahren immer für mehr Wählereinfluss in Hamburg gestritten. Mit der jetzt vorliegenden Einigung geben die Parteien unmittelbar Macht ab. Bislang entscheiden die Wählerinnen und Wähler nur darüber, wie viele Abgeordnete pro Partei in die Bürgerschaft oder in die sieben Bezirksversammlungen einziehen. Zukünftig entscheiden sie auch ohne Wenn und Aber darüber, wer einzieht.

Ich bin daher tatsächlich sehr glücklich, dass wir diesen Weg so gegangen sind und dass es rechtzeitig und noch vor der Sommerpause zu einer Wahlrechtseinigung gekommen ist. Wir Grüne sind der festen Überzeugung, dass diese Einigung die richtige Antwort auf Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung ist. Ich erinnere an die Debatte, die wir vorhin geführt haben. Zukünftig kann in Hamburg niemand mehr behaupten, zu wenig zu sagen zu haben. Liebe Hamburgerinnen und Hamburger! Ab sofort ist es an Ihnen, zu entscheiden,

(Farid Müller)

wer hier sitzt. Sie sind das Volk, machen Sie etwas daraus.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Die Einigung ist nicht nur ein sehr gutes Paket für die Wählerinnen und Wähler in dieser Stadt, sie sichert, und das ist auch ein wichtiger Aspekt gewesen, der zu dieser Einigung geführt hat, auch den Frieden in dieser Frage. Mit der Absicherung, die wir heute in der Hamburger Verfassung für das Wahlrecht in Zukunft machen, wird ein jahrelanger Streit beigelegt, der noch jahrelang in den Medien und vor dem Hamburger Verfassungsgericht hätte weitergehen können. Dass wir diesen Streit heute beenden, bedeutet aber auch, dass wir alle in dieser Stadt wieder mehr Zeit für andere wichtige Fragen haben. Es sind nicht wenige, zum Beispiel die Wirtschafts- und die Klimakrise oder die Bildungsherausforderungen dieser Stadt. Dafür wird wieder mehr Zeit sein und die Bürgerinnen und Bürger können daran mitwirken. Das ist das Signal, was aus diesem Haus heute in die Stadt geht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wir alle wissen, dass wir in sehr kurzer Zeit diese Verfassung an ganz entscheidenden Punkten ändern. Wir haben erst vor knapp einem halben Jahr die Verfassung in puncto Volksentscheid und Verbindlichkeit geändert. Auch das war ein großer Schritt. Volksentscheide sind nun verbindlich in dieser Stadt und jetzt das Wahlrecht. Beide Verfassungsänderungen zusammen sind von historischer Tragweite und werden das Machtgefüge in dieser Stadt nachhaltig verändern. Mit beiden Verfassungsänderungen erhalten die Menschen mehr politische Mitbestimmung, so viel wie nirgendwo in diesem Land. Beide Verfassungsänderungen appellieren auch an die Selbstverantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger und damit bekommt Hamburg eine Demokratieplattform, die es so bisher in Deutschland nicht gibt.

Wir alle wissen, dass ein Gemeinwesen, weil es vom Mitmachen lebt, umso attraktiver wird, je mehr Menschen etwas zu sagen haben. Hamburg legt also heute, wir Abgeordneten legen heute alle den Grundstein dafür, dass die Anziehungskraft durch ein vitales Gemeinwesen, das wir in Hamburg haben wollen, insgesamt steigt. Das ist ein Punkt, den Menschen, wenn sie die Auswahl haben, wo sie hinziehen, wo sie ihre Familie gründen oder einen Job haben wollen, durchaus miteinbeziehen in ihre Entscheidung.

Diese Verfassungsänderungen belegen aber auch, dass das parlamentarische System lernfähig ist. Lernfähig aus einem jahrelangen Streit zwischen der Bürgerschaft, dem Volk draußen und dem Verfassungsgericht. Dieses Signal wäre nicht möglich gewesen, wenn wir weiter an einer lagerübergreifenden Koalition gehangen hätten.

(Glocke.)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihung, Herr Müller. Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. Sie können Ihre Gespräche gerne draußen fortsetzen, aber hier möchte ich ein bisschen mehr Ruhe. Fahren Sie bitte fort.

Farid Müller (fortfahrend): Ich werde etwas lauter reden, vielleicht kommt es ja nicht so an.

(Glocke.)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn Sie leiser sind, braucht der Redner auch nicht lauter reden. Fahren Sie fort, Herr Müller.

Farid Müller (fortfahrend): Machen wir uns nichts vor. Dass wir mit großen Mehrheiten zu diesen Verfassungsänderungen kommen, haben wir auch der lagerübergreifenden Konstellation Schwarz und Grün zu verdanken. Hätte Rot-Grün die Mehrheit gehabt, hätte die CDU nicht mitgemacht. Hätte die CDU die Mehrheit gehabt und Rot-Grün wäre in der Opposition gewesen, wäre ein lagerübergreifender Konsens wesentlich schwerer gewesen. Vor diesem Hintergrund wurde hier etwas ermöglicht, um das es jahrelang Streit gab. Auch das ist ein Teil dieser Wahrheit.

In dieser Verfassungsänderung heute ändern wir nicht die Einzelheiten des Wahlrechts. Dieses Gesetz wird heute von allen Fraktionen eingebracht und steht am 24. Juni zur Abstimmung. Dass wir diesen Wahlrechtsfrieden haben, ist eine Sternstunde der Bürgerschaft und ein Zugewinn für diese Stadt. Wir können uns alle freuen, auch wenn wir, und ich weiß den Weg der Kolleginnen und Kollegen aus den größeren Fraktionen zu schätzen, alle dafür einen weiten Weg gehen mussten und sicherlich nicht immer mit allem einverstanden sind, was im Einzelnen auf uns zukommt. Ich danke trotzdem und hoffe auf Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und teilweise bei der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Heinemann. Ach so. Sie haben getauscht. Gut, Frau Ernst hat das Wort.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Kollege Müller! Für meine Fraktion war das ein bisschen zu viel Pathos, deshalb auch die Unruhe.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

(Britta Ernst)

Es gehört aber zum Thema, dass wir uns einander von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten angenähert haben und das soll die Debatte dann auch zeigen. Der heutige Beschluss der Bürgerschaft zur Verfassungsänderung und derjenige in zwei Wochen zu den Wahlgesetzen könnte der Schlusspunkt zu einer sehr langen Geschichte über die Einführung eines neuen Wahlrechtes in Hamburg sein. Zu dieser Geschichte gehören schon die Debatten in den 90er-Jahren, als man über die Einführung von Wahlkreisen diskutiert hat, die aber nicht zu entsprechenden Beschlüssen in der Bürgerschaft geführt haben. Den Hamburger Parteien war dies damals nicht gelungen. Sogar als es im Prinzip schon Mehrheiten für die Einführung von Wahlkreisen gab, wurden sie nicht eingeführt. Sie scheiterten nicht am Ob, sondern mehr am Wie, an der Frage, wie viele Wahlkreise sollen es denn sein, wie viele Stimmen soll es geben und wo könnten die Wahlkreisgrenzen liegen. All das waren zentrale Fragen, die zu einer Blockade geführt haben. Zu dieser Geschichte gehört aber auch ein Volksentscheid im Jahr 2004, bei dem der Vorschlag der Initiative Mehr Demokratie eine Mehrheit fand, während der von SPD und CDU unterstützte Vorschlag diese Mehrheit verfehlte.

Zu dieser Geschichte gehört auch der Missbrauch politischer Macht durch die CDU in der letzten Legislaturperiode. Nach dem Erfolg des Volksentscheids über das Wahlrecht hat die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft dieses Wahlrecht verändert. Die Möglichkeit, auch bei den Landes- bzw. Bezirkslisten zu kumulieren und zu panaschieren, wurde abgeschafft. Statt zweimal fünf Stimmen wie es der Volksentscheid vorsah, gab es nur noch einmal fünf Stimmen und einmal eine Stimme für die Listen. Die CDU hat den Einfluss der Wählerinnen und Wähler weit zurückgeschraubt und sogar vor dem Verfassungsgericht dafür eine Niederlage erlitten – auch das gehört dazu.

Nach der Missachtung des Volksentscheids gegen den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser war dies der zweite Fall schwerster Ignoranz gegenüber dem Willen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich sogar in einer Abstimmung in Hamburg durchgesetzt hatten.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Verhalten ist zu Recht als Wahlrechtsraub beschrieben worden. Sie haben damit Politikverdrossenheit geschürt, obwohl doch Volksentscheide gerade zum Gegenteil beitragen sollen, und Sie haben der Demokratie in Hamburg insgesamt schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei der SPD)

Bei den letzten Wahlen zu Bürgerschaft und Bezirksversammlung haben wir immerhin erstmalig auch in Wahlkreisen gewählt.

Die Initiative Mehr Demokratie hat nun in dieser Legislaturperiode einen neuen Anlauf genommen. Sie hat ihre Ursprungsforderung nach der Entkopplung der Wahlen zu den Bezirksversammlungen mit der der Bürgerschaft und den Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel bei den bezirklichen Wahlen erneut zur Abstimmung gestellt. Auch die Forderung, dass Bürgerinnen und Bürger auf den Listen der Parteien Personen wählen können, wurde wieder erhoben, allerdings mit einer ganz wesentlichen Änderung gegenüber dem Volksentscheid 2004. Nach dem Volksbegehren sollte die Möglichkeit, eine Partei zu wählen, künftig vollständig entfallen. Diese Forderungen waren Anfang des Jahres in einem Volksbegehren erfolgreich.

Die Hamburger SPD hält diese zentralen Forderungen aus dem Volksbegehren für falsch. Eine Entkopplung der Wahlen zur Bürgerschaft und zur Bezirksversammlung führt zu einer ganz deutlichen Absenkung der Wahlbeteiligung bei der Wahl der Bezirksversammlung. Für uns ist es nicht mehr, sondern weniger Demokratie, wenn die Geschicke der Bezirke künftig von weniger Bürgerinnen und Bürgern mitentschieden werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Gleichermaßen sind wir gegen die Abschaffung einer Fünf-Prozent-Sperrklausel für die Bezirke. Jeder weiß, dass dadurch rechtsextremistische oder rechtsradikale Personen in die Bezirksversammlungen gewählt werden. Auch das ist kein Zugewinn an Demokratie, sondern begünstigt diejenigen, die unsere demokratische Verfassung ablehnen und bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Wegfall der Möglichkeit, bei den Listen auch eine Partei zu wählen, ist für uns überhaupt nicht zu akzeptieren. Wir wissen um die Bedeutung von überzeugenden Politikerinnen und Politikern für eine wache und lebendige Demokratie. Wir wissen aber genauso gut, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihre Wahlentscheidung anhand von Grundwerten oder Sachentscheidungen treffen und dies tun, indem sie eine bestimmte Partei wählen. Die letzte Bürgerschaft hat das auch noch einmal gezeigt. In den Wahlkreisen konnten Bürgerinnen und Bürger ihre Stimmen sowohl Parteien als auch Personen geben und die Mehrheit der Stimmen sind nach wie vor für Parteien und nicht für Personen gegeben worden. Deshalb muss diese Wahlmöglichkeit auch in Zukunft erhalten werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre Wahlkreisabgeordneten, auch ihre Kandidatinnen und Kandidaten, am besten persönlich kennen. Das ist aber in der Realität nicht der Fall. Wir se-

(Britta Ernst)

hen, dass ein personalisiertes Wahlrecht an Grenzen stößt, wenn diese Schranke entfallen würde, vielleicht nicht so sehr in Wahlkreisen, aber vor allen Dingen bei den Landes- und Bezirkslisten. Eine Abschaffung der Parteistimme an dieser Stelle würde niemandem gerecht, weder den Kandidaten, die sich bekannt machen noch den Wählerinnen und Wählern, die sich ein Bild von der Gesamtzahl der Kandidatinnen und Kandidaten machen wollen. Wir haben auch verfassungsrechtliche Bedenken, ob bei einer Landtagswahl so verfahren werden kann, und wir sehen, dass diese nicht ignoriert werden dürfen.

Nun gibt es aber eine Verständigung, die zum Teil heute zur Abstimmung steht, zum Teil in zwei Wochen. Bei dieser Verständigung ist die Möglichkeit erhalten worden, bei den Listen zur Bürgerschaft, zur Bezirksversammlung, eine Partei zu wählen. Ich will deutlich sagen, ohne diese Möglichkeit hätte es mit der SPD diese Verständigung nicht gegeben und daher finden wir gut, dass die Initiative sich an diesem Punkt bewegt hat.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Dora Heyenn* **DIE LINKE**)

Bei der Frage, in welchem Verfahren die Kandidatinnen und Kandidaten aufgrund der Partei- oder Personenstimme gewählt werden, haben wir uns an dem Bremischen Verfahren orientiert. Wir sind außerdem froh, dass es bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen weiterhin eine Sperrklausel, immerhin von drei Prozent, geben soll. Im Wahlkreis wird künftig auf die Parteistimme verzichtet, die Zahl der abgegebenen Stimmen auf die Person ist unmittelbar ausschlaggebend.

Heute steht auf der Tagesordnung der Teil der Verfassungsänderung. Wir werden heute beschließen, dass künftige Wahlrechtsänderungen an sehr, sehr hohe Hürden gebunden sein werden. Die Bürgerschaft wird sich so weit binden, dass künftige Wahlrechtsänderungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit hier im Haus verändert werden können. Gleichzeitig werden wir durch einen sogenannten fakultativen Volksentscheid Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, durch ein vereinfachtes Verfahren zu erzwingen, dass Entscheidungen, die wir hier getroffen haben, auch den Wählern vorgelegt werden.

Ein weiterer Teil dieses Kompromisses ist es aber auch, dass künftige Volksentscheide zum Wahlrecht quasi in Verfassungsrang gehoben werden und auch nur durch eine Zweidrittelmehrheit verändert werden können. Es sind hohe Hürden und es war nicht der prioritäre Wunsch der SPD, diese Hürden so hoch anzusetzen. Wir hätten uns sehr gut vorstellen können, Wahlrechtsfragen auch künftig mit einfacher Mehrheit auf allen diesen beschriebenen Ebenen zu verändern. In den Gesprächen war aber deutlich, dass dann ein Kompromiss nicht zustande gekommen wäre. Wir hatten den

Eindruck, dass die Initiative die Hürden wollte, weil sie sich vor den Parteien fürchtete und vielleicht aus den Erfahrungen der letzten Legislaturperiode mit der CDU auch Recht hatte, hier misstrauisch zu sein.

Auf der anderen Seite war es klar der Wunsch der CDU, den gefundenen Kompromiss nicht durch erneute Volksentscheide schnell wieder hinfällig werden zu lassen. Wir hatten aber auch den Eindruck, dass Sie sich vielleicht vor Ihren eigenen Untaten der Vergangenheit schützen wollten, indem die Hürden so hoch sind, dass bei Ihnen klar ist, dass dieser Kompromiss so getragen werden muss.

(Beifall bei *Dr. Andreas Dressel* **SPD**)

Dennoch tragen wir diese hohen Hürden mit. Wir wollen uns aktiv an dem Kompromiss beteiligen und wir haben auch entscheidend dazu beigetragen, dass er überhaupt zustande gekommen ist.

Zweidrittelmehrheiten haben auch positive Seiten. Wir werden sicherstellen, dass Wahlrechtsveränderungen, die wir in den nächsten Jahren sicherlich hier und da machen werden, auf jeden Fall nur stattfinden, wenn es breite Mehrheiten dafür gibt. Es ist im Kern auch nicht verkehrt, wenn Veränderungen am Wahlrecht nicht mit knappen Mehrheiten durchgestellt werden. Außerdem drücken diese Zweidrittelmehrheiten auch aus, dass das Wahlrecht, auf das wir uns jetzt verständigt haben, möglichst lange Bestand haben wird, sodass die Bürgerinnen und Bürger sich in einem längeren Zeitraum darauf einstellen können.

Die Verhandlungen der letzten Wochen waren nicht ganz einfach, das wurde schon gesagt, jede Seite hat viele Kröten schlucken müssen. Wir hoffen nun, dass dieses Wahlrecht von den Hamburgerinnen und Hamburgern verstanden, akzeptiert und klug angewandt wird. Dann könnte das das Ende einer langen Geschichte sein.— Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Ernst, dass sich die SPD vor allen Dingen immer gerne mit Vergangenheitsbewältigung beschäftigt, wissen wir.

(*Michael Neumann* **SPD**: Wir haben eine!)

Sie wissen aber aus den eigenen Erfahrungen in der Partei, dass das nicht immer richtig nach vorne führt, von daher will ich das heute nicht fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich an dieser Stelle erst einmal ganz herzlich beim Landeswahlleiter bedanken, bei Herrn Dr. Schween aus der Senatskanzlei und

(Robert Heinemann)

auch bei unserem Juristen, Dr. Winterhoff, die wir gemeinsam beauftragt und die in den letzten Tagen durchgearbeitet haben, damit wir sowohl das, was uns heute vorliegt, als auch das, was wir heute ins Parlament eingebracht haben, nämlich die Wahlrechtsänderung, hinbekommen. Es war ein Husarenritt in den letzten Tagen, natürlich auch mit unseren Verhandlungen, die immer zu früher Morgenstunde stattgefunden haben.

Ich schließe mich den Vorrednern insoweit an, dass auch ich mich sehr darüber freue, dass uns nach vielen Gesprächen und Verhandlungen nun wirklich gelungen ist, einen Kompromiss zu finden, der von allen Fraktionen und auch von der Volksinitiative getragen wird. Wir haben jetzt die Chance auf einen echten Wahlrechtsfrieden und der hat für mich einen hohen Wert an sich.

Ich muss für meine Fraktion, für die CDU, konstatieren, dass der Preis sehr hoch ist. Die Bauchschmerzen und die Fragezeichen, auch bei mir persönlich, sind entsprechend groß. Dafür nenne ich ein paar Beispiele. Wie schaffen wir es, dass zum Beispiel die Abgeordneten auf den Bezirkslisten sich künftig wirklich bekannt machen können? Wir haben eine andere Situation als in vielen Städten und Kommunen in Deutschland, wo eine Stadt mit 50 000, 70 000 Einwohnern selbstverständlich ein, zwei Tageszeitungen hat. Wir haben in Altona keine Tageszeitung. Harburg ist ein positives Beispiel, da gibt es so etwas, da gibt es täglich eine entsprechende Medienberichterstattung. Es gibt auch andere Bezirke in Hamburg, wo es eine vernünftige Medienlandschaft gibt, aber es gibt auch ganze Stadtteile, Bezirke, wo über die Kommunalpolitik so gut wie nicht berichtet wird. Von daher ergeht auch ein Aufruf an die Verlage, an die Medien - das neue Wahlrecht hat auch eine Herausforderung für Sie. Berichten Sie bitte auch über die Kommunalpolitik, berichten Sie über das, was dort passiert, damit sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild machen können von ihren Abgeordneten und den Kandidaten.

(Beifall bei der CDU und GAL, vereinzelt bei der SPD)

Es ist nicht ganz einfach, von den Bürgern zu erwarten, wenn wir nur mal die fünf größeren Parteien nehmen, sich auf Landesebene ernsthaft 300 Kandidaten anzuschauen und dann daraus die besten auszuwählen. Zumindest mir würde es schwerfallen, sage ich ganz offen. Die Erfahrungen aus Studentenparlamenten zeigen auch, dass solche personalisierten Wahlen nicht unbedingt ankommen. Der Bürger wird es auch nicht schätzen, wenn sich alle von uns landesweit plakativ darstellen würden. Man muss sicherlich gemeinsam mit den Medien darüber nachdenken, wie man an dieser Stelle eine vernünftige Darstellung schafft. Bei den Wahlkreisen hat es letztes Mal sehr gut geklappt, im Hamburger Abendblatt zum Beispiel,

aber auf Landesebene wird das sicher noch einmal ein Thema für sich werden.

Wenn man, wie Mehr Demokratie, glaubt, dass sich der Bürger künftig mehr über die Kandidaten, über die Abgeordneten informieren wird, dann frage ich mich, ob es Sinn macht, drei relativ beliebige Sozialkriterien auf dem Wahlzettel abzu drucken, nämlich das Alter, den Beruf und den Wohnort. Wir hatten darüber diskutiert, das ist alles einer gewissen Interpretation zugänglich. Ich könnte bestimmt fünf, sechs, sieben Berufsbezeichnungen darauf schreiben, die alle juristisch erst einmal korrekt wären. Da kann man sich eben überlegen, ob man Banker oder lieber Schriftsteller darauf schreibt. Es ist durchaus in solchen Fällen die Frage, ob das wirklich zur Klarheit beiträgt.

(Beifall bei der CDU)

Man kann natürlich auch andere Kriterien darauf schreiben.

(*Michael Neumann SPD: Anzahl der Kinder!*)

– Warum nicht die Anzahl der Kinder, finde ich zum Beispiel eine hervorragende Idee, wäre ich immer dafür.

(Beifall bei der CDU)

Familienstand, Ausbildung, Religionszugehörigkeit. Es ist schwierig, dass jetzt plötzlich drei relativ willkürliche Kriterien darüber entscheiden sollen, ob jemand ein guter Abgeordneter ist oder nicht. Da könnte ich mir andere Kriterien vorstellen oder eben auch gar keine.

Wir haben es zumindest hinbekommen, dass wir bei den Listen, also bei Bezirks- und Landesliste, den Stadtteil herausnehmen, weil dort ja in der Tat die Abgeordneten für den gesamten Bezirk oder für das gesamte Land Hamburg zuständig sein sollen.

Wir haben außerdem das Thema der Bezirkswahlen, die künftig an die EU-Wahl gekoppelt sind. Ob das für die Wahlbeteiligung unbedingt eine positive Resonanz haben wird, lassen zumindest die Ergebnisse aus anderen Bundesländern bezweifeln. Wir haben hohe Kosten, über die man auch einmal nachdenken muss, sowohl für die Parteien als auch für die Organisation, und wir haben natürlich vor allen Dingen sicherlich auch Veränderungen in der Zusammensetzung der Bezirksparlamente. Und, Frau Ernst hat es schon gesagt, sie sind weniger demokratisch legitimiert als sie es heute sind, wenn weniger Menschen zur Wahl gehen. Alles dies tut weh.

Noch mehr schmerzt, muss ich aber sagen, dass wir eine durchaus nicht ganz einfache, man kann auch sagen eine komplizierte Lösung gefunden haben. Ich finde dieses Bremische Modell schwer zu erklären. Es sind relativ komplizierte Rechenmodelle.

(Robert Heinemann)

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Ich sage ganz offen, wir hätten es gerne etwas einfacher gehabt. Vielleicht auch, um einmal zu zeigen, dass ein Kompromiss in der Politik nicht immer gleich bedeuten muss, dass es schrecklich kompliziert wird. Wir hatten einen entsprechenden Vorschlag gemacht, auf den sich auch drei Fraktionen, drei Parteien schon geeinigt hatten. Wir müssen aber leider konstatieren, dass wir das nicht geschafft haben. Es ist, wie immer in der Politik, ein Kompromiss geworden, der kompliziert ist.

Dennoch haben wir, und das sollte man auch nicht verschweigen, viel erreicht. Wir haben die Parteienstimme erhalten - und wenn es immer darum geht, was der Wähler eigentlich will: Beim letzten Mal hatte er doch die freie Auswahl, ob er in den Wahlkreisen die Parteienstimme wählt oder ob er auf die Personen geht. 60% der Wähler haben sich entschieden, die Partei anzukreuzen.

Also bei freier Auswahl hat sich der Hamburger Wähler, die Hamburger Wählerin für die Parteienstimme entschieden, hat gesagt, ich vertraue dort den Parteien und möchte die CDU wählen oder die SPD wählen, möchte mich nicht mit den einzelnen Abgeordneten auseinandersetzen. Diese Möglichkeit wird es zumindest auf den Listen künftig weiterhin geben.

Wir haben die 3-Prozent-Hürde vereinbart und damit haben wir auch eine Stabilität in die Bezirksparlamente hineingebracht. Wir haben auch kein Nachrücken aus anderen Wahlkreislisten. Es gab ja den Vorschlag, dass Kandidaten aus anderen Parteien nachrücken sollten, wenn die Wahlkreisliste einer Partei erschöpft ist. Ich glaube, das hätte die Wählerinnen und Wähler doch sehr irritiert, wenn sie CDU gewählt hätten und dann plötzlich die Linkspartei nachgerückt wäre. Von daher ist dies sehr wichtig auch für das demokratische Verständnis,

(Beifall bei der CDU)

dass wir hier kein Nachrücken aus anderen Wahlkreislisten haben.

Wir haben jetzt das besondere Schutzrecht für das Wahlrecht in beide Richtungen, sowohl eine Volksinitiative braucht eine Zweidrittelmehrheit als auch wir hier im Parlament. Das macht zum einen sicherlich das Wahlrecht stabiler. Wir können dem Wähler nicht zumuten, alle vier Jahre nach einer neuen Regelung abzustimmen. Aber ich glaube auch, es ist immer gut, wenn das Wahlrecht auf einer breiten Mehrheit steht. Das macht es der SPD vielleicht auch nicht ganz so einfach, sich wegzuducken und dann hier gegen die eigenen Überzeugungen zu polemisieren, so wie beim letzten Mal. Ich erinnere nur daran, wie heftig hier über die sogenannte Berlusconi-Klausel von Herrn Dr. Dressel gestritten wurde, jetzt hat er sie glücklich akzep-

tiert. Die angeblich so böse Berlusconi-Klausel wurde von allen Fraktionen und der Volksinitiative akzeptiert, das hätte man sich mal vor drei Jahren überlegen sollen.

Über diese Schutzregelung in der Verfassung stimmen wir heute ab. Ich freue mich ganz besonders, dass es bei dieser Verfassungsänderung, anders als bei vielen anderen Verfassungsänderungen auf Bundes- oder auf Landesebene, auch gelungen ist, den neuen Verfassungstext schön kurz zu halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Schneider.

(Jörn Frommann CDU: Frau Schneider ist für eine Einheitsliste.)

Christiane Schneider DIE LINKE: Nein, das bin ich mit Sicherheit nicht. Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Da ich die vierte Rednerin bin, kann ich mich kurz fassen,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

weil die Darstellung des Wahlrechts und der Verfassungsänderung schon von den Vorrednern vorgenommen wurde. Ich werde mich also relativ kurz fassen.

(Zurufe)

Ja, ich werde schon noch etwas sagen.

Den Schlussakt des mehrjährigen Wahlrechtsdramas in mehreren Akten wird es erst in der nächsten Bürgerschaftssitzung geben, wenn wir nämlich mit einem Interfraktionellen Antrag ein neues Wahlrecht verabschieden. Heute sorgen wir einvernehmlich mit einer Verfassungsänderung dafür, dass dieses Wahlrechtsdrama nicht endlos weiter fortgeschrieben wird und dass es überhaupt so etwas wie einen versöhnlichen Schlussakt geben wird.

Die Verfassungsänderung ist Bestandteil eines tragfähigen Kompromisses, den die Initiative "Mehr Demokratie" und die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen gefunden haben. Dem Dank an alle Beteiligten schließen wir uns ausdrücklich an. Den Inhalt der Verfassungsänderung und auch des Wahlrechts muss ich nicht erneut referieren, das haben meine Vorredner/innen gemacht. Da wir den Kompromiss einvernehmlich gefunden haben und die Verfassungsänderung heute einvernehmlich einbringen, will ich mich auch in der Kritik an der Rolle, die die CDU im Wahlrechtsdrama gespielt hat, zurückhalten. Von der Aufhebung des erfolgreichen Volksentscheids von 2004, in dem eine Zweidrittelmehrheit der Wählerinnen und Wähler das Wahlrechtsgesetz der Initiative "Mehr Demokratie" unterstützt hat, durch die CDU-Mehrheit in

(Christiane Schneider)

der Bürgerschaft bis zur Verabschiedung der heutigen Verfassungsänderung, die einen solchen Vorgang unmöglich macht, war es ein weiter Weg.

Die CDU hat in ihrem Verhältnis zu direkter Demokratie und in der Achtung ihrer Ergebnisse, wie ich finde, einen großen und schnellen Lernprozess durchlaufen.

(Michael Neumann SPD: Die CDU hat noch nie gelernt!)

Das hat einerseits sicher mit dem erfolgreichen Volksbegehren von vor einigen Monaten zu tun, aber das ist aus unserer Sicht, das will ich ausdrücklich sagen, einer der ganz wenigen Pluspunkte dieser Koalitionskonstellation. Wie Herr Heinemann ausgeführt hat, fällt es der CDU-Fraktion sehr schwer, den Kompromiss zu akzeptieren, und ich hatte auch den Eindruck, der SPD fällt dies ebenfalls nicht ganz leicht.

(Michael Neumann SPD: Ja, das ist höflich formuliert!)

Auch in unserer Partei, das will ich hier sagen, gab es wie in allen anderen Parteien eine heftige Kontroverse und eine lebhaftige Diskussion über das neue Wahlrecht. Ich glaube, die Argumente, die von allen Seiten gefallen sind, waren ungefähr die Argumente, die auf Ihrer Seite auch eine Rolle gespielt haben, da unterscheiden wir uns gar nicht. Aber man sollte solche Diskussionen nicht als Problem verbuchen, sondern als Ereignisse, die es ermöglichen, die Rolle der Parteien im Verhältnis zwischen Staat auf der einen und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite kritisch und neu zu reflektieren und sich für notwendige Änderungen zu öffnen.

Der Kernpunkt des Kompromisses, den wir gefunden haben, ist eine Stärkung des Einflusses der Wählerinnen und Wähler auf die Parteien. Diese Stärkung sollten wir aber auch als eine Chance verstehen und nicht im Wesentlichen als einen Verlust von Macht. Wir haben im ersten Tagesordnungspunkt und in der Aktuellen Stunde über die immer noch sinkende Wahlbeteiligung gesprochen, die macht uns allen große Sorgen und muss uns auch besorgt stimmen. Die wachsende Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger hat viele Ursachen und eine Ursache ist sicher die Erfahrung, dass die da oben letztlich ja doch machen, was sie wollen. In diesem Sinne ist die heute zur Verabschiedung anstehende Verfassungsänderung auch eine nicht zu unterschätzende vertrauensbildende Maßnahme, die wir als Parteien vornehmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Farid Müller GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei aller Zufriedenheit, dass ein Konsens erzielt wurde und die Auseinandersetzungen darüber jetzt ein gewisses Ende finden, bleibt doch bei uns Sozialdemokraten und vor allem auch bei vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern – das haben wir, glaube ich, quer durch alle Fraktionen in den letzten Tagen auch mitbekommen – ein Unverständnis über die Frage, welche Strukturveränderungen es jetzt beim Bezirkswahlrecht geben wird. Wir sind zwar zufrieden, dass die Frage der 3-Prozent-Hürde hier einvernehmlich verabredet werden konnte, aber das Stichwort der Entkoppelung treibt doch noch viele um. Daran will ich noch einmal anknüpfen und auch an das, was der Grundansatz von "Mehr Demokratie" dabei war.

Ich habe noch einmal auf ihrer Homepage nachgesehen: Es ging ihnen darum, der Bezirksebene, den Bezirksversammlungen eine unabhängige politische Identität und mehr politisches Gewicht zu geben. Und um einen zusätzlichen Wahltermin zu vermeiden und gleichzeitig die Wahlbeteiligung zu fördern, findet das jetzt gemeinschaftlich mit der Europawahl statt. Das war ihr Ausgangspunkt. Die Frage ist: Trifft diese Kernthese zu? Bewirkt der eigene Wahltermin per se eine Stärkung der Bezirksebene? Bewirkt eine halbierte Wahlbeteiligung – da müssen wir ja einfach von den Daten im Moment ausgehen – eine Stärkung der Bezirksebene oder nur eine Stärkung der kleineren Parteien? Da meinen wir, sie bewirkt eher Letzteres. Die Entkopplung ist ein Zugeständnis, das uns als Volkspartei am meisten schmerzt, das gebe ich hier unumwunden zu. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: wir stehen zu dem Gesamtpaket einschließlich der vielen Kröten, die enthalten sind. Aber auch beim Bezirkswahlrecht gilt, eine 3-Prozent-Hürde ist besser als keine Hürde.

Trotzdem: Dieser Punkt und das neue Wahlrecht insgesamt wird für uns eine sehr große Herausforderung, und zwar nicht nur für die lokale Presse, um vor Ort zu informieren, sondern für die Informationsarbeit insgesamt. Wie versetzen wir die Bezirksebene konkret in die Lage, diese neue Herausforderung zu meistern? Wie schaffen wir es wirklich, ihr eine unabhängige Identität zu geben und mehr politisches Gewicht? Da müssen wir – das ist eine Aufgabe, die uns gemeinsam bleibt – dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Bezirkspolitik, für die Bezirksebene weiter verbessert werden, in rechtlicher Hinsicht und wahrscheinlich auch, das ist ja auch schon angesprochen worden, in finanzieller Hinsicht. Das heißt, das Bezirksverwaltungsrecht werden wir uns noch einmal miteinander ansehen müssen: Wo kann der Bezirksebene mehr Macht gegeben werden,

(Neumann: Muss nicht. Ja, das ist jetzt eine Einzelmeinung.)

(Dr. Andreas Dressel)

auch auf unsere Kosten? Wir müssen auch über die Frage der Ausstattung von Bezirksfraktionen und Bezirksabgeordneten nachdenken. Das sind Fragen, die sich stellen, die viele Kolleginnen und Kollegen von der Bezirksebene an uns herangetragen haben. Denen müssen wir uns stellen und denen müssen wir uns auch mit Ihrer Unterstützung stellen, weil es nicht sein kann, dass wir die Strukturen ändern und die Frage der Ausstattung dann nachher allein der Politik überlassen. Auch das muss in der Konsequenz gemeinsam getragen werden.

(Beifall bei der SPD)

Tun wir das nicht, bleiben wir auf halbem Wege stehen, dann besteht ernsthaft die Gefahr, dass die Entkoppelung zum Rohrkrepierer wird. Mit riesigem Aufwand werden Abgeordnete gewählt, die nichts zu sagen haben und die nicht in Erscheinung treten. Was dann nachher als Eindruck hängen bleibt, das bewirkt mehr und nicht weniger Politikverdrossenheit. Deshalb, Wahlrechtsfrieden hin oder her: Wir haben miteinander noch viel zu tun, diesen Frieden auf dem Papier auch in politische Praxis umzusetzen, und ich hoffe sehr, dass der politische Konsens, der hier erreicht wurde, auch weiterhin für die Umsetzung gilt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Grummeln im Saal ist einvernehmlich zu hören gewesen. Es hat gezeigt, wie groß die Schritte waren, mit denen die Volksinitiative und die großen Parteien aufeinander zugegangen sind. Ich bin mir und wir sind uns als grüne Fraktion dessen durchaus bewusst. Ich habe aber schon den Appell an uns alle: Wenn wir das jetzt hier gemeinsam machen, dann sollten wir das draußen auch gemeinsam vertreten. Wenn das Wahlrecht und die Verfassung erst einmal geändert sind, sollten wir das nicht schlecht reden, sondern das, was dann geschaffen ist, auch offensiv verteidigen und die Bürger ermuntern, die neuen Rechte auch zu nutzen.

Ich halte nichts davon, jetzt ein Jammerlied auf die Bezirke anzustimmen. Die Bezirke sind mit allen Stimmen in diesem Haus in der letzten Legislatur gestärkt worden, wir werden sie heute und morgen auch finanziell besser ausstatten, auch das wird einvernehmlich über alle Fraktionen hier geschehen. Jetzt fließt mehr Geld hinein, dem ist Rechnung getragen. Man kann hier nicht behaupten, die Bezirke hätten nichts zu sagen. Ich glaube, das sieht im Selbstverständnis der Leute, die in den Bezirksversammlungen sitzen und dort tatsächlich Entscheidungen treffen, ganz anders aus.

Es ist auch eine Chance. Ich kann verstehen, dass momentan mehr die Probleme im Vordergrund gesehen werden, aber ich bitte Sie, wenn wir hier heute herausgehen und diese Einigung auf den Weg bringen, nicht nur die Probleme zu sehen, sondern das auch als Chance zu begreifen. Es ist der Sinn einer Einigung, dass nicht alle gewinnen. Hier hat heute das Volk gewonnen und wir sollten diese Freude nicht mit zu viel Granteln in Frage stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Nach Artikel 51 unserer Verfassung sind zu einem die Verfassung ändernden Gesetz zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muss. Außerdem müssen beide Beschlüsse bei Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefasst werden. Das Sitzungspräsidium hat sich davon überzeugt, dass mindestens 91 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Wer nun den Interfraktionellen Antrag annehmen und das Zwölfte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus Drucksache 19/3255 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Für das Gesetz haben mehr als zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt, es ist damit in erster Lesung angenommen worden. Die zweite Lesung wird für die Sitzung am 24. Juni 2009 vorgesehen.

Tagesordnungspunkt 60, Drucksache 19/3180, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Schuldenbremse ablehnen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Schuldenbremse ablehnen
– Drs 19/3180 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3257 ein Antrag der SPD-Fraktion vor

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Handlungsfähigkeit und Einnahmen des Staates Hamburg sichern
– Drs 19/3257 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ich möchte mich ausdrücklich an Sie wenden, sehr verehrte Christdemokratinnen und Christdemokraten! Sie kennen wahrscheinlich aus dem 1. Buch Mose die Erzählung von Esau, der sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkauft hat. Die Erzählung vom Linsengericht besagt, dass man etwas auf den ersten Blick sehr Verlockendes, tatsächlich aber Geringfügiges gegen etwas sehr Wertvolles verscherbelt. Nun habe ich mich bei der Befassung mit der Schuldenbremse gefragt, für welches Linsengericht der Senat das Erstgeburtsrecht der Freien und Hansestadt Hamburg zu verkaufen beabsichtigt, nämlich Hoheitsrechte, konkret die Haushaltsautonomie. Kann es sein, dass Sie die Dummheit des biblischen Esau noch übertreffen und im Tausch nicht einmal ein Linsengericht erhalten? Verstehen Sie mich nicht falsch, die Haushaltsautonomie ist unverkäuflich, aber der Senat scheint sie auch noch buchstäblich für nichts verkaufen zu wollen.

Die geplante Grundgesetzänderung und das gewählte Verfahren sind ein großer politischer Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Hätten wir als die kleinste Oppositionspartei diesen Antrag auf Ablehnung der Schuldenbremse nicht gestellt, dann würde der Senat übermorgen im Bundesrat einem Beschluss zustimmen, der tief in die Rechte der Bürgerschaft eingreift, ohne dass in diesem Haus auch nur darüber gesprochen worden wäre. Denn das wissen Sie alle: Die geplante Zustimmung des Senats verletzt unter anderem die Hamburger Verfassung. Ohne jede Debatte entzieht der Senat, wenn er denn zustimmt, der Bürgerschaft das Recht, über die Aufnahme von Krediten zu befinden. Wenn der Senat also zustimmt, dann stimmt er zu, dass Bestimmungen der Hamburger Verfassung durch den Bund festgelegt werden und durch die Hamburger Bürgerschaft nicht geändert werden können. Das heißt, die Legislative, die Bürgerschaft wird damit entmachtet, und wie gesagt, das alles, ohne dass der Senat die Debatte in der Bürgerschaft auch nur gesucht hätte.

(Olaf Ohlsen CDU: Ist ja nicht zu ertragen!)

Nein, das ist nicht zu ertragen. Wir fordern mit unserem Antrag die Bürgerschaft auf, sich nicht entrichten zu lassen. Mit dem Präsidenten – und da spreche ich die SPD an – des rheinland-pfälzischen Landtags, Herrn Mertes, SPD, der sich gerade auf einer ver.di-Konferenz sehr eindeutig geäußert hat, bekräftigen wir, dass Bundesorgane keine verbindliche Schuldenbremse für ein Land beschließen können. Ort der Entscheidung ist das Landesparlament, ist für Hamburg die Bürgerschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vom Bundestag gegen die Stimmen der LINKEN und ja auch der Grünen beschlossene Grundgesetzänderung ist nicht nur nach unserer Auffassung grundgesetzwidrig. Ich bin sehr gespannt – Herr Waldowsky, ich glaube Sie reden gleich nach mir –, welche Verrenkungen Sie machen, um die Zustimmung des Senats zu begründen zu einem Gesetz, das Sie im Bundestag abgelehnt haben.

Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes schreibt die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Bundesstaat fest. Die bundesstaatliche Ordnung, das föderative Prinzip, ist ein Prinzip der Verfassungsordnung. Die vertikale Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern trägt maßgeblich zur Machtbegrenzung und Kontrolle der Machtausübung bei. Artikel 20 unterliegt der sogenannten Ewigkeitsgarantie, das heißt, der Regelung des Artikels 79, Absatz 3 des Grundgesetzes, die unter anderem Artikel 20 einer Verfassungsänderung entzieht. Der Einwand, dass Artikel 20 ja gar nicht geändert wird, hilft überhaupt nicht. Tatsächlich wird mit der Grundgesetzänderung das in diesem Artikel verankerte föderative Prinzip bis zur Unkenntlichkeit entstellt, denn wenn in der Rechtsprechung auch strittig ist, was im Einzelnen alles unabdingbar zur föderativen Struktur gehört, unstrittig ist, dass es ein Mindestmaß an Rechten der Länder geben muss, damit man überhaupt von föderativer Struktur reden kann. Und es muss doch klar sein, dass die Haushaltsautonomie der Länder zu diesen unveräußerlichen Rechten gehört.

So enthält denn auch Artikel 109, Absatz 1 des Grundgesetzes mit der Trennung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern eine eindeutige Regelung. Ich werde die Geschichte dieses Artikels, die Vorarbeiten damals im Parlamentarischen Rat und die Diskussionen dort nicht im Einzelnen erzählen. Aber ich sage Ihnen, dass der Parlamentarische Rat mit dieser Grundgesetzbestimmung ebenso wie mit Artikel 20 die furchtbare Erfahrung des deutschen Faschismus verarbeitet hat und sich eindeutig von der Praxis der Gleichschaltung der Länder hat absetzen wollen.

Lassen Sie mich angesichts des 60-jährigen Bestehens des Grundgesetzes, und um die Bedeutung des Artikels 109, Absatz 1 Grundgesetz zu unterstreichen, hier einen CDU-Vertreter im Parlamentarischen Rat, den Abgeordneten Dr. Binder, zitieren, der 1948 in der Debatte sagte – Zitat –:

"Und ein bundesstaatlicher Aufbau unserer Verfassung wäre praktisch hinfällig, wenn die Länder nicht ihre selbstverantwortliche Finanzwirtschaft haben würden."

– Zitatende. – Die geplante Grundgesetzänderung legt die Axt an diesen bundesstaatlichen Aufbau.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

(Christiane Schneider)

Die geplante Grundgesetzänderung verschiebt darüber hinaus in den Ländern die Kräfteverhältnisse zwischen der Exekutive und der Legislative. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es auch darum geht, das wichtige Recht der Feststellung des Haushaltsplans durch die Landtage, durch die Bürgerschaft zu beschneiden und damit die Begrenzung und Kontrolle der Exekutivgewalt durch die Legislative zu erschweren.

In wirklich jeder Hinsicht schwächt diese geplante Grundgesetzänderung die Demokratie und da bin ich wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, auf Ihre Begründung gespannt. Wir appellieren an die Bürgerschaft, fordern Sie den Senat auf, der Grundgesetzänderung nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, Sie haben vorhin ganz gut angefangen, als Sie gesagt haben, wenn man etwas investiert, dann muss man doch erst einmal die Wirtschaftlichkeit nachweisen, denn nur wenn man die Wirtschaftlichkeit einer Investition nachgewiesen hat, dann weiß man auch, dass man den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ertrag darauf bekommt, den man braucht, um die Investition zu rechtfertigen. Das ist ein guter Weg. Sie haben sich natürlich mit der HCU leider das falsche Thema ausgesucht, aber vom Prinzip her ist das ein guter Weg.

Leider kommen Sie mit diesem Antrag wieder zurück in den Club der Umverteilungsphantasten, die ja nicht nur von vermeintlich Reichen zu vermeintlich Armen verteilen wollen, sondern Sie verteilen jetzt auch noch fleißig weiter, was wir natürlich schon exzessiv getan haben, aber jetzt Gott sei Dank beenden wollen. Sie wollen auch noch umverteilen von den Generationen unserer Kinder und Kindeskindern auf die heutige. Genau das tun Sie nämlich, wenn Sie weiter Schuldenaufbau betreiben. Die Schuldenbremse sagt ganz klar, wir wollen die Nettoneuverschuldung reduzieren, das ist die klare Zielsetzung.

(Dora Heyenn **DIE LINKE:** 2020!)

Es ist interessant, dass Sie das nicht für richtig halten. Nehmen wir einmal Ihren Antrag, den Sie begründen, fangen wir hinten an: Sie sind der Meinung, die Schuldenbremse schränke die Flexibilität ein. Ein großer Irrtum ist das. Wenn Sie sich ansehen, dass der Hamburger Haushalt zu über 10 Prozent aus reinem Kapitaleinstrom besteht, dann können Sie schon sehen, dass wir bei der Verschuldung, die wir heute haben, zusammen mit den sonstigen Pflichtverbindlichkeiten, die wir aus

Personal und so weiter haben, ohnehin schon einen relativ geringen Bereich des Haushalts haben, der überhaupt noch politischer Entscheidungsfindung zugänglich ist. Das finde ich ganz spannend, dass Sie nicht daran interessiert sind, dass man das reduziert. Stellen Sie sich einmal vor, wir müssten nicht 1,1 Milliarden Euro jedes Jahr für Zinsen aufwenden. Was wir damit alles Schönes machen könnten, das wäre doch interessant. Wollen Sie noch mehr für Zinsen ausgeben, damit wir noch weniger Flexibilität haben?

(Dora Heyenn **DIE LINKE:** Das hat doch keiner gesagt!)

Also Ihr Flexibilitätsargument ist leider, leider falsch, denn als leidenschaftlicher Geldausgeber, der Sie ja ganz offensichtlich sind,

(Dora Heyenn **DIE LINKE:** Wie kommen Sie denn darauf? – Dr. Joachim Bischoff **DIE LINKE:** Das sagen Sie heute!)

sonst bräuchten Sie ja nicht zusätzliche Schulden, müssen gerade Sie eingeschränkt werden. Die passionierten Geldausgeber müssen eingeschränkt werden.

(Beifall bei der CDU und **Andreas Waldowsky** GAL)

Sie beklagen die Beeinträchtigung der Budgethoheit der Länder. Auch das ist aus meiner Sicht falsch, denn die Budgethoheit der Länder wird in keiner Weise eingeschränkt. Sie dürfen nach wie vor ausgeben, was sie einnehmen, und zwar so, wie sie das wollen. Das Einzige, was sie nicht mehr machen sollen: Sie sollen nicht mehr das Geld ausgeben, das unsere Kinder erst verdienen müssen. Das sollen sie nicht mehr tun.

Dann begründen Sie das natürlich damit, auch der Investitionsbedarf sei ohne Aufnahme zusätzlichen Fremdkapitals gar nicht zu decken. Aber wenn Sie keine Kapitaleinstromfähigkeit haben, dann laufen Ihnen irgendwann die Kreditgeber weg. Und wenn Sie die Ertragskraft aus Ihren Investitionen nicht haben, mit denen man dann Kapitaleinstrom nachlegen kann, dann ist auch die Investition nicht zu rechtfertigen. Das heißt, die einzige Möglichkeit, Investitionsfähigkeit herzustellen, besteht darin, strukturelle Entlastungen herbeizuführen. Das wäre mein Ansatz, aber nicht, zusätzliche Schulden zu machen.

Das albernste Argument, das Sie anführen, ist: In der Privatwirtschaft werden ja schließlich auch Kredite aufgenommen. Wenn Sie in der Privatwirtschaft oder auch als Privatmensch einen Kredit aufnehmen wollen, dann müssen Sie erst einmal den Nachweis der Wirtschaftlichkeit Ihrer Investition erbringen, Sie müssen den Nachweis erbringen, dass Sie kapitaleinstromfähig sind, und Sie müssen Kreditsicherheiten bringen. Diesen Nachweis wollen Sie führen, indem Sie einen Haushalt weiter

(Thies Goldberg)

so entwickeln, dass Sie sich selber durch Fremdkapitalbelastung so blockieren, dass er handlungsunfähig wird? Das ist ja eine gute Idee.

Jetzt gibt es ja noch einen Zusatzantrag von der SPD, den finde ich auch ganz nett. Da soll eine Einkommenssicherungsklausel für die öffentliche Hand eingebaut werden, das ist ganz besonders spannend. Das heißt, es soll im Grunde genommen die Steuerrechtssicherheit für den wirtschaftlich Tätigen so beseitigt werden, dass der Staat auf jeden Fall immer genug hat. Was beim Steuerbürger und bei den Unternehmen hängen bleibt, das wird von der SPD eigentlich als zweitklassig betrachtet: Nein, wir wollen, dass der Staat möglichst handlungsfähig bleibt. Aber was Sie nicht begreifen, ist, dass nur der handlungsfähige Bürger, der Geld verdient, den Staat handlungsfähig macht.

(Beifall bei *Lydia Fischer* und bei *Aygül Özkan*, beide *CDU* – *Dr. Monika Schaal SPD*: Machen Sie mal!)

Dann wollen Sie mit der Vermögenssteuer noch eine Substanzbesteuerung herbeiführen, sprich: Sie wollen auch noch die Beseitigung der Investitionsmotivation herbeiführen. Dann wollen Sie Börsenumsatzsteuer einführen. Sie wissen doch, wie international heute die Finanzmärkte sind, das heißt, Sie wollen den Finanzstandort Deutschland beseitigen, denn überall dort, wo Sie für Wirtschaftstreibende die Kosten erhöhen, suchen die sich einen anderen Markt. Das finde ich ganz spannend. Das Einzige, was Sie damit machen, ist: Sie schwächen den Wirtschaftsstandort.

Was wir brauchen, ist nicht ein Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Verschuldung, sondern ein Paradigmenwechsel, nämlich das Wegdefinieren von öffentlichen Aufgaben, Beschränkung auf das Notwendige und nicht das Wünschenswerte. Wir müssen die Wirtschaftskraft stärken, damit der Staat sichere Einnahmen bekommt. Es ist kein Weg, weitere Hypotheken auf künftige Generationen aufzunehmen und heute schon die Wirtschaftsleistung zukünftiger Generationen zu verbraten.

Dass die Gebietskörperschaften eine freiwillige Haushaltsvernunft entwickeln, das konnten wir eigentlich in fast allen Ländern sehen, auch beim Bund. Da meine ich übrigens keine Partei, sondern da sitzen wir oder unsere Vorgängerregierungen alle wunderbar in einem Boot. Das Einzige, was an dieser Schuldenbremse falsch ist, und das ist wirklich falsch: Sie kommt 30 Jahre zu spät. – Vielen Dank.

(Beifall bei der *CDU* und der *GAL*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Goldberg, das, was Sie jetzt gerade darlegen, ist sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite völlig neben der Spur.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig, neben der Spur.)

Und es passt auch überhaupt nicht zu dem, was wir von diesem Senat in den letzten sechs oder sieben Jahren erlebt haben. Es gibt durchaus gute Gründe, Methoden zur Schuldenbegrenzung zu vereinbaren und sie vielleicht auch im Grundgesetz zu verankern. Es gibt aber auch, und das will ich klar und deutlich dazu sagen, schwere Bedenken, dieses zu tun, weil es den Handlungsspielraum in einer Krise, wie wir sie jetzt erleben, einschränkt und weil es auch verfassungsrechtliche Bedenken gibt, ob der Bund so etwas als verbindliche Vorgabe für die Länder vornehmen kann. Das ist der Kern der Diskussion derzeit und da gehen Ihre Einlassungen hier völlig an der Spur vorbei.

(Beifall bei der *SPD* und der *LINKEN*)

Tatsache ist im Übrigen, dass auf Bundesebene die Entscheidungen gefallen sind und dass es hier eine verfassungsrechtliche Prüfung geben wird. Tatsache ist aber auch, und da gebe ich Herrn Goldberg ein Stück weit Recht, die öffentliche Handlungsfähigkeit ist bisher nicht durch Verfassungsregelungen eingeschränkt worden, sondern eben durch Schulden und durch Zinsen, die wir dafür zu zahlen haben. Es kann aber kein Verfassungsparagraph auf dieser Welt einen verschuldeten Haushalt sanieren. Das muss die Finanzpolitik schon selber machen.

(*Wolfgang Rose SPD*: Eben!)

Es sei denn, wir verbieten die Zinsen so wie in der Bibel.

Wir haben uns aber als SPD-Fraktion entschieden, jetzt keine theoretischen Diskussionen zu führen, sondern zu fragen: Wie sieht die Lage praktisch in Hamburg eigentlich aus? Die Antwort lautet: Wir kommen mit und ohne Schuldenbremse in ein Riesendilemma. Wir haben nämlich, seit Herr von Beust das Bürgermeisteramt übernommen hat, 6 Milliarden Euro Defizit angehäuft. Sie haben es angehäuft in Hamburg. In den letzten zwei Jahren hat der Senat gerade keine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht, er hat nämlich auf massiv steigende Einnahmen mit massiv steigenden Ausgaben reagiert, genau das Gegenteil von dem, was Sie uns auf bundespolitischer Ebene predigen und was Herr Goldberg uns hier gerade vorgetragen hat. Er hat es zwar für falsche Dinge ausgegeben, aber er hat das in massivem Umfang ausgegeben, was es in den guten Zeiten an Einnahmesteigerungen gegeben hat. Damit regiert sich gut in Wahlkampfzeiten, aber man steht vor dem Abgrund, wenn die Konjunktur eintrübt. Und

(Dr. Peter Tschentscher)

dass wir jetzt ohne Reserven vor dem Abgrund stehen, ist keine Reklame für die Finanzpolitik von Herrn Senator Freytag, der uns zwei Jahre lang ein Märchen erzählt hat von keinen neuen Schulden, während er die Verschuldung in öffentlichen Unternehmen und in Sondervermögen der Stadt betreiben hat wie ein Weltmeister. Wir zahlen jetzt alle die Rechnung für diese Finanzpolitik und wenn wir nur wenige Jahre vorausblicken, Wachsen mit Weitsicht heißt ja Ihr Slogan, dann kommt bis 2012 in den nächsten vier Jahren ein weiteres Defizit von 6 Milliarden Euro obendrauf, und das unter der günstigen Annahme, dass die Konjunktur schon bald wieder anspringt und dass es nicht, wie ich befürchte, zu einer Steigerung der Sozialausgaben kommen wird.

Dennoch werden wir selbst bei diesen günstigen Annahmen 2012 vier bis fünf Milliarden Euro neue Schulden haben, die der Senat, wie er verspricht, bald wieder tilgen will. Er verrät uns aber nicht, wovon. Sicher nicht von den 400 Millionen Euro Zinsen, die wir im dann kommenden Doppelhaushalt aus dem Betriebshaushalt zusätzlich finanzieren werden müssen. Vermutlich auch nicht aus dem Sondervermögen der HSH Nordbank oder aus dem dann immer noch bestehenden jährlichen Milliardendefizit für die Jahre 2013/2014. Sie können die Zahlen alle in unserem Antrag, den wir vorgelegt haben, nachlesen und mit dem Haushaltsplan des Senats, mit seiner Finanzplanung und auch mit der aktuellen Steuerschätzung vergleichen. Deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, dass der Senat uns in die schwerste Wirtschaftskrise führt, ohne jede finanzpolitische Perspektive, wie die soziale Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten bleiben soll.

(Beifall bei der SPD)

Davor bewahrt uns kein Jurist dieser Welt. Wir selbst müssen das Defizit in den Griff bekommen und eine Schuldenspirale vermeiden, bei der wir nicht einmal mehr die Zinsen aus dem Betriebshaushalt finanzieren können. Das geht nur, indem man auf Wirtschaftlichkeit achtet und die Einnahmen sichert. Herr Goldberg, da widerspreche ich Ihnen eindeutig. Wenn man eine Schuldenbegrenzung in der Verfassung verankert, dann müssen wir im Hamburger Interesse auch eine Einnahmesicherung in verfassungsrechtlicher Augenhöhe verankern. Das fordern und beantragen wir heute.

(Thies Goldberg CDU: Damit verprellen Sie die, die Geld verdienen!)

– Herr Goldberg, nur so können wir auf mittlere Sicht massive Einschnitte in wesentlichen Aufgabenbereichen der Bildungs-, Sozial- und Jugendpolitik vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Wir können damit auch nicht bis 2012 oder 2020 warten, Herr Goldberg, weil die Defizitschere im

Haushalt von Herrn Senator Freytag immer weiter auseinandergeht. Wir müssen jetzt damit beginnen und in unserem Antrag stehen auch Vorschläge, wie das gehen kann, ohne die kleinen und mittleren Einkommen weiter in ihrer Kaufkraft zu beschneiden. Denn es wäre, Herr Goldberg, erstens ungerecht und zweitens auch wirtschaftlich unvernünftig, diese Kaufkraft weiter zu beschneiden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir, jetzt endlich die Vermögenssteuer einzuführen. Wir ersuchen den Senat, dafür zu sorgen, dass die Finanzbranche einen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte leistet, und zwar in Form einer Börsenumsatzsteuer, die man sogar – da gebe ich Ihnen nicht recht, Herr Goldberg, das würgt überhaupt nichts ab – in eine Transaktionssteuer weiterentwickelt, damit die Finanzbranche etwas dazu beiträgt, dass wir die Finanzmarktkrise und die öffentlichen Haushalte wieder in ein Lot bekommen, das wir für die Zukunft dringend benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unsere praktische Antwort.

(Glocke.)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Goldberg?

Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Natürlich, Herr Goldberg, Sie dürfen gerne fragen.

Zwischenfrage von Thies Goldberg CDU: Ist Ihnen bekannt, dass die Börsenumsatzsteuer damals abgeschafft worden ist, weil man festgestellt hat, dass sie einen Standortnachteil für die Finanzbranche bedeutet?

Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Herr Goldberg, ich sage nicht, dass die Börsenumsatzsteuer ein einfaches Instrument ist. Es kommt darauf an, die regulierenden Wirkungen gegen Finanzmarktspekulationen so abzuwägen, dass wir eine vernünftige Umsetzung der Börsenumsatzsteuer hinbekommen, die es durchaus gibt, zum Beispiel in Großbritannien. Wir glauben, dass man sie in der Tat nutzen muss und zu einer Transaktionssteuer ausbauen muss, die dann zu einem erheblichen Aufkommen führen wird, an dem die Länder hoffentlich beteiligt werden.

(Thies Goldberg CDU: Ja, Sie hoffen das!)

– Herr Goldberg, das ist die praktische Antwort auf die Herausforderungen der Finanzpolitik in Hamburg, zu denen ich von Ihnen kein Wort gehört habe. Erklären Sie uns doch, wie Sie Ihre 12 Milliarden Euro Defizit, die Sie in zehn Jahren Regierung von Herrn von Beust angehäuft haben, wieder til-

(Dr. Peter Tschentscher)

gen wollen. Wir haben keinen Vorschlag dazu gehört. Ich glaube nicht, dass Sie dies ohne eine Sicherung der Einnahmen werden herbeiführen können. Deshalb sollten CDU und GAL nicht weiter die Augen vor der finanzpolitischen Realität verschließen und heute, das können wir tun in Hamburg, unserem Antrag zustimmen, damit sich der Senat in einer konstruktiven Art und Weise an der auch verfassungsrechtlichen Diskussion beteiligen kann.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, liebe Kollegen! Die Kollegen von der LINKEN sollten einmal zur Schuldnerberatung.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten sich einmal an einem Praxistag bei der Schuldnerberatung anschauen, was es bedeutet, wenn einem finanziell das Wasser bis zum Hals steht, egal, wie und warum man zu den Schulden gekommen ist, wenn man sich nicht mehr bewegen kann, wenn man verzweifelt ist. Sie können aber auch in unsere nahe gelegenen Nachbarländer Bremen oder Schleswig-Holstein fahren und dort erleben, was es bedeutet, wenn ein Landeshaushalt dermaßen verschuldet ist, dass man politisch überhaupt nichts mehr gestalten kann und dass jede neue Regierung, die antritt, nicht ein noch aus weiß und über viele Jahre keinen verfassungsgemäßen Haushalt auflegen kann. Sie können dort erfahren, was es bedeutet, wenn man bei der Bundesregierung als armer Bettler dasteht und nicht mehr ernst genommen wird, weil man auf die Brosamen angewiesen ist, die aus dem Länderfinanzausgleich (-haushalt??) oder aus anderen Sonderfonds für solche Länder zur Verfügung gestellt werden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Mein Gott, das tut weh!)

Kurzum, wir Grünen sind für die Schuldenbremse, übrigens wie auch die SPD, die beim Bund zugestimmt hat. Die Kritik, die wir auf Bundesebene angebracht haben, bezog sich auf einige Details, auf die ich noch einmal kurz eingehen werde. Wir haben gesagt, dass die Schuldenbremse, die der Bund verabschiedet hat, nicht realitätstauglich ist. Im nächsten Jahrzehnt wird es wahrscheinlich ein großes Gerangel geben zwischen den finanzstarken Ländern, die in den Finanzausgleich einzahlen, auf der einen Seite und den schwachen Ländern auf der anderen Seite, die auf die Konsolidierungshilfen angewiesen sind.

(Wolfgang Rose SPD: Das haben wir so nicht verstanden!)

Damit wird man wahrscheinlich einen großen Streit auslösen und nicht zu einer Einigung kommen. Wir werden es im nächsten Jahrzehnt erleben.

Ein zweiter Kritikpunkt war, dass die großen Flächenländer ihre Schuldenprobleme an die Gemeinden runterreichen werden. Sie werden ihre Landeshaushalte sanieren und Pflichten an die Gemeinden weiterreichen. Das betrifft uns in Hamburg nicht und wir sind hier durchaus einer Meinung mit den LINKEN, dass auch die Länder für Zukunftsinvestitionen eine gewisse Möglichkeit der Nettoneuverschuldung erhalten sollen. Wir hatten angeregt, dass 0,15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts durchaus möglich sein sollten.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Vielleicht müssen Sie ja auch zur Schuldnerberatung!)

Das würde für Hamburg immerhin 133 Millionen Euro bedeuten. Insbesondere haben wir auch gesagt, dass es sich bei Investitionen in Schule und Bildung um Zukunftsinvestitionen handelt und die Länder dort handlungsfähig bleiben müssen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Im Bundestag haben Sie sich aber anders verhalten!)

– Wir haben, wie wir alle wissen, uns damit im Bund nicht durchsetzen können; der Vorschlag der Großen Koalition ist abgestimmt worden. Wir Grünen wollen aber die Schuldenbremse. Da wir unsere Ideen jedoch nicht durchsetzen können, unterstützen wir jetzt die Pläne der Großen Koalition im Bundesrat. Frau Schneider, da sehe ich auch keine großen Verrenkungen oder Probleme, weil wir da insgesamt d'accord sind.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie sind aber schon kräftig dabei, sich zu verrenken!)

Die Grünen haben immer für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik gestanden. Ich erinnere auch an die Rolle, die die jetzige Umwelt- und Bausenatorin als finanzpolitische Sprecherin im Bundestag für die Grünen gespielt hat.

Der Kollege Goldberg hat schon darauf hingewiesen, dass die Stadt Hamburg mehr als 1 Milliarde Euro nur für den Schuldendienst ausgibt. Das tut einem in der Seele weh und wenn es nach der Links-Partei ginge und wir keine Schuldenbremse hätten, würde der Betrag Jahr für Jahr weiter wachsen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie sind in der Regierung, nicht wir!)

Das ist doch keine zukunftsorientierte Politik.

(Wolfgang Rose SPD: Platter geht's nicht!)

Die Grünen können die Behauptung der Links-Partei in ihrer Vorlage nicht nachvollziehen, dass in Zukunft das Sozialstaatsprinzip gegen die Schuldenbremse ausgespielt werde. Erstens gibt es viele demokratische Prinzipien, die sich im Grundge-

(Andreas Waldowsky)

setz unter Umständen widersprechen und bei denen man abwägen muss. Es ist nicht gesagt, dass das Sozialstaatsprinzip automatisch hinter der Schuldenbremse zurückstehen muss. Zweitens sind diese Schulden auch unsozial, denn wo geht die 1 Milliarde Euro, die wir in Hamburg jedes Jahr ausgeben, denn hin? Sie geht an die Banken und an die Vermögenden, die sich die Schuldverschreibungen gekauft haben. Es ist eine riesige Umverteilung. Wo kommt die 1 Milliarde Euro her? Aus den Steuern, die auch die kleinen Lohnempfänger bezahlen müssen. Da muss die kleine Kassiererin bei Aldi von ihren Lohnsteuern die Schuldverschreibungen finanzieren, die die Vermögenden in ihren Portfolios haben. Insofern hat es eine soziale Komponente, wenn man zumindest die Staatsverschuldung nicht weiter ansteigen lässt.

Sozialpolitik ist auch ohne Verschuldung möglich. Hier vorzugaukeln, eine sozial gerechte Politik sei nur auf Kosten weiterer Verschuldungen insbesondere der kommenden Generationen möglich, ist einfach falsch.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wie denn sonst?)

Ich würde gerne noch auf den Zusatzantrag der SPD eingehen. Mit einer Vermögenssteuer und einer Börsenumsatzsteuer sollen die Einnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg erhöht werden. Da würden wir Grünen gerne zustimmen. Das Problem, und das wissen Sie ganz genau, Herr Tschentscher, liegt in Berlin. Sie haben keine Mehrheit im Bund. Nun wird hier figeliensch versucht, über Bande zu spielen. Die CDU und die Grünen sollen die Arbeit erledigen, die Sie selbst im Bund nicht gewuppt bekommen. Lassen Sie doch einen Ihrer vielen Landesfinanzminister, das sind ja immerhin fünf an der Zahl, einen vernünftigen Vorschlag ausarbeiten,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie sind echt demagogisch!)

anstatt hier lediglich ein paar Eckpunkte vorzulegen und zu erwarten, dass die Hamburger Finanzbehörde auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf ausarbeitet und im Bundesrat einbringt. Machen Sie das doch selbst, lassen Sie Ihre kompetenten Minister in Potsdam, Schwerin, Mainz, Magdeburg oder auch Berlin das ausarbeiten und einbringen.

(Uwe Grund SPD: Aber wir sind hier in Hamburg!)

Sie regieren im Land Berlin zusammen mit der Links-Partei, aber Sie wissen, dass Sie nicht einmal die Mehrheit in diesen Ländern haben, um einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten, geschweige denn im Bundesrat und Bundestag. Das sind doch alles Scheingefechte, die hier gekämpft werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Erhöhung der Einnahmen durch mehr Betriebsprüfungen – das ist nun auch ein alter Hut, darüber diskutieren wir seit einem Jahr. Es gab dazu ein Papier des Senats, der durchaus eingeräumt hat, dass an diesem Sachverhalt gearbeitet werden muss. Wir bemühen uns auf Senatsebene um einen Effizienzgewinn bei den Betriebsprüfungen, und der Senat hat auch darauf hingewiesen, dass die Ausbildung neuer Betriebsprüfer fünf bis sechs Jahre dauert. Für 2009/2010 werden wir also keine Einnahmengewinne durch mehr Betriebsprüfungen erzielen.

Dann fordern Sie mehr Controlling. Da rennen Sie offene Türen ein. Das neue Haushaltswesen sieht genau solche Controllingmöglichkeiten verstärkt vor. Wir werden sehr viel mehr Kennzahlen erhalten, die die Effizienz der Verwaltung nachweisen, und das nicht nur intern in Bezug auf die Vorgaben, die die Verwaltung sich gibt, sondern auch, das wird sicherlich sehr interessant werden, im Vergleich zu anderen Großstädten. Wir werden also genau sehen können, wie effizient bestimmtes Verwaltungshandeln im Vergleich zu Köln, München oder Stuttgart ist. Das wird es geben und wir beginnen mit dem neuen Haushaltswesen in zwei Behörden schon ab dem nächsten Jahr. Das sollte im Prinzip also kein Problem sein.

Sie fordern Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Darüber habe mich dann doch etwas aufgeregt. Landeshaushaltsordnung, Paragraph 7, schreibt genau das vor und wir können davon ausgehen, dass die Hamburgische Verwaltung und der Hamburgische Senat gemäß diesem Recht arbeiten und dass die Landeshaushaltsordnung respektiert wird.

(Ties Rabe SPD: Das wurde doch vorhin bestritten! – Weitere Zurufe von der SPD)

Bitte machen Sie konkrete Angaben, wenn es um Verstöße geht. Wir haben, dazu werde ich mich gleich noch äußern, über die HCU gesprochen, aber das war das Einzige. Der Pauschalvorwurf, dass dieser Senat und diese Verwaltung permanent und systematisch gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen, ist total ungerechtfertigt, um es vorsichtig zu formulieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte daran erinnern, dass wir bereits an der Einnahmenseite gearbeitet haben. Wir haben im letzten Jahr die Grunderwerbssteuer erhöht. Das ist klein, aber fein, immerhin haben wir dadurch 70 Millionen Euro Mehreinnahmen erzielt. Was hat die SPD gemacht, als wir angekündigt haben, dass wir, um weitere Schulden zu vermeiden, zur Gegenfinanzierung schwarz-grüner Projekte die Landessteuern erhöhen? Die SPD hat eine Expertenanhörung beschlossen. Sie hat sich als ihren gewählten Experten einen Vertreter des Bundes der Steuerzahler geholt, der vorrangig kritisiert hat, dass durch diese Erhöhung die gewerbliche Immo-

(Andreas Waldowsky)

bilienwirtschaft geschädigt werde. Dieser Meinung hat sich die SPD wohl angeschlossen, sie hat sehr bedauert, dass bei der Anhörung nicht auch Vertreter der Grundeigentümer und der Handelskammer dabei waren. Man hat sich doch gefragt, warum die gute alte SPD sich so viele Sorgen um die Grundeigentümer und um die Immobilienwirtschaft macht. Sie hat den Antrag auf Erhöhung der Grunderwerbssteuer dann auch abgelehnt. Dabei hätten Sie hier einmal einen Beitrag leisten können, dass sich die Einnahmesituation verbessert.

Wenn es um die Ausgabensituation geht, würde ich auch gerne einmal konkrete Vorschläge von der SPD hören. Ich würde es gerne hören, dass die SPD nach vorne tritt und sagt: "Nein, das lehnen wir ab, das ist zu viel Geld!"

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das haben wir doch heute Morgen!)

Nein, das machen Sie nicht. Nehmen wir die letzte Haushaltsausschusssitzung zum Thema Produktionsschulen. Der Senat legt ein Papier vor, das im Doppelhaushalt 2009/2010 noch etwa 3 Millionen Euro zusätzlich für Produktionsschulen vorsieht.

(Zurufe von der LINKEN)

Wie verhält sich die SPD? Gar nicht. Sie enthält sich der Stimme, ohne uns zu erklären, warum. Als alter Lehrer fasse mir an den Kopf und frage mich, wie kann die SPD Produktionsschulen nicht gut finden?

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist alles diskutiert worden, Sie waren nicht dabei!)

Sie traut sich nicht, mit Nein zu stimmen, weil sie dann nicht mehr zur GEW hingehen könnte. Aber warum stehen Sie nicht einfach auf und sagen, dass Sie den Vorschlag ablehnen, weil Sie ihn aus finanziellen Gründen für unverantwortlich halten? Beim Thema HafenCity Universität schlafen Sie still und friedlich im Haushaltsausschuss vor sich hin,

(Dr. Monika Schaal SPD: Jetzt reicht's aber!)

da werden mal ein paar Fragen zur Fotovoltaik gestellt, die für die HafenCity Universität angeblich nicht vorgesehen sei, obwohl das schwarz auf weiß in den Unterlagen steht. Da muss erst der Landesrechnungshof eine Philippika halten, damit die Opposition endlich wach wird und begreift, worum es in der Diskussion denn eigentlich gehen könnte. Das war wirklich eine relativ peinliche Vorstellung.

(Beifall bei der CDU)

Kurzum, der Zusatzantrag der SPD wird abgelehnt. Hierbei handelt es sich um ein krudes Sammelsurium. Man hat den Eindruck, dass am Montag nach dem Debakel bei der Europawahl schnell etwas zusammengeschustert wurde, das uns am Diens-

tag früh noch zugemailt worden ist. Man glaubte, noch ein bisschen Vermögenssteuer, ein bisschen Börsenumsatzsteuer und weitere populäre Forderungen aufstellen zu müssen – Forderungen, die entweder schon umgesetzt worden sind oder die Sie selbst gar nicht umsetzen können, weil sie auf Landesebene stattfinden.

Als letztes Beispiel möchte ich die Vermögenssteuer anführen. Im Herbst 2008 legte die SPD-Linke ein Papier zur Kehrtwende in der Steuer- und Sozialpolitik vor. Wer läuft dagegen Sturm? Der Seehemer Kreis und Johannes Kahrs.

(Ingo Egloff SPD: Wer ist denn Johannes Kahrs?)

Dann sollte die Vermögenssteuer in das Bundestagswahlprogramm der SPD aufgenommen werden. Das scheiterte, weil Herr Steinmeier höchstpersönlich die Vermögenssteuer im SPD-Wahlprogramm gestoppt hat. Herr Steinmeier wird in der "Süddeutschen Zeitung" zitiert:

"Ich will nicht als Kandidat der Steuererhöhung laufen."

Wenn die SDP in der Frage der Vermögenssteuer selbst so heillos zerstritten ist,

(Wolfgang Rose SPD: Was halten Sie denn davon?)

dann fordere ich Sie auf, das zunächst einmal innerparteilich zu klären und sich erst dann wieder damit an die Bürgerschaft zu wenden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Senator Freytag, aber der möchte augenscheinlich nicht. Herr Senator, Sie hatten um das Wort gebeten. Nicht? Dann hatten wir uns falsch verstanden. – Dann erhält als Nächster der Abgeordnete Hackbusch das Wort.

(Ingo Egloff SPD: Der ist auch viel besser!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Waldowsky, wenn wir uns jetzt auch noch darüber unterhalten würden, welche Verrenkungen die Grünen im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer in den letzten fünf Jahren angestellt haben, könnte man lange schnacken,

(Christiane Schneider DIE LINKE: So viel Redezeit hast du nicht mehr!)

aber man würde eigentlich nicht zu den entscheidenden Themen und wichtigen Fragen kommen.

Bei Herrn Goldberg – wo ist er denn? Ach, da hinten – habe ich den Eindruck, dass Sie gerne schon wieder vergessen wollen, in welcher Krise sich diese Republik seit einem Dreivierteljahr befindet und

(Norbert Hackbusch)

welche Schwierigkeiten aufgetreten sind, bei denen der Staat weit über seine finanziellen Möglichkeiten hinaus intervenieren musste. Im Wesentlichen haben Sie die Rede gehalten, die Sie im letzten Jahr auch zu dem Thema gehalten hätten, nach dem Motto: Der Staat ist nicht so wichtig, die Finanzkraft des Einzelnen ist entscheidend. Was sich im letzten Dreivierteljahr gezeigt hat und was wir hoffentlich alle daraus gelernt haben, ist doch, dass die finanziellen privaten Mittel nicht mehr ausgereicht haben und dass der Staat mit seinen finanziellen Mitteln – es waren viel zu wenige bisher – nur in der Lage war, diese wirtschaftliche Krise, bei der wir erst am Anfang stehen, überhaupt einigermaßen durchzuhalten. Wie bedeutend er dabei mit seiner Finanzpolitik war, das kann man doch nicht einfach vom Tisch wischen, sondern das gehört zu einer politischen Beurteilung dazu.

Darüber hinaus verstehe ich das Desinteresse an der Schuldenproblematik nicht so recht. Warum ist das Thema denn so hochgekocht? Es ist gesetzlich verboten, mehr Schulden aufzunehmen als das, was an Investitionen getätigt wird. Das ist gegenwärtig schon der Fall. Jedes Landesparlament und jedes Bundesparlament muss sich daran halten. Das ist eine ganz normale Situation. Aber es hat nicht geklappt. Es ist im Wesentlichen die CDU, die in den letzten Jahren Politik gemacht hat, die vor allen Dingen auf Bundesebene mitregiert hat und auf Landesebene dementsprechend verantwortlich für diese Zustände ist. Doch jetzt stellen wir uns hin und hacken den Parlamentariern, die mit beiden Händen Politik machen könnten, eine Hand ab, weil sie in den letzten Jahren so viel Mist gebaut haben, oder wie ist das zu verstehen? Was Sie im Zusammenhang mit der Schuldenbremse beschließen wollen, ist eine Kastration der politischen Möglichkeiten des Landesparlaments. Aber da Sie scheinbar eh keine politischen Möglichkeiten haben, erklären Sie, dass Sie dies so akzeptieren und mittragen. Ich halte das für unverantwortlich und es wird Generationen geben, die Ihnen das um die Ohren hauen werden, weil sie merken werden, dass es nicht funktioniert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen einmal das Szenario näher beschreiben, was mir politisch Sorgen bereitet. Dazu möchte ich das gefährlichste Beispiel der deutschen Wirtschaftsgeschichte in den letzten siebzig Jahren anführen: die Brüning'sche Politik. Brüning hat in der Krisensituation am Ende der Weimarer Republik erklärt, dass man bei wegbrechenden Staatseinnahmen nicht in der Lage sei, zusätzliches Geld aufzunehmen, sondern man müsse Einschränkungen hinnehmen und soziale Aufgaben und Investitionen runterfahren. Über mehrere Jahre wurde genau so gehandelt, das Ergebnis war eine soziale Katastrophe in diesem Land. Es wurde nicht gegen den Trend investiert, man war nicht in der Lage, soziale Aufgaben zu lösen. Die soziale Katastro-

phe hat zur schlimmsten politischen Entwicklung geführt, die dieses Land bisher hervorgebracht hat: Hitler. Und die wirtschaftliche Krisensituation war der Anfang davon. Brüning hat sich darauf berufen, dass Verschuldung eine hochheilige Angelegenheit sei, die man nicht angehen könne. Deshalb halte ich es politisch für eine absolute Katastrophe, was Sie heute machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Sie haben sich gegenseitig versichert, dass aufgrund der Maastricht-Kriterien eine Verschuldung nicht erlaubt sei. In diesem Jahr wird es so sein, dass so gut wie alle EU-Länder die Maastricht-Kriterien reißen werden. Wenn Sie Beschlüsse fassen – und das noch mit dem Pathos des Verfassungsmäßigen –, mit denen Sie in solchen Situationen praktisch nicht zurechtkommen und die Sie in gewisser Weise nicht richtig vorbereiten, dann erhöhen Sie damit nicht die politische Glaubwürdigkeit, sondern werden sie weiterhin zerstören. Diese neuen Kriterien bieten Ihnen keine neuen Möglichkeiten, politisch zu handeln; die Möglichkeit, keine weiteren Schulden aufzunehmen, existiert für jeden in der Politik. Aber das ist eine ganz andere Debatte, ob man dafür ist oder dagegen. Es geht darum, ob die Entscheidung für die Schuldenbremse richtig ist, nicht um die Frage von Schulden ja oder nein.

(Barbara Ahrons CDU: Zum Thema!)

Wir wissen nicht, wie lange die gegenwärtige Wirtschaftskrise anhalten wird. Aus diesem Grund würde die Politik mit der Weiterführung solch populistischer Ideen wie der Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal setzen. Ich möchte Sie daher bitten, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Waldowsky, in Bezug auf die Widersprüche zwischen Bundes-Grünen und Landes-GAL haben Sie uns nicht richtig aufklären können. Diese haben wir schon bei der Europawahl feststellen können: Insgesamt haben die Grünen bundesweit gar nicht so schlecht abgeschnitten, einzig in Hamburg haben Sie 5 Prozent ihrer Stimmen verloren, was ein richtiger Einschnitt ist. Jetzt zeigen Sie uns die Hamburger Dimension auch an einem anderen Punkt: Auf Bundesebene wird gesagt, das Gesetz sei nicht realitätstauglich, wie Sie selbst eben noch einmal dargestellt haben. Jetzt sagen Sie, auf Hamburger Ebene können wir dem ruhig zustimmen. Zumindest wäre eine Enthaltung vernünftig gewesen; so scheint es doch, dass Sie Ihre eigene Kritik und Ihre eigene Politik auf Bundesebene hier in Hamburg nicht richtig ernst nehmen. Ich halte das für fahrlässig.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie habe ich den Eindruck, dass Sie unseren Vorschlag

(Norbert Hackbusch)

nicht richtig unterstützen werden, obwohl ich mit Freude festgestellt habe, dass auch gerade Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete gegen die Schuldenbremse gestimmt haben.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer ist das?)

– Das waren vor allen Dingen unser ehemaliger Bürgermeister, Herr Ortwin Runde, und Herr Niels Annen, immerhin zwei wichtige Bundestagsabgeordnete, das hat uns sehr gefreut. Wir haben den Eindruck, dass Sie hier vielleicht auch unterschiedlich abstimmen werden, da bin ich sehr gespannt. Im Zusammenhang mit Ihrem Antrag finde ich einiges ganz richtig, anderes nicht so richtig. In Bezug auf die Schuldenbremse beantwortet er die Frage nicht richtig. Deshalb sind wir für eine Überweisung, wir würden uns dort aber ansonsten enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Bevor der Abgeordnete Heintze das Wort bekommt, möchte ich die stehenden Diskutanten bitten, sich zu setzen oder aber die Gespräche draußen fortzuführen. Herzlichen Dank. – Herr Heintze, Sie haben das Wort.

Roland Heintze CDU: Herr Hackbusch hat wohl den Eindruck, nach den Wortbeiträgen, die wir bisher hatten, die Diskussion und die Widersprüche im Haus ganz gut aufgezeigt zu haben. Aber Ihr Beitrag überschreitet ein Maß an Populismus, der nichts mehr mit jedweder Art von Debatte zu tun hat, sondern der eine unverantwortliche Mischung aus Unverständnis, falscher Politik und falscher Darstellung von Sachverhalten ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Fangen wir mit der Geschichtsklitterei an: Die Brüning'sche Finanzpolitik, ob nun heute oder zur Weimarer Zeit, hätte auf jeden Fall direkt zu Hitler geführt und was wir hier mit der Schuldenbremse machen, wäre ungefähr vergleichbar. Diese Art von Populismus würden Sie uns aber ganz dick ankreiden. Die würden wir gar nicht bringen, aber Sie machen das hier ganz nonchalant und sammeln in Ihrer Fraktion auch noch Applaus dafür ein, na herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Hätten Sie sich mit der Schuldenbremse inhaltlich befasst, wüssten Sie, dass die Schuldenbremse den Ländern in Notsituationen selbstverständlich die Aufnahme von Krediten erlaubt. Jetzt stellen Sie mir doch bitte die historische Analogie her, wie das mit der Finanzpolitik der zusammenbrechenden Weimarer Republik und dem aufkommenden Nationalsozialismus zusammenpasst.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Warum machen wir das denn dann?)

Ich könnte mir vorstellen, dass das länger dauert. Das können Sie gerne tun, aber verschonen Sie das Plenum mit unrichtigen Vergleichen, die auch historisch betrachtet eine Frechheit sind.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Im Zusammenhang mit der nicht verstandenen Schuldenbremse haben Sie augenscheinlich geschaut, was man jetzt noch tun kann, und dann über lange Seiten in Ihrem Antrag beschrieben, in welche Richtung die Sozialpolitik in Deutschland jetzt gehen müsse und warum die Schuldenbremse der Anfang allen Übels sei. Im Übrigen seien Sie ganz überrascht, dass die CDU dem zustimmen würde, wo sie sich ansonsten mit dem Thema nicht beschäftigt hätte. Wenn Sie aufgepasst und die Plenarprotokolle gelesen hätten, wüssten Sie, dass die Schuldenbremse ein CDU-Thema ist, das CDU-Haushaltspolitiker nicht erst in dieser Legislatur in Angriff genommen haben, sondern in der letzten Legislaturperiode bereits in diesem Haus diskutiert haben und dabei zu einem guten Ergebnis gekommen sind.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Da hat er noch geschlafen!)

Wenn Sie hier schon anfangen, Fraktionen zu diffamieren, lesen Sie bitte vorher die Protokolle, das könnte helfen, die Diskussion zu versachlichen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ganz anders wird mir bei Ihren Aussagen über Instabilität und die Wirtschaftskrise und dass das alles eine riesige Katastrophe sei. Ich gebe Ihnen recht, dass die Wirtschaftskrise momentan in einem Stadium ist, wo wir handeln müssen. In Bezug auf kommende Generationen und hinsichtlich der Stabilität ist die Schuldenbremse ein ganz wichtiges Element.

(Dr. Monika Schaal SPD: 2 Milliarden Euro HSH, ne!)

Denn jeder, der sich jetzt verschulden möchte und gegen die Schuldenbremse ist, betreibt eine unsoziale Politik auf dem Rücken kommender Generationen – da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dass die SPD sich da nicht so richtig festlegen möchte, hat Herr Tschentscher mit ein paar Blendgranaten, drei Steuererhöhungen und einem Aufruf zur Haushaltsdisziplin schon sehr deutlich gemacht. Sein Finanzminister zumindest sagt, jeder, der Hand an die Schuldenbremse legt, mache einen Riesenfehler. Das SPD-Parteipräsidium meint, bisher sahen wir das eigentlich auch so, aber der Wahlkampf kommt und irgendwie müssen

(Roland Heintze)

wir den Linken hinterher, sonst verlieren wir Stimmen. Das hat mit Verlässlichkeit sicher nichts zu tun und ich kann nur hoffen, dass wir nach der Wahl im September eine andere Koalition für die Finanzpolitik in diesem Staat haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Deswegen ist das Nein zu beiden Anträgen für die Hamburger CDU ganz klar. Wir wollen keine weitere Neuverschuldung, wir wollen eine verantwortungsbewusste und soziale Politik für die kommenden Generationen, und ich glaube, bei der Schuldenbremse ist auf Bundesebene ein guter Kompromiss gefunden worden, den wir im Bundesrat durchziehen sollten und dazu wird es auch kommen und ich bitte Sie, alle Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Tschentscher.

(Ralf Niedmers CDU: ... noch zweistellig!)

Dr. Peter Tschentscher SPD: Das hilft uns jetzt sehr viel weiter, Herr Niedmers. Für einen ehemaligen Haushaltsausschussvorsitzenden sind das wirklich sehr sachbezogene Bemerkungen.

Herr Heintze, ich gebe Ihnen recht, die Schuldenbremse ist nicht die Ursache allen Übels, aber sie ist eben auch nicht die Lösung aller finanzpolitischen Probleme. Darauf sollte man schon hinweisen, wenn man über die konkrete Hamburger Situation nachdenken will. Was mich ein bisschen quält, weil ich es nicht verstehe, ist, dass Sie uns hier mehrfach zitieren, dass wir keine Schulden zu Lasten der kommenden Generation machen dürfen. Es ist erst ein paar Tage her, dass Ihr Senat, Herr Freytag, uns erklärt hat, er würde massive Schulden machen, und zwar vier bis fünf Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren. Ich werfe Ihnen das gar nicht vor, weil wir alle gemeinsam gesagt haben, dass jetzt nicht die Zeit ist, um die Konjunktur durch einen rigiden Sparhaushalt abzuwürgen. Aber Sie verhalten sich widersprüchlich, wenn Sie genau das tun, was Herr Hackbusch und andere sagen, nämlich von der Freiheit Gebrauch machen, in schwierigen wirtschaftlichen Situationen antizyklisch zu arbeiten. Sie kommen nicht umhin, eine Antwort darauf zu geben, wie Sie das Problem mit der Schuldenbremse lösen wollen. Darum geht es und es nützt nichts, davon abzulenken, dass wir hier die Schuldenpolemik der letzten vier Jahre wiederholen. Obwohl immer gesagt wird, es würden keine Schulden gemacht, hatten wir ein Defizit in Milliardenhöhe, ich wiederhole es noch einmal, sechs Milliarden in der Regierungszeit des Herrn von Beust, und weitere sechs Milliarden werden in den nächsten vier Jahren hinzukommen. Mit diesem Problem müssen wir umgehen, da hilft der

Beitrag der GAL-Fraktion, Herr Waldowsky, nicht weiter. Wie Herr Bischoff richtig bemerkte, hat Bürgermeister Runde im Bundestag gegen die Schuldenbremse gestimmt.

(Wolfgang Rose SPD: Hackbusch heißt er!)

Herr Hackbusch, Entschuldigung. Und Herr Runde nimmt eine sehr differenzierte Position zur Schuldenbremse ein. Im Gegensatz zu Herrn Waldowsky und, wie ich befürchte, auch zu einigen Mitgliedern der CDU-Fraktion, hat er ein ganz klares Verständnis dafür, in welcher Situation sich unter diesen Bedingungen die Länderhaushalte, und insbesondere der Haushalt Hamburgs, befinden.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Daran hat er wirklich hart gearbeitet!)

Er hat eine ganz tiefe Kenntnis von der Systematik, wie Länderhaushalte arbeiten können und müssen. Es hilft uns nicht weiter, wenn wir erklären, die Landeshaushaltsordnung würde doch sowieso eingehalten. Das wird sie nicht, wie wir heute auch am Beispiel HafenCity Universität gehört haben. Jeder Jahresbericht des Rechnungshofes belegt Punkt für Punkt, wo die Landeshaushaltsordnung von diesem Senat gebrochen wird. Fangen wir doch einmal an, wirtschaftlich zu arbeiten.

Weiter geht es, Herr Waldowsky, mit der Anhörung zur Grunderwerbssteuer. Erinnere ich es richtig, so haben Sie überhaupt keinen Experten genannt. Wir hätten gerne gehört, was diejenigen, die es beurteilen können, von Ihren Argumenten halten, ob sie Ihre Maßnahmen in dieser konjunkturellen Situation wirklich für hilfreich halten. Zweitens hätten wir gerne auch vom Grundeigentümerverband, am liebsten auch noch von den Mietervereinen, erfahren, wie diese Steuer eigentlich auf die Mieten weitergegeben wird. Dieser Punkt liegt uns in der Tat am Herzen, Herr Waldowsky, denn in dieser Stadt leben Menschen, die ihr Leben lang hier gewohnt und gearbeitet haben und in Rente gehen und sich die Miete für ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Ihr Koalitionspartner im Senat hat in den letzten Jahren eine Menge dazu beigetragen, dass der soziale Wohnungsbau auf den Hund gekommen ist, und das bereitet uns auch in der Haushaltspolitik Hamburgs Sorgen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Zur Frage, wie wir zu den Produktionsschulen stehen, hatte ich gerade aus einem ganz anderen Anlass mit Ihrem Fraktionskollegen Herrn Gwosdz einen klaren, nüchternen Austausch. Ihre Darstellung, Herr Waldowsky, ist völlig daneben, Sie instrumentalisieren ein Thema und behaupten Dinge über die Einschätzung der SPD-Fraktion, die überhaupt nicht stimmen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ihre Schulleute kann man ja nicht ernst nehmen!)

(Dr. Peter Tschentscher)

– Ja, aber beim Thema Produktionsschule bezieht unsere Schulausschussfraktion eine sehr differenzierte Position, die nicht so absurd ist, wie Herr Waldowsky sie gerade dargestellt hat. Aber dazu kommen wir sicher noch bei der Debatte zur entsprechenden Drucksache.

Zum Punkt Einnahmensicherung sagt Herr Waldowsky, wir sollten in Brandenburg anklopfen und um Unterstützung bitten. Das klingt ungefähr so, als könnten wir das HSH Nordbank-Problem durch ein Telefonat mit Herrn Steinbrück klären, wie es Herr Kerstan vorgeschlagen hat. Was soll denn dieser Quatsch? Wir sind im Hamburger Landesparlament und sollten entscheiden, was für Hamburg richtig ist. Die Forderung der Einnahmensicherungsklausel ist von uns auf Bundesebene diskutiert worden, und soweit ich weiß, hat Ihr famoser schwarz-grüner Koalitionspartner, Herr Waldowsky, verhindert, dass diese Diskussion zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt hat. Von Hamburgs Interesse aus gedacht ist das falsch.

(Beifall bei der SPD)

Herr Waldowsky, schön, wenn Sie das alles richtig finden, was in unseren Anträgen steht. Einen Punkt, Controlling der Behörden, muss ich noch nachtragen. Herr Waldowsky hat behauptet, das würde ja sowieso gemacht, und wollte wissen, was wir denn damit meinten. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel: zwischen 2004 und 2008 haben die Landesbehörden ihre Netto-Büroflächen um insgesamt mehr als 100 000 Quadratmeter ausgeweitet. Ich habe bei der Finanzbehörde gefragt, was das kostet, und habe gerade die Antwort bekommen; die Zahlen werden demnächst in der Parlamentsdatenbank stehen. An dieser Stelle möchte ich die Finanzbehörde übrigens einmal loben. Sie hat sehr präzise und gut auf diese Frage geantwortet. In den vier Jahren von 2005 bis 2009 hat die Stadt Hamburg jährlich 15 Millionen Euro mehr für Mieten und Pachten ausgegeben, und das, nachdem die öffentlichen Immobilien verkauft worden waren und das mangelhafte Controlling der Landesbehörden zu einer Ausweitung von über 100 000 Quadratmetern netto mehr Bürofläche geführt hatte. Das Geld landet sicher in den Kassen der Immobilienhaie, das hat nichts mit Konjunkturförderung und sozial gerechter Politik in Hamburg zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Wir können einiges auf Bundesebene erreichen, wenn wir die richtigen Forderungen stellen, und wir können auch in Hamburg Richtiges erreichen, um die Schuldenfalle zu vermeiden. Anstatt über Schulden zu polemisieren, sollten wir uns endlich einmal differenziert überlegen, wie wir mit vier bis fünf Milliarden neuen Schulden umgehen, die Herr Freytag in den nächsten vier Jahren machen wird.

(Beifall bei der SPD und *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tschentscher, der letzte Satz Ihrer Rede war gut. Wir müssen klären, was wir mit den in Hamburg anfallenden Schulden machen. Wozu aber soll diese Debatte gut sein, die die Kollegen von der LINKEN und unterstützend Sie von der SPD initiiert haben? Was wollen wir mit dieser überaus differenzierten, teilweise sehr polemischen und dann wieder super kleinteiligen Debatte, die überhaupt nicht dazu führt, dass wir für Hamburg an irgendeinem Punkt einen Schritt weiterkommen? Wir müssen bundesweit eine Menge Entscheidungen treffen zum Thema Zustimmung zur Schuldenbremse, Ablehnung der Schuldenbremse, große Distanz zur Schuldenbremse, oder starke Kritik an der Schuldenbremse. Es gibt Bundesländer, die sich bei diesem Thema der Stimme enthalten haben, wie zum Beispiel die allseits bekannte politische Konstellation von Schleswig-Holstein, oder Berlin, das andere politische Modell. Wir haben bereits mehrfach gehört, dass CDU und SPD auf Bundesebene genau diese Entscheidung getroffen haben, während von Seiten der GRÜNEN auf Bundesebene, aber auch von Leuten aus der Wirtschaftswissenschaft, der Wirtschaft oder von den Universitäten heftige Kritik daran geübt wurde. Wir diskutieren über Maßnahmen, die Hamburg voranbringen sollen, und ich behaupte, dass wir mit diesen beiden Anträgen keinen Schritt weiterkommen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir brauchen den Finanzsenator in einer anders geführten Debatte mit klaren Ansagen, was auf uns zukommt, welche Ideen es gibt, die Schulden wieder loszuwerden, oder von welchen Projekten wir uns verabschieden müssen, sei es von Projekten, die wir innerhalb der Koalition verabredet haben, oder von Projekten, die Sie alle unterstützen wollen. Können wir über den sozialen Wohnungsbau reden, können wir über Konjunkturprogramme reden? Die Debatten laufen immer aneinander vorbei, obwohl Sie beide versucht haben, sie heute mit Ihren Anträgen zusammenzubringen. Ich wiederhole noch einmal, dass es so nicht geht und wir uns die Zeit nehmen müssen, über die finanzielle Situation und Zukunft in Hamburg zu reden.

(*Ingo Egloff SPD:* Und über die Einnahmepolitik!)

Wir brauchen Konjunkturprogramme und müssen eine Lösung für das Schuldenthema finden. Lassen Sie mich einen Aspekt der Kritik der GRÜNEN aufgreifen, der neben vielen anderen Aspekten in dieser breit angelegten Debatte zum Tragen

(Antje Möller)

kommt. Die lange Spanne bis zum Jahr 2020, in dem die Schuldenbremse erst wegfällt, könnte fatalerweise dazu führen, dass sich einzelne Bundesländer – ich hoffe, das werden nicht wir sein – ganz massiv in eine weitere Verschuldung hineinbewegen, was völlig kontraproduktiv wäre. Dieses Thema können wir nicht einfach auf die Schnelle im Plenum ausdiskutieren. Ich hoffe, dass im Wirtschaftsausschuss dafür Zeit ist, vielleicht auch an anderer Stelle, aber Ihre beiden Anträge helfen uns in Hamburg nicht weiter. Diese Debatte bringt uns vielleicht ein bisschen weiter, aber lassen Sie uns nicht immer nur im Wahlkampf enden, sondern in der gemeinsamen Verständigung darüber, dass wir an das Thema ranmüssen, allerdings mit dem Blick auf Hamburg ...

(Ingo Eglhoff SPD: Überweisung in den Ausschuss wäre okay!)

... und nicht in Form einer Auseinandersetzung darüber, wer in welchem Bundesland oder auf Bundesebene wieder einmal alles falsch gemacht hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Möller, ich möchte noch einmal erklären, warum wir diesen Antrag und den Antrag über die Konsolidierung des Haushalts der Freien und Hansestadt Hamburg, den wir morgen behandeln werden, gestellt haben. Wir haben diesen Antrag heute gestellt, wie Frau Schneider bereits gesagt hat, weil in der Bundesrepublik eine Verfassungsänderung vorgenommen und damit auch in die Rechte des Hamburger Parlaments eingegriffen wird und wir es ohne uns Illusionen zu machen, wie ich ausdrücklich betonen möchte, trotzdem für wichtig hielten, in diesem Parlament unsere Auffassungen vor der Abstimmung auszutauschen. Das ist der Sinn des Antrags und ich akzeptiere nicht, dass man das als Unfug bezeichnet.

(Antje Möller GAL: Dass das Unfug ist, habe ich nicht gesagt!)

Im Wesentlichen möchte ich nur auf ein Argument von Herrn Goldberg eingehen, aber lassen Sie mich zuvor noch auf drei andere Punkte zu sprechen kommen. Erstens wurde in allen Beiträgen die verfassungsrechtliche Einschränkung der Neuverschuldung auf Bundesebene angesprochen. Wie Norbert Hackbusch ausgeführt hat, haben wir leider eine große Kunstfertigkeit darin entwickelt, wie diese Vorschrift einer auf die Höhe des Investitionsvolumens beschränkten Neuverschuldung umgangen werden kann. So wie die verfassungs-

rechtliche Regelung aussieht, prognostiziere ich Ihnen eindeutig, dass sie die Neuverschuldung keineswegs blockiert, sondern dass nur die politischen Kunstfertigkeiten geändert werden.

Zweitens müssen wir uns nunmehr in puncto Neuverschuldung generell auf die Landesebene festlegen und ich gehe jede Wette ein, dass wir darüber noch einen Verfassungsstreit bekommen werden. Die Kompetenzen der Länder dermaßen zu beschneiden ist ein sehr kontroverser Akt und wenn ich mich nicht irre, wird dieses Thema letztlich doch beim Bundesverfassungsgericht landen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

Drittens, und damit greife ich nur eines Ihrer Argumente auf, Herr Goldberg, ist es richtig, dass wir eine Neuverschuldung, genauer gesagt einen Schuldenberg in unverantwortlicher Höhe haben, und Sie wiesen zu Recht darauf hin, dass diesem Schuldenberg der öffentlichen Hand ein entsprechender Vermögensberg gegenübersteht. Da in jeder Generation ein Zusammenhang zwischen den öffentlichen Schulden und den Vermögen existiert, verstehe ich nicht, warum Sie bei der Lösung des Verteilungsproblems nicht auf die Vermögenserträge zugreifen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Goldberg?

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Ja, gerne, nachdem ich meinen Gedanken zu Ende geführt habe.

Das heißt also – und insofern gebe ich dem Antrag der SPD Recht – , dass ich im Prinzip die Einnahmenseite der öffentlichen Hand nach oben fahren und stabilisieren möchte, weil ich davon überzeugt bin, dass die Schuldenbremse nur einen ideologisch harten Kern hat, nämlich dass sie zur Durchsetzung weiterer Ausgabensenkungen genutzt werden wird. Das ist die harte Wahrheit, Herr Goldberg, die auch Sie zur Kenntnis nehmen sollten, und um so populistischer und unerträglicher ist es, Herr Heintze, dass Sie in der großen Wirtschafts- und Finanzkrise einerseits die Schuldenbremse einführen und andererseits gleichzeitig mit dem Thema Steuersenkung in den Wahlkampf ziehen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diesen Widerspruch können Sie nur auflösen, indem Sie die öffentlichen Ausgaben weiter herunterfahren. Ob Sie allerdings mit dieser Konzeption die Krise bewältigen, möchte ich bezweifeln. Aber bitte, Herr Goldberg.

Zwischenfrage Thies Goldberg CDU: Herr Dr. Bischoff, reden Sie mit Ihrem sehr wertvollen Hinweis auf das mittlerweile relativ schmale Nettovermögen der Stadt dem Schuldenabbau durch Vermögensveräußerung das Wort, oder soll das vorhandene Vermögen mit dem Kapitaldienst belastet werden und beispielsweise SAGA/GWG durch Mieterhöhungen auch noch in weiteren Kapitaldienst miteinbezogen werden? Oder wie stellen Sie sich vor, sollte man das Vermögen der Stadt in Bezug auf die Verschuldung nutzen, wenn Sie schon darauf hinweisen?

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Nein, ich habe Ihr Argument aufgegriffen, dass in jeder Generation den Schulden ein entsprechender Vermögenszuwachs gegenübersteht.

(Thies Goldberg CDU: Wir hatten in den letzten Jahren keinen Vermögenszuwachs!)

Wir haben heute eine Verschuldung von rund 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und alle internationalen Institutionen gehen davon aus, dass die Verschuldung bis zum Jahr 2014 bei 90 bis 100 Prozent liegen wird. In der Bundesrepublik sind wir mit der aktuellen Verschuldung eher noch an der unteren Grenze, selbst die USA und Japan liegen weit vor uns. Da dieser Verschuldung ein entsprechender Vermögenszuwachs gegenübersteht, kann man nicht einfach nur die öffentlichen Ausgaben immer mehr herunterfahren und die Vermögen und Erträge weiterhin freistellen, wie es augenblicklich der Fall ist. Die Politik, die Sie betreiben und die in der Steuersenkung gipfelt, hat den sehr harten populistischen Kern, dass sich nur reiche Leute einen armen Staat leisten können – wir hatten heute schon den Fall mit der Derby-Bahn –, und das wollen Sie durchsetzen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? Das sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/3180 und 19/3257 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? Die Überweisung ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/3257. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/3180 zustimmen? Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe den Punkt 49 der Tagesordnung auf, die Drucksache 19/3087, Antrag der SPD-Fraktion: Kettenduldungen vermeiden – Bleiberechtsregelung verlängern.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kettenduldungen vermeiden – Bleiberechtsregelung verlängern
– Drs 19/3087 –]**

Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Dressel, bitte.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag fordern wir den Senat auf, sich im Bunderrat für eine Verlängerung des Bleiberechts für geduldete Ausländer einzusetzen. Die Regelung brauche ich Ihnen nicht noch einmal im Detail vorzustellen, weil wir sie bereits hinreichend diskutiert haben. Bis zum Jahresende 2009 müssen viele von der Regelung Betroffene den Nachweis erbringen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, und Ende Dezember 2009 läuft diese Regelung aus. Wie sämtliche Diskussionen auf Bundes- und Landesebene zeigen, droht hier ein integrationspolitisches Desaster, das wir als SPD-Fraktion unbedingt vermeiden wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zigtausende Flüchtlinge werden bundesweit in den alten, wirklich unerträglichen Kettenduldungsstatus zurückfallen, ohne Arbeit und ohne Perspektive. Das kann niemand wollen und das sollte dieses Haus auch deutlich machen. Ich möchte Ihnen ganz konkret Zahlen nennen, die uns seit einigen Tagen auch aufgrund einer Anfrage im Bundestag zur Situation in Hamburg vorliegen. Wir haben bundesweit etwa 30 000 Aufenthaltserlaubnisse auf Probe, die unter diese Regelung fallen, davon entfallen ungefähr 1 000 Aufenthaltserlaubnisse auf Hamburg, womit wir eine relevante Größenordnung haben, um die wir uns kümmern müssen. Für viele von dieser Regelung Betroffene wird es gerade auch wegen der Krise in diesem Jahr sehr schwierig sein, einen Erwerbsstatus zu bekommen, der diesen Regelungen entspricht. Als die Regelung gemacht wurde, ahnte noch keiner etwas von der Wirtschafts- und Finanzkrise, die es den betroffenen Ausländern in diesem Jahr sehr erschwert, diese Gesetzesanforderungen zu erfüllen, und davor dürfen wir weder auf Bundesebene noch in Hamburg die Augen verschließen.

(Beifall bei der SPD)

Anders als in der Debatte zuvor signalisieren fast alle Parteien ganz deutlich, dass etwas geschehen muss. Es gibt einen Antrag der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, einen Antrag der Linksfraktion im Bundestag, einen Antrag der FDP-Fraktion und es gibt Bemühungen unserer SPD-Bundespolitiker im Bereich der Innen- und Integrationspolitik, bei die-

(Dr. Andreas Dressel)

sem Thema zu einer Verständigung zu kommen. Die Einzigen, die sich diesem Anliegen immer noch verschließen, sind die Christdemokraten, auch wenn es ihnen nichts nützen wird, wenn sie glauben, die Flüchtlinge könnten alle qua altem Rechtsstatus abgeschoben werden. Nein, so ist es nicht, es kann nicht zu Abschiebungen kommen, auch wenn die Flüchtlinge in den alten Rechtsstatus zurückfallen, bleiben die Abschiebehindernisse bestehen und wenn irgendeiner der CDU-Hardliner glaubt, man könne sich auf diesem Wege Abschiebequoten besorgen, so ist das alles Kokoloeres. Das wird nicht funktionieren und die Kollegen im Bund und in Hamburg müssen sich bewegen, es muss hier eine Lösung geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage, die Sie in der Parlamentsdatenbank des Bundestags nachlesen können, verdeutlicht vermutlich den kleinsten gemeinsamen Nenner, der bei der Bundesregierung erzielbar war:

"Die Bundesregierung wird zu gegebener Zeit unter Einbeziehung aller relevanten Gesichtspunkte entscheiden, ob sie im Hinblick auf die gesetzliche Stichtagsregelung [...] dem Parlament einen Regelungsvorschlag unterbreitet."

Bis wann will man denn warten? Der 31.12. kommt schneller, als man denkt. Wenn es darum geht, einen Vorstoß in Richtung Berlin zu machen, müssen wir in Hamburg uns ernsthaft fragen, ob es richtig ist, sich erst nach der Bundestagswahl in welcher Koalition auch immer Gedanken zu dieser Regelung zu machen und im Dezember die Leute ausländerrechtlich entweder quasi vor die Tür zu setzen oder ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Das kann doch nicht sein, es muss vor der Bundestagswahl eine Regelung geben, die der Humanität und der Vernunft Rechnung trägt. Die Altfallregelung muss verlängert werden und deshalb fordere ich Sie auf, unserem Antrag hier zuzustimmen – immerhin wollen Sie im Innenausschuss darüber reden. Geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie das nicht als Posten stehen, über den man erst nach der Bundestagswahl spricht. Diese Menschen und die Integrationspolitik in unserem Land verdienen, dass es eine Regelung vor der Bundestagswahl gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU:* Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Herr Dressel, Sie haben gehört, dass wir diesen Antrag tatsächlich in den Innenausschuss überweisen werden, falls die GAL

dem zustimmt, aber sie hat es ja auch beantragt. Insofern brauchen Sie sich nicht so darüber aufzuregen, dass wir wieder einmal die Inhumanen und Bösen sind. Es gibt diese Bleiberechtsregelung und wir möchten uns erst einmal ein Bild davon machen, welches Problem in Hamburg besteht und was wir tun können, um es in den Griff zu bekommen. Wir wissen auch, dass die Innenbehörde selbst den Betroffenen gesagt hat, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, das Verfahren bis Anfang 2010 hinzuziehen, und insofern möchte ich mich hier kurz fassen. Wir werden der Überweisung zustimmen, wir wissen, dass Menschen, die hier arbeiten und Geld verdienen wollen, gute, auf sich selbst vertrauende und bessere Bürger sind als diejenigen, die in Kettenduldungen auf unsere Zuschüsse angewiesen sind. Wir reden hier oft darüber, dass wir Fachkräfte brauchen und die Potenziale von Zugewanderten nutzen müssen. Diejenigen, die es können und wollen, sollen ihre Chance bekommen. Herr Dressel, selbst wenn wir dem Antrag zustimmen wollten, würden wir nicht kurz vor der Wahl noch irgendwelche Bundesratsinitiativen entscheiden können, sondern die Innenministerkonferenz abwarten, bei der man zügig zu einer Regelung kommen kann, sobald wir dies hier besprochen und auch die anderen Innenminister überzeugt haben. Insofern plädieren wir für Überweisung. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dressel, dieses Antrags hätte es nicht bedurft. Sie können sich vielleicht vorstellen, dass die Koalition dem Innensenator schon mit auf den Weg in Richtung Innenministerkonferenz gegeben hat, dass er sich gegen ein Auslaufen der Bleiberechtsregelung zum Jahresende einsetzen möchte. Nun stehen wir aber wieder einmal vor einem Problem, nämlich 16 Bundesländer, viele verschiedene interessante politische Konstellationen und die Unfähigkeit, sich schlicht und ergreifend an einem Abend oder auf einer dreitägigen Sitzung auf etwas zu einigen. Aus diesem Grunde müssen sich, wie Sie angesprochen haben, tatsächlich alle politischen Parteien weiterbewegen, und ich bin davon überzeugt, dass sie das auch tun. Ich glaube, dass es nicht nur bei den hamburgischen Christdemokraten, sondern inzwischen bundesweit die Überzeugung gibt, dass die Bleiberechtsregelung, die vor rund zwei Jahren nach mühsamen Verhandlungen gefunden wurde, ein riesiger Schritt war von dem bis dato nur repressiven Ausländerrecht hin zur Anerkennung der Tatsache, dass wir damals in Hamburg ungefähr 180 000 Menschen in einem langjährig geduldeten Aufenthaltszustand hatten und Abhilfe dringend

(Antje Möller)

nötig war. Wir werden uns also darüber unterhalten müssen, ob Punkt eins Ihres Petitions überhaupt noch notwendig ist, ob das der richtige Weg ist, oder ob wir nicht noch eine ganz klare Regelung von der Bundesregierung bekommen werden.

Punkt zwei Ihres Petitions finde ich interessant, in dem Sie fordern, dass der Bürgerschaft bis zum 10. Juli über das Ergebnis der Bemühungen Bericht zu erstatten ist. Dies wird sich erledigen, denn wenn wir schnell genug sind, haben wir am 10. Juli den Bericht aus der Innenausschusssitzung. An diesem Thema sind alle dran, aber Sie haben den Antrag formuliert, wir haben auf etwas leiserem Wege die Initiative über den Innensenator weitergegeben und über die Details wird er uns dann hoffentlich in der Innenausschusssitzung berichten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Jetzt bekommt Herr Yildiz das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht so lange langweilen, aber ich freue mich, dass dieser Antrag an den Innenausschuss überwiesen wird. Nach unserer Großen Anfrage, nach der der Innensenator und der Ausschussvorsitzende uns zugesagt hatten, dass wir darüber einmal diskutieren, freue ich mich, aber ich möchte dennoch einige Themen ansprechen.

Die Innenministerkonferenz hat letztendlich eingesehen, dass es bei Menschen, die schon seit Jahren nur mit einer Duldung in diesem Land leben, große Probleme gibt und dass hier eine Lösung erfolgen muss. Daraufhin hat man beschlossen, dass man diesen Menschen die Möglichkeit gibt, einen Rechtsstatus zu erhalten mit bestimmten Bedingungen, die damals eingeführt worden sind. Wir haben begrüßt, dass zumindest so eine Regelung stattgefunden hat, aber letztendlich haben wir gesehen, dass viele Menschen diese Bedingungen nicht erfüllen können.

Sie können es nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht erfüllen und konnten es davor auch nicht, weil von 8500 Menschen mit Duldung, die jetzt in Hamburg leben, 1050 eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben und von diesen 1050 wiederum arbeiten einige Hundert Menschen unter prekären Arbeitsbedingungen, im Niedriglohnsektor. Diese Bleiberechtsregelung hat es mit sich gebracht, dass Menschen solche Arbeit annehmen müssen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Vor etwa drei Monaten erzählte mir ein Mitbürger aus Afghanistan, dass ein Verwandter von acht Uhr morgens bis 18 Uhr arbeite, aber nur 600 Euro bekäme. Ich war schockiert und habe gefragt, weshalb, daraufhin

sagte er zu mir, er habe durch die Bleiberechtsregelung profitiert und er müsse zusehen, wie er seinen Lebensunterhalt verdiene. Seine Frau arbeitet auch, sie muss dazuverdienen; er hatte keine Arbeit gefunden und dann diese Arbeit angenommen. Als ich ihm angeboten habe, dass man das thematisieren könnte, sagte er, er sei froh, jetzt eine Aufenthaltsgenehmigung zu haben, er wolle das nicht thematisieren, weil man ihm sonst die Aufenthaltsgenehmigung entziehen könnte.

Man muss sich in Zeiten der Wirtschaftskrise überlegen, ob man diesen Menschen überhaupt Bedingungen stellt. Erstens: Sie durften jahrelang nicht arbeiten, ihre Qualifikationen wurden nicht anerkannt, sie haben keine Berufserfahrung. Zweitens: Bevor man von Menschen etwas fordert, müsste man sie erst fördern – mit beruflicher Qualifizierung, Fortbildungen, mit Sprachförderung und so weiter. Man hat dies nicht getan, sondern gleich gesagt, ihr müsst erst einmal Arbeit haben, den Lebensunterhalt finanzieren, die Sprache erlernen, danach geben wir euch die Möglichkeit.

– Herr Beuß, Sie schütteln den Kopf, aber das ist eine Tatsache, tut mir leid.

Die Flüchtlinge aus dem Irak sind eines der besten Beispiele. Wenn der politische Willen vorhanden ist, ist alles möglich. Man hat 2500 Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen; ich habe das begrüßt und hoffe, dass sich dieser Senat und auch die kommende Bundesregierung ausführlich dazu äußern und auch Gesetzesentwürfe machen, dass man ohne Bedingungen, weder sprachlicher Art noch einkommensabhängig, diesen Menschen erst einmal die Möglichkeit gibt, weil sie schon ein Teil dieses Landes sind. Man sollte ihnen die Möglichkeit geben, sich hier weiterzubilden und auch im Arbeitsleben ein Teil des Landes werden zu können.

Deshalb begrüße ich es, dass dieser Antrag an den Innenausschuss überwiesen wird, und freue mich, dass wir mit dem Senator, der CDU und den Grünen darüber diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat nun Herr Buss.

(Glocke)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wort hat Herr Buss und sonst niemand.

Wilfried Buss SPD: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat bin ich jetzt doch etwas überrascht über die Beiträge, die insbesondere aus der Regierungskoalition zu diesem Antrag gekommen sind. Denn wenn Frau Machaczek sagt, wir müssten uns ein Bild von der ganzen Lage machen und man müsse

(Wilfried Buss)

sich erst einmal im Innenausschuss darüber informieren, worum es eigentlich gehe, dann bin ich doch sehr verwundert. Wenn das der Beitrag Ihrer Fraktion zu diesem Thema ist, dann kann man sich fragen, ist das wirklich der Stand der christlich-demokratischen Union, wenn es darum geht, wie man solchen Leuten helfen kann.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann kommen wieder diese Krokodilstränen, sie sollen natürlich ihre Chance bekommen – wann denn? Zwei Wochen vor Weihnachten, in der letzten Sitzung des Deutschen Bundestags?

(*Bettina Machaczek CDU*: Warten Sie's mal ab!

– Warten Sie es einmal ab, das haben Sie damals als Regierung auch zu den Menschen gesagt, die von dieser Kettenduldung betroffen waren. Warten Sie es doch einmal ab, irgendwie werden wir schon eine Regelung für Sie finden.

Dann war es eben so, wieder und wieder geduldet, genau das war der Zustand.

(Zuruf von *Antje Möller GAL*)

– Frau Möller, dann sagen Sie, warten Sie es doch einmal ab.

Liebe SPD-Fraktion, wir waren doch schon in ganz geheimen Gesprächen mit dem Senator.

(*Antje Möller GAL*: Habe ich doch gar nicht gesagt!)

– Doch, das haben Sie gesagt, wir haben das still und leise schon auf den Weg gebracht, Sie hätten doch diesen Antrag gar nicht einbringen müssen, liebe SPD, haben Sie gesagt, Frau Möller.

Der Innensenator hätte doch nur ein entsprechendes Zeichen setzen müssen vor der Innenministerkonferenz. Wir in unserer schwarz-grünen Koalition sind uns einig, dass man hier in der Tat in diese Sache Bewegung bringen müsste. Schon wäre alles geklärt gewesen. Das ist aber nicht erfolgt, vielleicht hatte der Senator Angst, um sein Image als Hardliner fürchten zu müssen. Das weiß ich alles nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Antje Möller GAL*: Sie haben auch schon sachlichere Reden gehalten!)

– Genau, zu diesem Stichwort will ich deswegen auch dem Kollegen Yildiz sagen, da stimme ich mit Ihnen nicht überein, diese Menschen sind schon sechs Jahre hier gewesen, bevor sie überhaupt in den Status gelangen konnten, dass sie auf die 104a- oder 104b-Regelung zugreifen konnten.

Da erwarte ich schon von Menschen, die so lange hier sind, dass sie Anstrengungen unternehmen, um sich sprachlich zu integrieren, auch durch ihre Kinder. Da kann man nicht einfach sagen, ja, das haben die eben nicht getan. Doch, Herr Yildiz, das erwarte ich von Menschen, genauso bei den irakischen Familien. Wenn man hierher kommt und sagt, ich kann künftig in meinem Land nicht mehr leben – dass diese Menschen dann sprachliche Integration akzeptieren und sich darum bemühen, diese Sprache zu lernen, das erwarte ich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich darf Ihnen zunächst berichten, dass der Abgeordnete Gunnar Eisold mir mitgeteilt hat, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/3087, Kettenduldungen vermeiden – Bleiberechtsregelung verlängern, an den Innenausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen, ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimkehr. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 20.37 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Gabi Dobusch, Jörg Hamann, Jens Kerstan, Philipp-Sebastian Kühn, Brigitta Martens, Juliane Timmermann und Carola Veit